

**Oldenburger Beiträge zur
historisch-politischen Bildung**

Band 10

Die Entwicklung Europas im 20. Jahrhundert lässt sich als Demokratie- und als Diktaturgeschichte beschreiben. Für die deutsche Demokratie ist der antitotalitäre Konsens zentral. Sein normativer Kern besteht in der Äquidistanz zu den historisch begegnenden Diktaturen. Für die politische Kultur kommt der kritischen Aufarbeitung der Demokratie- und Diktaturerfahrungen daher eine Schlüsselrolle zu.

Die deutsche Vereinigung und die europäische Integration stellen wichtige Herausforderungen für Politik, Gesellschaft und Kultur der Gegenwart dar. Für die Wissenschaft und die Politische Bildung stellt sich die Frage, wie die beiden Problembereiche in die Forschungs- und Vermittlungsarbeit einbezogen werden können. Diesen Diskurs wollen die „Beiträge zur historisch-politischen Bildung“ begleiten und voran bringen. Die Schriftenreihe bietet ein Forum für die historisch-politische Auseinandersetzung über Deutschland und Europa und steht Wissenschaftlern, Publizisten, Zeitzeugen, Studierenden und allen Interessierten offen.

Damit wird die Schriftenreihe das Anliegen der „Oldenburger Beiträge zur DDR- und DEFA- Forschung“ fortsetzen und zugleich erweitern. Um die thematische Öffnung der Schriftenreihe auch nach Außen zu dokumentieren, haben sich die Herausgeber zur Umbenennung entschlossen. Unter dem neuen Reihentitel werden in loser Folge Studien zu deutschland- und europapolitischen Fragen erscheinen.

Die Herausgeber

Oldenburger Beiträge zur historisch-politischen Bildung

**(vormals: Oldenburger Beiträge zur
DDR- und DEFA-Forschung)**

Eine Schriftenreihe der Abteilung Politische Bildung

Herausgegeben von:
Klaus Finke, Helmut Freiwald,
Dirk Lange, Gebhard Moldenhauer

Mareike Witkowski

Die SED und die APO

**Rezeption der Studentenbewegung
in der Presse der DDR**



BIS-Verlag der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg

BIS-Verlag, Oldenburg, 2008

Verlag / Druck / Vertrieb

BIS-Verlag

der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg

Postfach 2541

26015 Oldenburg

E-Mail: bisverlag@uni-oldenburg.de

Internet: www.bis-verlag.de

ISBN 978-3-8142-2116-8

1	Einleitung	9
2	Forschungsstand	13
3	Vorgehensweise	17
4	Quellen	21
4.1	Das SED-Zentralorgan <i>Neues Deutschland</i>	21
4.2	Das FDJ-Zentralorgan <i>Junge Welt</i>	23
4.3	Die Studentenzeitschrift <i>Forum</i>	25
5	Die Presse als Herrschaftsinstrument der SED	29
6	Die Jugend begehrt auf – Die Bundesrepublik Deutschland 1967–1969	35
6.1	Die Entstehung der Studentenbewegung	35
6.2	Stationen der Entwicklung der Studentenbewegung	36
6.3	Das Ende der Studentenbewegung	42
7	Politik der Stabilität in Zeiten internationalen Aufruhrs– Die Deutsche Demokratische Republik 1967–1969	45
7.1	Jugendpolitik in Zeiten internationalen Jugendaufbruchs	45
7.2	Reformprojekte 1967/1968: Verfassungsreform und 3. Hochschulreform	48
7.3	Der Blick auf die Bundesrepublik Deutschland	50
8	Die Darstellung der studentischen Proteste im <i>Neuen Deutschland</i>, in der <i>Jungen Welt</i> und im <i>Forum</i> – Chronologischer Überblick	53
8.1	„Ein Schuss – Der Freiheit ins Genick“ – Der Tod von Benno Ohnesorg am 2. Juni 1967	53
8.2	„Tausende demonstrieren“ – Demonstrationen gegen die Notstandsgesetze, den Kurras-Freispruch, die Fahrpreiserhöhungen und den Vietnamkrieg (Juni 1967 - April 1968)	63
8.3	„Mordanschlag auf sozialistischen Studentenführer“ – Das Attentat auf Rudi Dutschke am 11. April 1968	70

8.4	„Vom Kampf für Freiheit und Demokratie im Bonner Staat“ – Demonstrationen gegen die Notstandsgesetze und die Staatsmacht (April 1968 - November 1968)	78
8.5	„Prozesse, Prozesse und kein Ende“ – Das Vorgehen der Justiz gegen die rebellierenden Studenten (November 1968 - November 1969)	82
9	Die Darstellung der studentischen Proteste im <i>Neuen Deutschland</i>, in der <i>Jungen Welt</i> und im <i>Forum</i> – Thematischer Überblick	87
9.1	„Komplott gegen Volk und Frieden“ – Die Auseinandersetzungen um die Notstandsgesetze	87
9.2	„Grausam und barbarisch gegen Studentenprotest“ – Zusammenstöße zwischen den Studenten und der Staatsmacht	95
9.3	„Axel Cäsar S. und seine Schatten“ – Die Springer-Presse und die Studentenproteste	99
9.4	„Pogrome wie in der ‚Kristallnacht‘“ – Die Charakterisierung der Bundesrepublik in den Berichten über die Studentenproteste	105
9.5	„Arbeiterjugend an der Seite der Studenten“ -Suggestion des gemeinsamen Kampfes von Arbeitern und Studenten	110
9.6	„Die kritische Theorie bleibt negativ“ – Auseinandersetzung mit dem theoretischen Hintergrund der Studentenunruhen	116
9.7	„Sie wissen, wofür sie kämpfen“ – Die Forderungen der Studenten	125
9.8	„Ein Offenes Wort an die Arbeiterjugend Westdeutschlands“ – Die Studentenproteste und der Prager Frühling	129
10	Schlussbetrachtung	137
11	Quellen- und Literaturverzeichnis	141
11.1	Handbücher, Dokumentenbände	141
11.2	Sekundärliteratur	141

1 Einleitung

In den Jahren 1967 bis 1969 schien sich in der Bundesrepublik das zu verwirklichen, was die Presse der DDR bereits seit langem prognostiziert hatte: Ein Teil der Bevölkerung begehrte gegen das System und seine Repräsentanten auf, beklagte in unzähligen Demonstrationen die vermeintlich faschistischen Strukturen und forderte eine sozialistische Alternative zum Kapitalismus. Die Staatsmacht reagierte mit Repressionen. Die Bundesrepublik schien sich zu destabilisieren.

Es lag in der Logik der Blockkonfrontation, dass ein Aufbegehren gegen den Bonner Staat, zumal wenn es von links kam, automatisch das Interesse der SED-Führung weckte.

Jedoch war die Lage für die SED komplizierter. Sie musste sich zur Zeit des Höhepunktes der studentischen Unruhen in der Bundesrepublik im Frühjahr 1968 gleichzeitig mit der Entwicklung in der Tschechoslowakei auseinandersetzen. Die hier propagierten reformsozialistischen Ideen fanden auch in der DDR immer mehr Anhänger. Eine herübergreifende linksoppositionelle Diskussion wollte die SED unter allen Umständen vermeiden.¹ Auch von den Studentenunruhen im anderen Teil Deutschlands befürchteten die SED-Mächtigen, dass diese Nachahmer unter den Jugendlichen im eigenen Staat finden könnten. Die Berichterstattung der DDR-Presse über die Vorgänge in Westdeutschland und Westberlin war geprägt von der Sympathie und Unterstützung für die aufbegehrenden Studenten und gleichzeitig von der Angst, dass die eigene Jugend negativ beeinflusst werden könnte.

Die vorliegende Arbeit untersucht die Darstellung der Studentenbewegung² in den Tageszeitungen *Neues Deutschland* und *Junge Welt* sowie in der Studentenzeitschrift *Forum*. Insgesamt berichtete die untersuchte Presse in 461 Artikeln über die Studentenbewegung. Die genaue Analyse dieser Berichte bildet die Grundlage der Arbeit. Zusätzlich wurden die Agitationsanweisun-

1 Classen, Christoph: Die westdeutsche Studentenbewegung von 1967/68 in den Medien der DDR, Vortrag im Marbacher Literaturinstitut 1998, unveröffentlicht, S. 7.

2 Ist im Folgenden von Studentenunruhen, Studentenbewegung etc. die Rede, dann sind damit stets die bundesrepublikanischen gemeint.

gen der Abteilung Agitation und die Akten der Westabteilung des Zentralkomitees der SED, die in der im Bundesarchiv untergebrachten „Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR (SAPMO)“ archiviert werden, ausgewertet.

Das *Neue Deutschland* und die *Junge Welt* waren die wichtigsten Tageszeitungen der DDR, da sie als Zentralorgane der SED bzw. der FDJ (Freie Deutsche Jugend) fungierten. Die SED-Zeitung war das Leitorgan der DDR-Presse, an dem sich andere Zeitungen ausrichten mussten. Die zentrale Lenkung der Medien sorgte dafür, dass die Argumentationslinien der regionalen Zeitungen, der Organe anderer Blockparteien und der Presse der Massenorganisationen nicht voneinander abwichen. Durch die Analyse der Darstellung der Studentenunruhen in den beiden wichtigsten Tageszeitungen kann also auf die allgemeine Argumentationslinie geschlossen werden. Das *Forum* erschien zweimal im Monat und konnte, da es nicht auf Tagesaktualität zielte, ausführlicher und differenzierter über die Studentenunruhen berichten. Die Kombination von zwei Tageszeitungen und einer Halbmonatszeitschrift ermöglicht es, sowohl die alltägliche Darstellung der Studentenunruhen als auch die ausführlichere Berichterstattung zu untersuchen.

Der Beginn des Untersuchungszeitraums ist der Tod Benno Ohnesorgs am 2. Juni 1967, da durch dieses Ereignis die zuvor auf Berlin konzentrierten Proteste sich auch auf das übrige Bundesgebiet ausweiteten. Das Ende der Studentenbewegung lässt sich nicht an einem Ereignis festmachen. Da spätestens im Herbst 1969 das Auseinanderbrechen in Splittergruppen und damit das Ende der Studentenproteste deutlich war, stellt der November 1969 das Ende des Untersuchungszeitraums dar. Zu diesem Zeitpunkt nimmt auch die Berichterstattung über die Studentenunruhen in den untersuchten Medien deutlich ab.

Das Ziel der Arbeit ist die genaue Analyse der Darstellung der Studentenunruhen in den ausgesuchten Presseorganen. Welche Aspekte der Studentenbewegung wurden dargestellt, welche besonders hervorgehoben und über welche berichtete die untersuchte Presse nicht? Wie passten die SED-Medienfunktionäre die Berichterstattung über die studentische Aufruhr in die allgemeine Berichterstattung über die Bundesrepublik ein? An welchen Argumentationslinien knüpften sie an, welche waren neu? In die genaue Analyse sollen auch erste Annahmen darüber einfließen, mit welchen Intentionen die SED-Medienfunktionäre über die studentischen Proteste berichteten.

Während es in Westeuropa und den USA zu heftigen Konflikten zwischen Teilen der Studentenschaft und der Staatsmacht kam und in der Tschechoslowakei durch reformsozialistische Ideen eine Aufbruchstimmung herrschte, blieben die Jugendlichen in der DDR ruhig.³ Einzige Ausnahme bildeten vereinzelte Proteste, vor allem von jungen Arbeitern, gegen den Einmarsch in Prag, die aber nur wenige Tage anhielten. „1968“ schien in der DDR nicht stattgefunden zu haben. Die vorliegende Arbeit soll aufzeigen, inwiefern auch die Berichterstattung über die bundesrepublikanischen Studentenproteste in den DDR-Medien dazu beigetragen hat, dass die Jugend der DDR nicht gegen das System aufbegehrte und es zu keinerlei generationellen Konflikten kam.

3 Ohse, Marc-Dietrich: Jugend nach dem Mauerbau, Anpassung, Protest und Eigensinn (DDR 1961–1974), Berlin 2003, S. 8f.

2 Forschungsstand

Die Darstellung der westdeutschen und Westberliner Studentenunruhen in den Medien der DDR wurde bislang nur von Christoph Classen für einen unveröffentlichten Vortrag am Marbacher Literaturinstitut 1998 untersucht.⁴ Seine Schlüsse zieht er aus der Analyse ausgewählter Fernsehberichte und einem Kinderhörspiel des Radios. Darin stellt er fest, dass die Medienfunktionäre weitgehend die Ziele und den theoretischen Hintergrund der Studentenbewegung ausblendeten. Stattdessen lag der Schwerpunkt der Berichterstattung auf der Darstellung der „repressiven und konspirativen Strukturen“ der Bundesrepublik. Die Proteste der Studenten wurden in die „sozialistisch-antifaschistische“⁵ Programmatik der SED eingepasst, was bis zur Identifikation der studentischen Forderungen mit den Positionen der DDR gehen konnte. Dabei kam es zu einer teilweisen Umdefinierung der Studentenproteste in Arbeiterproteste. Inwiefern sich diese Ergebnisse auch auf die Darstellung der Studentenunruhen in den Tageszeitungen *Neues Deutschland* und *Junge Welt* sowie der Studentenzeitschrift *Forum* übertragen lassen, wird diese Arbeit zeigen.

Ein methodisch ähnliches Vorgehen wie in der vorliegenden Arbeit wählt Andreas Renz in seiner Dissertation über die Studentenproteste von 1967/1968 im Spiegel der Münchner Presse.⁶ Er geht dabei rein chronologisch vor und behandelt einzelne Themenkomplexe in wiederholten Einschüben. Allerdings verbleibt die Studie stark im Deskriptiven und kann für diese Arbeit nur im begrenzten Umfang herangezogen werden.

Ein Großteil der Literatur, der die Geschichte der DDR zwischen 1967 und 1969 behandelt, setzte sich mit den Auswirkungen des Prager Frühlings auf die ostdeutsche Gesellschaft und nicht mit denen der westdeutschen und Westberliner Studentenunruhen auseinander. Für die Arbeit habe ich den Aufsatz von Stefan Wolle „Die versäumte Revolte: Die DDR und das Jahr

4 Herr Classen war so freundlich, mir das unveröffentlichte achtseitige Manuskript zukommen zu lassen.

5 Classen 1998, S. 6.

6 Renz, Andreas: Die Studentenproteste von 1967/1968 im Spiegel der Münchner Presse, München 1992.

1968“ herangezogen.⁷ Die Auswirkungen der Ereignisse in der Tschechoslowakei auf die Jugend untersuchen auch Marc-Dietrich Ohse in seiner Monographie „Jugend nach dem Mauerbau, Anpassung, Protest und Eigensinn (DDR 1961–1974)“⁸ und Alan McDougall in seiner Studie „Youth Politics in East Germany, The Free German Youth Movement 1946–1968“⁹. Beide Autoren stützen ihre Arbeiten auf die Akten des Ministeriums für Staatssicherheit und die für die Jugend zuständigen Abteilungen des Zentralkomitees der SED. Sie nutzen aber auch das Verfahren der Oral History und lassen in den Interviews die damalige ‚Jugend‘ zu Wort kommen. McDougall legt seinen Schwerpunkt auf die FDJ und deren Einfluss bei den Jugendlichen. Ohse hingegen beschäftigt sich eher mit dem widerständigen Verhalten der jungen Generation. Einflüsse der bundesrepublikanischen Studentenbewegung erwähnt McDougall gar nicht und Ohse nur am Rande. Er konstatiert, dass die Rezeption der politischen Inhalte nicht mehr nachzuvollziehen sei. Allerdings lassen sich dafür Belege finden, dass vor allem die Protestformen Anklang unter den DDR-Jugendlichen fanden.¹⁰ In ihrem Buch „Geboren im Jahr Eins“¹¹ untersucht Dorothee Wierling im „Versuch einer Kollektivbiographie“ anhand von zahlreichen Interviews den Werdegang des Jahrgangs 1949. Auch sie beschäftigt sich mit dem Jahr 1968 und kommt zu dem Schluss, dass die Studentenunruhen nur geringe Auswirkungen auf die Jugend der DDR gehabt hätten. Worin dieser „geringe Einfluss“¹² lag, beschreibt sie nicht.

7 Wollé, Stefan: Die versäumte Revolte, Die DDR und das Jahr 1968, in: APuZ, B 22–23, 2001, S. 37–46.

8 Ohse 2003.

9 McDougall, Alan: Youth Politics in East Germany, The Free German Youth Movement 1946–1968, Oxford 2004.

10 Ohse 2003, S. 168.

11 Wierling, Dorothee: Geboren im Jahr Eins, Der Jahrgang 1949 in der DDR, Versuch einer Kollektivbiographie, Berlin 2002.

12 Wierling 2002, S. 305.

Die Ereignisse des Jahres 1968 in der Bundesrepublik sind gut erforscht.¹³ Die Literatur zum Jahr 1968 wurde in den letzten Jahren durch einen stärker werdenden Forschungsstrom ergänzt, der die Ereignisse in die Gesamtschau der 60er Jahre einbettete.¹⁴ Gleichzeitig wird die Studentenbewegung der Bundesrepublik verstärkt im internationalen Kontext analysiert.¹⁵ Für die vorliegende Arbeit war die Studie von Marica Tolomelli von Bedeutung, die die Verbindungen der Studentenbewegung zur Arbeiterschaft untersucht.¹⁶

Während es fast keinerlei Literatur über die Auswirkungen der westlichen Studentenunruhen auf die Jugend der DDR gibt, beschäftigen sich etliche Wissenschaftler und Journalisten mit den Einflüssen der Staatsorgane der DDR, vor allem des Ministeriums für Staatssicherheit, auf die Studentenbewegung.¹⁷ Die umfangreichste und beste Darstellung dazu findet sich bei Hubertus Knabe „Die unterwanderte Republik, Die Stasi im Westen“.¹⁸ In der vorliegenden Untersuchung gilt es zu klären, ob die Organisationen, die stärker von der Stasi beeinflusst waren, auch in der Berichterstattung häufiger und besonders positiv auftauchten.

In Anbetracht der Fülle der Literatur über die DDR erstaunt ein offensichtliches Forschungsdesiderat. Über die Geschichte der führenden Zeitungen der

-
- 13 Fichter, Tillmann/Lönnendonker, Siegwald: Macht und Ohnmacht der Studenten, Kleine Geschichte des SDS, Hamburg 1998; Görlich, Christopher: Die 68er in Berlin, Schauplätze und Ereignisse, Berlin 2002; Kraushaar, Wolfgang: 1968 als Mythos, Chiffre und Zäsur, Hamburg 2000; Langguth, Gerd: Mythos '68, Die Gewaltphilosophie von Rudi Dutschke – Ursache und Folgen der Studentenbewegung, München 2001; Michelers, Detlef: Draufhauen, Draufhauen, Nachsetzen!, Die Bremer Schülerbewegung, die Straßenbahndemonstrationen und ihre Folgen 1967/70, Bremen 2002; Schmidtke, Michael: Der Aufbruch der jungen Intelligenz, Die 68er Jahre in der Bundesrepublik und den USA, Frankfurt am Main 2003; Schneider, Franz: Dienstjubiläum einer Revolte, „1968“ und 25 Jahre, München 1992.
- 14 Siehe z. B.: Schildt, Axel/Siegfried, Detlef/Lammers, Karl Christian (Hrsg.): Dynamische Zeiten, Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften, Hamburg 2000.
- 15 Siehe z. B.: Francois, Etienne/Middel, Matthias/Terray, Emmanuel/Wierling, Dorothee: 1968 – ein europäisches Jahr?, Leipzig 1997; Gülcher-Holtje: Die 68er Bewegung, Deutschland – Westeuropa – USA, München 2001.
- 16 Tolomelli, Marica: „Repressiv getrennt“ oder „organisch verbündet“, Studenten und Arbeiter 1968 in der Bundesrepublik und in Italien, Opladen 2001.
- 17 Siehe z. B.: Rabehl, Bernd: Feindblick, Der SDS im Fadenkreuz des „Kalten Krieges“, Berlin 2000.
- 18 Knabe, Hubertus: Die unterwanderte Republik, Die Stasi im Westen, Berlin 1999, S. 182-233.

DDR *Neues Deutschland* und *Junge Welt* existieren keine Monographien oder umfangreichere Aufsätze. Die Darstellung der beiden Tageszeitungen beruht vor allem auf den Arbeiten von Andreas Bauhaus¹⁹ und Susanne Marten-Finnis.²⁰ Auch wenn sich ein Großteil der DDR-Bürger zusätzlich über die Westmedien informierte, spielten die beiden auflagenstärksten Tageszeitungen eine bedeutende Rolle.²¹ Die Leser versuchten, zwischen den Zeilen zu lesen, um auf die sich verändernden Argumente und Konstellationen der Staatsleitung schließen zu können.²² Für Studien, die die bis heute nachwirkenden Mentalitäten in den Blick nehmen, ist eine genaue Analyse der Presse unerlässlich. Zur Studentenzeitschrift *Forum* sieht die Literaturlage ein wenig besser aus, was vor allem den umfangreichen Forschungen von Ulrike Schuster zu verdanken ist.²³ Offensichtlich weckte die wechselvolle und spannungsreiche Geschichte der Studentenzeitschrift mehr Interessen als die auflagenstärksten Tageszeitungen, die als Verlautbarungsorgane der SED und FDJ fungierten.

Einen Überblick über das Mediensystem der DDR bietet Gunter Holzweißigs Monographie „Die schärfste Waffe der Partei, Eine Mediengeschichte der DDR“²⁴. Durch seine starke Konzentration auf einen Vergleich des Mediensystems des Nationalsozialismus mit dem der DDR legt er seinen Schwerpunkt vor allem auf das Kontroll- und Lenkungssystem. Seine Arbeit ermöglicht einen ersten Überblick, die Darstellung der Mediengeschichte der DDR steht aber nach wie vor noch aus.

19 Bauhaus, Andreas: Jugendpresse, -hörfunk, und -fernsehen in der DDR, Ein Spagat zwischen FDJ-Interessen und Rezipientenbedürfnissen, Bochum 1994.

20 Marten-Finnis, Susanne: Pressesprache zwischen Stalinismus und Demokratie, Parteijournalismus im „Neuen Deutschland“ 1946–1993, Tübingen 1994.

21 Ohse 2003, S. 153.

22 Meyen, Michael: Denver Clan und *Neues Deutschland*. Mediennutzung in der DDR. Berlin 2003, S. 118.

23 Schuster, Ulrike: Wissen ist Macht, FDJ, Studenten und die Zeitung *Forum* in der SBZ/DDR, Eine Dokumentation, Berlin 1997; Schuster, Ulrike: Zeitgeist im *Forum*, Über die Kultur des Streits zwischen 1947 und 1983, in: Simone Barck, Martina Langermann, Siegfried Lokatis: Zwischen „Mosaik“ und „Einheit“, Zeitschriften in der DDR, Berlin 1999.

24 Holzweißig, Gunter: Die schärfste Waffe der Partei, Eine Mediengeschichte der DDR, Köln 2002.

3 Vorgehensweise

Die Arbeit beruht auf der Analyse der Tageszeitungen *Neues Deutschland*, *Junge Welt* und der Halbmonatszeitschrift *Forum*. Die Charakteristika der Quellen stelle ich im Kapitel 4 dar. Dabei werde ich vor allem auf die Verortung der Zeitungen in der Presselandschaft der DDR eingehen, da das *Neue Deutschland* als Verlautbarungsorgan der SED und die *Junge Welt* als Sprachrohr des Zentralrates der FDJ herausgehobene Positionen inne hatten. Die Zeitschrift *Forum* wandte sich dezidiert an die Studentenschaft und hatte daher eine ganz andere Funktion innerhalb des Pressemarktes der DDR.

Das Kapitel 5 verdeutlicht, wie das Pressesystem der DDR funktionierte. Einen Schwerpunkt werde ich auf die Kontrolle und Lenkung der untersuchten Zeitungen und der Zeitschrift legen. Die Darstellung des Anweisungssystems legt dar, dass es nicht möglich war, in der Presse eine Ansicht zu vertreten, die nicht der der SED entsprach. Die Vielzahl der erscheinenden Zeitungen und Zeitschriften täuschte eine Pluralität an Presseerzeugnissen vor, die nicht existierte. Sie variierten zwar in der Aufmachung, die Inhalte, die die Partei, den Staat oder die Außen- und Innenpolitik betrafen, waren jedoch vorgegeben und durften nicht abweichend dargestellt werden. Auch in der vorliegenden Arbeit werde ich zeigen, dass die untersuchten Tageszeitungen die Studentenunruhen ähnlich darstellten, die Studentenzeitung jedoch eine ganz andere Form der Berichterstattung fand. Trotzdem wichen die drei Quellen nicht in den grundlegenden Argumentationslinien voneinander ab.

Im Kapitel 6 und 7 skizziere ich die für die Arbeit bedeutenden Ereignisse der Bundesrepublik und der DDR in den Jahren 1967 bis 1969. Die Entstehung der Studentenunruhen, die wichtigsten Stationen und den Zerfall der Bewegung werde ich im Abschnitt 6 darstellen. Den größten Niederschlag in der Berichterstattung der untersuchten Presse haben der Tod von Benno Ohnesorg, das Attentat auf Rudi Dutschke und die Demonstrationen der Studenten gefunden, deswegen werde ich auch den Schwerpunkt dieses Kapitels darauf legen. Da sich die Studentenzeitung *Forum* mit der Theorie Herbert Marcuses, einem Vordenker der Studentenbewegung, auseinandersetzte, widme ich diesem Thema ebenfalls einen kurzen Abschnitt.

Im Kapitel 7.1 stelle ich die Jugendpolitik der DDR im Untersuchungszeitraum dar. Diese hatte unmittelbaren Einfluss darauf, was und wie von der Jugend in der Bundesrepublik berichtet wurde. Ich möchte in der Arbeit klären, ob sich die veränderte Situation für die Jugend nach der Niederschlagung des Prager Frühlings auf die Darstellung der Studentenunruhen auswirkte. Die Berichte über die Studentenbewegung wurden häufig benutzt, um aufzuzeigen, dass es die angeprangerten Probleme in der DDR nicht gäbe, da sie entweder schon gelöst seien oder aber gerade angegangen würden, wie z. B. in der 3. Hochschulreform und in der Verfassungsreform von 1968, die ich daher im Kapitel 7.2 erläutere. Da die Berichterstattung über die Studentenunruhen in die allgemeine Darstellung der Bundesrepublik in den Medien der DDR eingepasst wurde, wird im Abschnitt 7.3 der Blick der DDR-Medien auf die Bundesrepublik Deutschland aufgezeigt.

Die Verbindung von der Berichterstattung über die aktuellen Ereignisse mit den allgemeinen politischen Vorstellungen der SED ist ein Charakteristikum der Artikel der Tageszeitungen *Neues Deutschland* und *Junge Welt*. So wurde beispielsweise über den Tod Benno Ohnesorgs berichtet, um dann gleich auf die allgemeine Darstellung der Bundesrepublik als repressiven und ausbeuterischen Staat umzuschwenken. Daher habe ich den Hauptteil in einen chronologischen Abschnitt im Kapitel 8 und einen thematischen Teil im Kapitel 9 geteilt.

Es lassen sich im Untersuchungszeitraum unterschiedliche Schwerpunkte der Berichterstattung erkennen, die ich zur Grundlage der Kapiteleinteilung im chronologischen Abschnitt des Hauptteils gemacht habe. Dies bedeutet jedoch nicht, dass z. B. über Demonstrationen gegen den Vietnamkrieg ausschließlich im von mir angegebenen Zeitraum vom Juni 1967 bis zum April 1968 berichtet wurde. Auch später gab es vereinzelte Abschnitte in Artikeln, die sich mit dem Thema befassten, jedoch in einem weit geringerem Umfang als zuvor.

Einige Themen und Argumentationslinien zogen sich durch die gesamte Berichterstattung. Über die Notstandsgesetze wurde z. B. sowohl im Zusammenhang mit dem Tod von Benno Ohnesorg als auch in den Berichten über die zahlreichen Demonstrationen sowie in Folge des Attentats auf Rudi Dutschke berichtet. Daher werde ich im Kapitel 9 die Darstellung der Studentenbewegung unter thematischen Aspekten betrachten, da so die wichtigsten Charakteristika der Berichterstattung zusammengefasst analysiert werden können.

Die Arbeit ist keine sprachwissenschaftliche Analyse, jedoch werde ich immer wieder auf die Verwendung der Sprache eingehen, da sie viel über die Intentionen der SED-Medienfunktionäre aussagt. Der offizielle Sprachgebrauch der DDR war geprägt durch eine hohe Ritualität in der Kommunikation, z. B. durch die immer wiederkehrende Verwendung von Schlagwörtern oder die immer gleiche Beschreibung von Parteiveranstaltungen.²⁵ Etliche Merkmale einer Ritualität der Sprache lassen sich auch in der untersuchten Berichterstattung ausmachen. Die traditionelle Unterscheidung in die Textsorten Nachricht, Bericht, Leitartikel und Kommentar nahmen auch die untersuchten Tageszeitungen *Neues Deutschland* und die *Junge Welt* vor. Allerdings waren die Argumentationslinien zu den Studentenunruhen in allen Gattungen gleich, da sie von den SED-Medienfunktionären vorgegeben wurden. Daher konzentriere ich mich in der Arbeit auf die Darstellung der Studentenunruhen und die dabei verwendete Argumentation und unterscheide nicht nochmals in die einzelnen Textsorten.

Im Kapitel 10 ziehe ich ein Resumée der Arbeit und gebe einen Ausblick auf weitere mögliche Forschungsfelder dieses Themas.

25 Zum Ritualitätsbegriff siehe: Strasdas, Doreen: Nachricht und Ritualität, Eine Untersuchung anhand des „Parteiorgans“ *Neues Deutschland*, in: Fix, Ulla (Hrsg.): Ritualität in der Kommunikation der DDR, Frankfurt am Main 1998, S. 372, Siehe auch Kapitel 5 dieser Arbeit.

4 Quellen

4.1 Das SED-Zentralorgan *Neues Deutschland*

Das *Neue Deutschland* wurde 1946 in der Sowjetischen Zone im Zuge der Zwangsvereinigung von KPD und SPD zur SED aus den Parteizeitungen *Volk* (SPD) und *Deutsche Volkszeitung* (KPD) gegründet. Die Zeitung entwickelte sich zur wichtigsten der DDR, da sie als zentrales Verlautbarungsorgan der SED alle politischen Veränderungen publizistisch unterstützend nachvollzog.²⁶ Für die Bezirkszeitungen stellte die Parteizeitung das Leitorgan dar und ein Großteil der Berichte, in erster Linie aus dem innen- und außenpolitischen Bereich, wurde direkt übernommen.²⁷ Das *Neue Deutschland* diente den DDR-Bürgern und vor allem den SED-Mitgliedern als Richtlinie für die jeweils geltende politische Richtung, anhand derer sie ihr eigenes Handeln ausrichten konnten.

Die erste Ausgabe erschien am 23. April 1946 unter dem Titel *Neues Deutschland, Zentralorgan der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands*. In den ersten Monaten des Bestehens versuchte die Redaktion einen eigenen Stil zu entwickeln, war dann aber gezwungen, die sowjetischen Vorgaben umzusetzen. Im Frühjahr 1947 wurde immer deutlicher, dass die Zeitung den Kurs der SED zur „Partei neuen Typs“ nach dem Vorbild der KPdSU als „Presse neuen Typs“ nachvollzog.²⁸ Das *Neue Deutschland* wurde zum Sprachrohr der SED. Im Mai 1949 wurden Redaktionspläne eingeführt, die schon im voraus die Themen der nächsten Wochen festlegten. Damit übertrug die SED das Prinzip der Planwirtschaft auf die Massenmedien. Ab Januar 1949 wurde von den Redakteuren der Zeitung auch die Mitgliedschaft in der Partei gefordert.²⁹

26 Marten-Finnis 1994, S. 1.

27 Strasdas 1998, S. 371.

28 Marten-Finnis 1998, S. 50.

29 Ebd.

Ende der 50er Jahre und zu Beginn der 60er Jahre intensivierte die Redaktion des *Neuen Deutschlands* die wirtschaftliche Berichterstattung. Das SED-Parteiorgan sollte die Leistungen der DDR auf diesem Gebiet herausstellen und zu weiteren Anstrengungen anregen. Ziel war es, den Westen bis zum Ende 1961 wirtschaftlich zu überflügeln, allerdings war schnell klar, dass die DDR-Wirtschaft weit davon entfernt blieb. Hinzu kam, dass der Strom der Übersiedler in die Bundesrepublik weiter zunahm und dies den DDR-Bürgern durch die Westmedien bekannt war. Daher verstärkte die SED die Berichterstattung über die „westlichen Störfaktoren“. Die Mauer wurde zum „antifaschistischen Schutzwall“ umdefiniert.³⁰

Den Großteil der Berichterstattung im Zeitraum von 1967 bis 1969 machten politische Nachrichten aus, wobei die Außen- und Innenpolitik fast gleichwertig behandelt wurde. Einen Teil der innenpolitischen Berichterstattung stellten Redeabdrucke der Parteiprominenz, vor allem Walter Ulbrichts, anlässlich von Parteitag oder anderen wichtigen Parteiveranstaltungen dar. Ein weiteres bedeutendes Themengebiet des *Neuen Deutschlands* war die Wirtschaftspolitik, die gemäß den Grundsätzen des NÖSPL (Neues ökonomisches System der Planung und Leitung), das eine teilweise Dezentralisierung und damit eine Verlagerung von Planungs- und Leitungskompetenzen in die Betriebe vorsah, dargestellt wurde.³¹ Die SED-Presse musste erklären, wieso es nicht gelang, mit der Wirtschaft der Bundesrepublik gleichzuziehen. Dazu diente die verstärkte Propagierung der Überlegenheit der sozialistischen Ideologie gegenüber der des Kapitalismus. Auch die Berichterstattung über die Studentenbewegung zeichnete ein negatives Bild der Bundesrepublik und stellte dem die positiven Entwicklungen der DDR gegenüber.

Das *Neue Deutschland* erschien im Untersuchungszeitraum täglich, auch sonntags, und hatte wochentags einen Umfang von acht Seiten, die Sonntagsausgabe einen von sechzehn Seiten. Sie war mit ca. 1,1 Millionen Exemplaren die auflagenstärkste Zeitung der DDR.³² Die Zeitung kostete während ihres gesamten Erscheinungszeitraums als SED-Zentralorgan 15 Pfennige und sollte damit so günstig sein, dass sie sich jeder bedenkenlos leisten konnte. Namentlich gekennzeichnet waren nur vereinzelte Berichte,

30 Marten-Finnis 1998, S. 81ff.

31 Zum NÖSPL siehe: Roesler, Jörg: Zwischen Plan und Markt, Die Wirtschaftsreform in der DDR zwischen 1963 und 1970, Berlin 1990.

32 Seit 1977 war die *Junge Welt* die auflagenstärkste Zeitung der DDR.

Kommentare und ein Teil der Korrespondentenberichte. Ansonsten erschienen die Artikel anonym, da die Meinung der SED und nicht die eines Journalisten vertreten werden sollte.³³

Die Ziele, die die SED mit dem *Neuen Deutschland* verfolgte, waren zum einen die Eingliederung der DDR in die sozialistische Staatengemeinschaft und zum anderen die Abgrenzung vom anderen Teil Deutschlands. Berichte über die Bundesrepublik nahmen einen großen Teil der Berichterstattung ein. Die Studentenproteste wurden im Untersuchungszeitraum häufig an prominenter Stelle platziert. Allein 42 Berichte befanden sich auf dem Titelblatt, 10 Mal wurde den Unruhen eine ganze Seite gewidmet. Insgesamt berichtete das SED-Zentralorgan 232 Mal über die Studentenunruhen, wobei es sich um 149 längere Artikel und 83 kürzere Nachrichten handelte. Die Häufigkeit, Länge und Platzierung der Berichterstattung ist deswegen von großer Bedeutung, da sie viel über die Gewichtung des Themas auf Seiten der SED-Funktionäre aussagt.

Neben der SED-Zeitung war die *Junge Welt* als Verlautbarungsorgan des FDJ-Zentralrates die zweitwichtigste Tageszeitung der DDR.

4.2 Das FDJ-Zentralorgan *Junge Welt*

Die *Junge Welt* erschien erstmalig am 12. Februar 1947. Sie war das Zentralorgan der FDJ, auch wenn der Untertitel der Zeitung zunächst „*Zeitung der Jugend*“ lautete und erst 1952 in „*Organ des Zentralrates der FDJ*“³⁴ umgewandelt wurde. Deutlich wird dies in den einleitenden Worten vom FDJ-Vorsitzenden Erich Honecker in der ersten Ausgabe:

„Die ‚Junge Welt‘ soll in der Hand der Freien Deutschen Jugend eine Waffe sein in ihrem Kampf für die Durchsetzung und Verwirklichung der Grundrechte der jungen Generation.“³⁵

Spätestens im Jahr nach ihrer Gründung besaß die Zeitung die Führungsrolle unter den Jugendzeitungen und -zeitschriften. Zielgruppe waren die Jugend-

33 Die Namen der Autoren der untersuchten Artikel habe ich dann in der Arbeit angegeben, wenn sich Informationen zu ihrem Lebenslauf finden ließen.

34 Bauhaus 1994, S. 19.

35 Zitiert nach: Kapitza, Arne: Transformation der ostdeutschen Presse: „Berliner Zeitung“, „*Junge Welt*“ und „Sonntag/Freitag“ im Prozess der deutschen Vereinigung, Opladen 1997, S. 74.

lichen im Alter von 13 bis 22 Jahren, allerdings wurde die Zeitung wegen des beliebten Sportteils auch viel von Erwachsenen gelesen.³⁶ Die *Junge Welt* war ähnlich wie das *Neue Deutschland* konzipiert; ein Teil der Artikel wurde wortgetreu aus dem SED-Zentralorgan übernommen und die wichtigsten innen- und außenpolitischen Meldungen wurden verkürzt nachgedruckt. Im Vergleich blieb das FDJ-Zentralorgan aber immer die keckere und populärere Zeitung.³⁷

In der Anfangsphase der Zeitung sollten vor allem Mitglieder und Funktionäre der FDJ angesprochen werden, die Redaktion versuchte aber auch die nichtorganisierten Jugendlichen zu erreichen.³⁸ Aufgabe der Zeitung war die Darstellung und Verwirklichung der Ziele der FDJ. Die *Junge Welt* erschien zunächst nur wöchentlich und war durch die geringe Aktualität nicht sehr massenwirksam. Um die Popularität der Zeitung zu erhöhen, kam sie ab dem Januar 1950 zweimal in der Woche heraus. Der Übergang zur Tageszeitung im März 1952 markierte einen Wendepunkt in der Geschichte der *Jungen Welt*, da sie sich nun durch die Tagesaktualität besonders gut zur Vermittlung der Politik der FDJ eignete.³⁹ Der Freiraum der Redaktion war sehr begrenzt. So musste auf der einen Seite ein Perspektivplan mit den Themen der kommenden Monate bei der Abteilung Agitation und Propaganda des Zentralkomitees der SED eingereicht werden und auf der anderen Seite gab es viele sehr detailreiche Anweisungen durch die SED und die FDJ.⁴⁰

In den 50er Jahren kristallisierte sich die Grundstruktur heraus, die auch noch im Untersuchungszeitraum der Zeitung Bestand hatte. Den Hauptteil der Nachrichten machten Berichte aus der Außen- und Innenpolitik aus, die nicht speziell auf die Jugend zugeschnitten waren. Themen, die die Jugendlichen interessierten, fanden sich vor allem in der Wochenendausgabe, die Rätsel, Modeberichte und Artikel über Freizeitgestaltung beinhaltete. Aber auch die Partnerschafts- und Aufklärungsrubrik „Unter vier Augen“ in der

36 Meyen 2003, S. 119.

37 Kapitza 1997, S. 75.

38 Bauhaus 1994, S. 19.

39 Bauhaus 1994, S. 19ff.

40 Bauhaus 1994, S. 37.

Mittwochsausgabe erfreute sich in den 60er Jahren besonders hoher Beliebtheit bei den jüngeren Lesern.⁴¹

Die durchschnittliche Auflage in den 60er Jahren betrug ca. 265.000 Exemplare. Die Zeitung hatte zumeist einen Umfang von 8 Seiten in der Woche und 16 Seiten am Wochenende. Da die FDJ-Zeitung sich an eine jüngere Zielgruppe wandte, kostete sie im Untersuchungszeitraum nur 10 Pfennige.

Berichte über die Bundesrepublik und Westberlin waren vor allem auf der Seite 2 zu finden, die Kurzmeldungen aus Politik und Wirtschaft enthielt und in die Rubriken DDR, Westdeutschland, Westberlin und Ausland untergliedert war. Genau wie in der SED-Zeitung wurde auch in der *Jungen Welt* ausführlich über die Studentenbewegung berichtet. Insgesamt erschienen 194 Berichte, davon waren 100 längere Darstellungen und 94 Mal wurde eine kurze Nachricht gedruckt. Die Studentenunruhen schafften es 32 Mal auf den Titel der *Jungen Welt* und nahmen 13 Mal eine ganze Seite ein.

Die Berichterstattung über die Studentenproteste war in den Tageszeitungen *Neues Deutschland* und *Junge Welt* relativ ähnlich, was u.a. daran lag, dass beide Zeitungen von der Agitationsabteilung angeleitet wurden.

Die halbmonatlich erscheinende Studentenzeitschrift *Forum* konnte wesentlich ausführlicher und differenzierter über die Ereignisse in der Bundesrepublik berichten.

4.3 Die Studentenzeitschrift *Forum*

Die Zeitschrift *Forum* erschien von 1947 bis 1983 und wandte sich dezidiert an die studentische Jugend. Die Halbmonatsschrift galt als die lebendigste und interessanteste Zeitschrift der DDR.⁴² Betrachtet man die 37 erschienenen Jahrgänge, so spiegeln die Berichte, Dokumentationen und Kommentare auch das Hin- und Herlavieren der SED-Politik zwischen verstärkten Restriktionen und begrenzter Liberalisierung wider. Das *Forum* war zwar auf der einen Seite ein Presseorgan der FDJ-Führung und hatte damit deren Politik zu vertreten, aber auf der anderen Seite wurde es auch zum Indikator für tatsächliche politische Praxis und Stimmungen unter den ostdeutschen

41 Meyen 2003, S. 119.

42 Herzberg, Guntolf/Seifert, Kurt: Rudolf Bahro – Glaube an das Veränderbare, Eine Biographie, Berlin 2002, S. 78.

Studenten.⁴³ Obwohl die Zeitung sich nie im grundlegenden Widerspruch zu den Zielen der SED bzw. FDJ befand, wurde sie während ihres gesamten Erscheinungszeitraums von den Mächtigen kritisch beobachtet und häufig als zu „elitär“, „opportunistisch“ oder sogar „konterrevolutionär“ bewertet.⁴⁴

Das *Forum* wurde im Januar 1947 als *Zeitschrift für das geistige Leben an den Deutschen Hochschulen* in der SBZ gegründet und war die erste Studentenzeitschrift, die nach 1945 in allen vier Besatzungszonen erschien. Bis zum Jahr 1948 konnte die *Forum*-Redaktion relativ unabhängig agieren, büßte aber immer mehr Freiheiten ein. Seit 1950 erschien die Zeitung als *Organ des Zentralrates der FDJ* und stand damit unter der direkten politischen Einflussnahme der FDJ-Führung. Ab 1953 war die Studentenzeitung fest in das FDJ-Mediensystem eingefügt.⁴⁵

Genau wie in der Jugendpolitik kam es auch in der Kulturpolitik zu Beginn der 60er Jahre zu deutlichen Liberalisierungstendenzen. Dies zeigte sich auch dadurch, dass die in dieser Phase veröffentlichten Bücher, z. B. von Christa Wolf, Volker Braun, Hermann Kant, Heiner Müller, Sarah und Rainer Kirsch und Brigitte Reimann, einen differenzierten, ansatzweise kritischen Blick auf die DDR-Gegenwart warfen. Häufig erschienen die Texte der angeführten Schriftsteller als Vorabdruck im *Forum* und wurden dadurch einem breiterem Publikum zugänglich gemacht.

Mit dem sogenannten „Kahlschlagsplenum“⁴⁶ im Dezember 1965 wurden alle Liberalisierungstendenzen im kultur- und jugendpolitischen Bereich abrupt beendet. Bei den Studenten bestand jedoch wenig Bereitschaft, die zuvor gewonnenen Freiräume wieder aufzugeben. Auch die *Forum*-Redakteure waren nicht widerstandslos bereit, sich den neuen Restriktionen durch

43 Schuster 1997, S. 14.

44 Schuster 1999, S. 299.

45 Schuster 1997, S. 28.

46 Das perfekt inszenierte Tribunal rechnete schonungslos mit allen fortschrittlichen Tendenzen im künstlerischen Bereich und im gesamten Geistesleben ab. Die SED leitete einen „kulturellen Kahlschlag“ ein, der bis zum Ende der Amtszeit Ulbricht die Kultur dominierte. Der Angriff galt Autoren, Theaterleuten, der Beatmusik sowie etlichen Filmschaffenden. Vorgetragen wurde er in erster Linie von Erich Honecker, dem damaligen Sicherheitsbeauftragten des ZK. Siehe: Agde, Günther (Hg.): Kahlschlag, Das 11. Plenum des ZK der SED 1965, Berlin 2002.

die Partei zu unterwerfen.⁴⁷ Dies galt vor allem für Rudolf Bahro⁴⁸, der 1965/1966 stellvertretender Chefredakteur des *Forums* war. Er öffnete die Zeitung für junge, nicht angepasste Lyriker wie Günter Kunert, Heinz Czechowskis oder Hanns Cibulka. Im Frühherbst 1966 verantwortete er in Abwesenheit des Chefredakteurs den Abdruck von Volker Brauns Buch „Der Kipper Paul Bauch“. Braun gehörte zu den Autoren, die auf dem 11. Plenum der SED scharf in der Kritik standen.⁴⁹ Zunächst wurde die gesamte Chefredaktion beurlaubt. Nachdem der Chefredakteur offiziell Selbstkritik geübt hatte, erhielt er seinen alten Posten zurück. Da sich Bahro weigerte, Selbstkritik zu üben, musste er seine Position als stellvertretender Chefredakteur am 18. Oktober 1966 räumen. Dem *Forum* wurden seit dem Eklat um die Veröffentlichung von Brauns Stück strikte Vorgaben vom FDJ-Zentralrat gemacht. Für den Untersuchungszeitraum der Arbeit 1967 bis 1969 musste sich die *Forum*-Redaktion an den offiziellen Kurs der FDJ bzw. der SED halten. In einer Selbstbeschreibung aus dem Februar 1968 „Forum? Was iss’n dis?“ wird dies deutlich:

„**Forum** die Zeitung der Freien Deutschen Jugend für geistige Probleme junger Leute, die denken und vorwärtsschreiten

Forum behandelt Fragen des Klassenkampfes, lässt Schrittmacher der wissenschaftlich-technischen Revolution und der Entwicklung unserer sozialistischen Menschengemeinschaft zu Wort kommen

Forum untersucht, wie junge Facharbeiter, Ingenieure, Studenten und Wissenschaftler unseren Verfassungsgrundsatz „Plane mit, arbeite mit, regiere mit!“ zu ihrem persönlichen Leitspruch machen [...]“⁵⁰

Die Artikel, die „das Profil von FORUM bestimmen“, sollten „parteilich, problemreich, informativ“⁵¹ sein, wobei „parteilich“ nicht nur formal an

47 Schuster 1997, S. 242.

48 Rudolf Bahro (*1953, †1997), 1954–1959 Philosophiestudium an der HU Berlin, 1960 – 1969 Redakteur der Universitätszeitung Greifswald, 1965/1966 stellvertretender Chefredakteur des *Forums*, 1967–1977 Abteilungsleiter für wissenschaftliche Arbeitsorganisation im VEB Gummikombinat Berlin, 1975 Ablehnung der Dissertation, 1977 Veröffentlichung seines Buches „Die Alternative“ in der Bundesrepublik, 1978 Verurteilung zu acht Jahren Freiheitsstrafe, 1979 Entlassung und Übersiedlung in die Bundesrepublik, Siehe: Herzberg/Seifert 2002.

49 Schuster 1997, S. 244.

50 *Forum* Sonderausgabe Februar 1968, Zum Brecht-Dialog, S. 6.

51 Ebd.

erster Stelle genannt wurde. Durch die Ausrichtung auf die „jungen Leute, die denken und vorwärtsschreiten“, hatten die Berichte der Zeitung über die Studentenbewegung ein sehr viel höheres Niveau als die in den untersuchten Tageszeitungen. Die Studentenzeitschrift beschäftigte sich auch mit dem theoretischen Hintergrund der Studentenbewegung und setzte sich z. B. mit der Theorie Marcuses oder der Idee des Antiautoritären auseinander. Dies geschah ganz im parteilichen Sinne sehr kritisch.

Im Untersuchungszeitraum von 1967 bis 1969 erschien das *Forum* zweimal im Monat und kostete 40 Pfennige. Laut offizieller Angaben betrug die Auflagenzahl im Jahr 1967 34.000 Exemplare. Ehemalige Mitarbeiter der Herstellungs-Abteilung des Jungen-Welt-Verlages, in dem das *Forum* erschien, berichteten, dass einige Ausgaben des *Forums* mit bis zu 150.000 Exemplaren gedruckt wurden.⁵² Die Studentenzeitschrift wurde auch in die Bundesrepublik versandt, aber es ist nicht mehr nachzuvollziehen, in welchem Umfang dies geschah. Das Layout der Zeitung war für die damalige Zeit modern und galt als Vorreiter für die gesamte Presselandschaft der DDR.⁵³ Der Umfang der untersuchten Ausgaben betrug fast immer 24 Seiten.

Das *Forum* konnte über die Studentenbewegung wesentlich ausführlicher berichten, da es nur zweimal im Monat erschien und nicht auf Tagesaktualität zielte. So druckte die Studentenzeitschrift insgesamt 35 Artikel, die jedoch wesentlich länger waren als die der untersuchten Tageszeitungen, allein 14 Berichte erstreckten sich über zwei Seiten. Das *Forum* veröffentlichte zwei Serien, die indirekt die Studentenbewegung thematisierten. Die dreiteilige Serie über Axel Springer umfasste 22 und die vierteilige Serie über die Theorie Herbert Marcuses hatte den Umfang von 7 Seiten.

Das *Forum* berichtete deutlich differenzierter über die Studentenunruhen als dies in den Tageszeitungen möglich war. Durch die ausgeprägten Kontroll- und Lenkungsmechanismen im Medienbereich wich die Grundargumentation jedoch nicht von der vorgegebenen Linie der SED ab.

52 Schuster 1997, S. 243.

53 Schuster 1999, S. 302.

5 Die Presse als Herrschaftsinstrument der SED

Funk- und Printmedien waren in der DDR Herrschaftsinstrumente der SED. Sie hatten laut der Definition von Lenin die Aufgabe als kollektiver Agitator, kollektiver Propagandist und als kollektiver Organisator zu wirken.⁵⁴ Als Propagandist hatte die Presse die Aufgabe, die Ideologie des Marxismus-Leninismus zu verbreiten. Durch Agitation sollte die aktuelle Politik der SED unterstützt und verbreitet werden. Als Mittel dazu diente die bewusste und parteiliche Auswahl von Ereignissen, über die in der Presse berichtet wurde. Als Organisator sollten die Medien anleitend und motivierend wirken, um zum Erreichen von vorher bestimmten Zielen, zumeist das der wirtschaftlichen Planerfüllung, beizutragen.⁵⁵ Die SED-Massenmedien standen dabei in dem permanenten, unvereinbaren Konflikt zwischen ihrer ideologischen Bestimmung gemäß dem jeweiligen Parteauftrag und ihrer Öffentlichkeitsfunktion, die auf Massenwirksamkeit zielte.

Die Berichterstattung im *Neuen Deutschland* und in der *Jungen Welt* war in einem hohen Maße ritualisiert.⁵⁶ Die ritualisierte Sprache im öffentlichen Gebrauch stand im Dienst der Anpassung und der Unterdrückung der Formenvielfalt. Rituale können eine herrschaftsstützende Funktion übernehmen, da sie soziale Integration, Identitätsbildung und Stabilität erleichtern sowie zur Kanalisierung von Emotionen und Sinnkonstitution dienen. Die Rituale des Bestätigens der Werte der sozialistischen Gemeinschaft und des Integrierens der Bürger in die Gesellschaft wurden täglich in den zwei untersuchten Tageszeitungen praktiziert. Folgende Elemente der Ritualität können dabei ausgemacht werden: Die Auswahl der Themen und der Aufbau der untersuchten Artikel ähnelten sich im Untersuchungszeitraum stark. So wurde sehr häufig von Parteitagungen oder anderen Treffen von SED-Politikern berichtet. Der Abdruck der gehaltenen Reden konnte dabei fast den gesamten Platz der Zeitungen einnehmen. Die Ereignisse, über die berichtet wurde, z. B. die Studentenunruhen der Bundesrepublik und Westberlins, sollten

54 Holzweißig 2002, S. 8.

55 Arne Kapitza 1997, S. 55.

56 Zum Ritualitätsbegriff siehe: Strasdas 1998, S. 372.

klassifiziert und in die politischen Verhältnisse eingeordnet werden. Dies bedeutete, dass bei der Darstellung die Schwächen des kapitalistischen Systems hervorgehoben werden mussten. Der häufige Verweis auf die sozialen Ungerechtigkeiten in der Bundesrepublik sollte dazu dienen, den Menschen im eigenen Land Sicherheit und Geborgenheit zu suggerieren.⁵⁷

Der Bezug auf Historisches und auf Werte der Vergangenheit sind ebenfalls Elemente der Ritualisierung und treten verstärkt an Jahrestagen von Ereignissen der Geschichte des Sozialismus auf. Für die vorliegende Arbeit ist die Wiederkehr fester Wendungen und Schlagwörter als Elemente der Ritualisierung von Kommunikation besonders wichtig. Im Abschnitt 9 werden die für die Berichterstattung über die Studentenunruhen relevanten Schlagwörter eingehend analysiert.

Entgegen der offiziellen Selbstdarstellung, die sich auf ‚objektive Gesetzmäßigkeiten‘ berief, war die herrschende Ideologie extrem subjektivistisch; sie war Ausdruck der sich jeweils ändernden politischen Linie der SED. Kritik war nur in einem sehr begrenzten Umfang geduldet. Die Herrschaft der SED, das sozialistische System und die Freundschaft zur Sowjetunion gehörten zu den Themenbereichen, die nicht angreifbar waren. Die Grenze zwischen dem, was geschrieben werden durfte und dem, was die Journalisten nicht erwähnen durften, war dabei nicht eindeutig und veränderte sich im Verlauf der Jahre stark.⁵⁸ Vermeintliche Freiräume wurden häufig als gelenkte Kanalisierung von Unmutsäußerungen zur Vermeidung von stärkeren Konflikten genutzt.⁵⁹

Ein Pressegesetz gab es in der DDR nicht. Laut Artikel 9 der Verfassung von 1949 war die Freiheit der Meinungsäußerung innerhalb der Grenzen der geltenden Gesetze gesichert. Eine Pressezensur war unzulässig.⁶⁰ Auch die Verfassung von 1968 enthält das Recht auf freie Meinungsäußerung und Pressefreiheit, allerdings wurde das Zensurverbot gestrichen. Trotz des scheinbar freien Pressewesens gab es bis zum Herbst 1989 umfangreiche Instrumente zur Kontrolle der Medien. In seinen Grundzügen entstand das Lenkungs- und Kontrollsystem bereits bis 1952/1953. Eine offizielle Vor-

57 Strasdas 1998, S. 378.

58 Classen 1998, S. 1.

59 Holzweißig 2002, S. 115.

60 Artikel 9, Absatz 2, Verfassung vom 7. Oktober 1949.

zensur gab es nicht, jedoch gab es unterschiedlichste Mittel zur Durchsetzung der Richtlinien der Mächtigen.

Durch eine gesteuerte Personalpolitik wurde bei der Besetzung von Führungspositionen im Medienbereich sichergestellt, dass die politische Überzeugung der Medienfunktionäre mit der staatlichen Ideologie übereinstimmte. Die Ausbildung für fast alle Journalisten erfolgte in Leipzig an der Fachschule des Journalistenverbandes oder an der Sektion Journalistik der Karl-Marx-Universität. Zugelassen zum Journalistikstudium wurden von vorn herein nur diejenigen, die sich bereits als parteitreu erwiesen hatten. Ein Hauptteil der Studienzeit musste auf das Studium des Marxismus-Leninismus verwendet werden. In Ausnahmefällen konnten Fachjournalisten als Quereinsteiger für die Medien arbeiten.⁶¹

Alle Massenmedien bedurften vor ihrer Verbreitung einer staatlichen Lizenz, ohne die sie nicht erscheinen durften. Diese Lizenz konnte jederzeit widerrufen werden.⁶² Dies stellte einen Widerspruch zu der in der Verfassung festgehaltenen Pressefreiheit dar.⁶³

Durch das staatliche Vertriebsmonopol der „Deutschen Post“ wurde sichergestellt, dass alle Presseerzeugnisse nur der Postzeitungsvertrieb zustellte. Die Post nahm den Verlagen die gesamte Auflage ab und sorgte für den Vertrieb. Auch die Zeitungskiosks befanden sich in der Hand der Post und die Zeitungsausträger waren dort angestellt. Zeitschriften durften nur vertrieben werden, wenn sie in der Postzeitungsliste des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen aufgenommen worden waren. So konnte die Regierung die Verbreitung von Presseerzeugnissen jederzeit unterbinden.⁶⁴ Die meisten Periodika, so auch das *Forum*, trugen bei der Post einen Sperrvermerk, was bedeutete, dass es keine Auflagenhöhungen und damit keine neuen Abonnements gab. Interessenten konnten die Zeitung erst dann abonnieren, wenn jemand anderes sie abbestellte. Ausgenommen waren davon die beiden für

61 Stefan Pannen: Die Weiterleiter, Funktion und Selbstverständnis ostdeutscher Journalisten, Köln 1992, S. 33.

62 Holzweißig 2002, S. 27.

63 Jürgen Wilke: Medien DDR, in: Elisabeth Noelle-Neumann/Winfried Schulz/Jürgen Wilke: Fischer Lexikon Publizistik, Massenkommunikation, Frankfurt am Main 1996, S. 223.

64 Schneider, Beate/Stürzebecher, Dieter: Wenn das Blatt sich wendet, Die Tagespresse in den neuen Bundesländern, Baden-Baden 1998, S. 30.

die SED wichtigsten Zeitungen *Neues Deutschland* und die *Junge Welt* sowie einige Blockparteiorgane.⁶⁵ Die Begrenzung der Auflagenhöhen nutzten die SED-Medienfunktionäre auch dazu, Zeitungen und Zeitschriften, die zwar geduldet waren, jedoch eher kritisch betrachtet wurden, nur in geringem Umfang erscheinen zu lassen.

Die Staatssicherheit nahm über geheime Mitarbeiter bei den Medien Einfluss auf die Berichterstattung in der DDR. Zuständig im Ministerium für Staatssicherheit war die Abteilung XX/7, die ursprünglich für die Sicherung der Medien vor Sabotage zuständig war, aber ihr Aufgabengebiet wesentlich weiter gefasst sah.⁶⁶ So wurden Beiträge direkt von Staatssicherheitsmitarbeitern geschrieben und über die Chefredaktionen der zentralen Medien oder des ADN (Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes) an die Presseorgane weitergeleitet. Über diesen Weg wurden gezielt Informationen an die Presse weitergereicht.⁶⁷

Eine wesentliche Funktion im Lenkungssystem der Massenmedien kam dem ADN zu. Er hatte das Monopol für die Auslandsberichterstattung, allerdings verfügte das *Neue Deutschland* als einziges Presseorgan über Korrespondenten in wenigen Ländern. Sowohl die SED-Zeitung als auch die *Junge Welt* unterhielten Korrespondenten in Westberlin und Westdeutschland, die u.a. auch über die Studentenunruhen berichteten. In den DDR-Medien erschienen auch Berichte von Korrespondenten, die diese nie verfasst hatten, sondern die direkt in der Parteizentrale der SED geschrieben wurden.⁶⁸ Zum einen sollte die Herkunft der Artikel verschleiert werden und zum anderen erhielten die Artikel eine höhere Glaubwürdigkeit, wenn sie von einem Berichterstatter geschrieben wurden, der vor Ort war und damit das Geschehen selbst verfolgt hatte.

Durch vorgegebene Sprachregelungen war die Berichterstattung an Argumentationslinien gebunden, die die Agitationsabteilung des Zentralkomitees erstellte. Oberste Lenkungsinstanz war die Abteilung Agitation und Propaganda des Zentralkomitees der SED. Im Untersuchungszeitraum war Werner Lamberz der zuständige ZK-Sekretär Agitation. Für das *Neue Deutschland*

65 Kapitza 1997, S. 58.

66 Holzweißig 2002, S. 36f.

67 Kapitza 1997, S. 61.

68 Holzweißig 2002, S. 33.

und die *Junge Welt* fungierten der SED-Generalsekretär und der Abteilungsleiter Agitation und Propaganda als eine Art „Über-Chefredakteur“. ⁶⁹ Über tägliche Telefonate und fernschriftliche Anweisungen, die sich auf Inhaltliches und Formales bezogen, stellte die SED sicher, dass die Berichterstattung in ihrem Sinne erfolgte. Dabei wurden die Anweisungen meist in Bitten gekleidet, allerdings war für die Redakteure klar, dass sie den Wünschen unbedingt Folge leisten mussten, wenn sie nicht ihre Arbeitsstelle riskieren wollten. Die generelle Linie wurde in der sogenannten „Donnerstags-Argus“ (Donnerstags-Argumentation) vorgegeben, zu der sich beim Leiter der Abteilung Agitation ca. 60 bis 80 leitende Redakteure und Medienfunktionäre einfanden. ⁷⁰ Damit war sowohl die langfristige Planung als auch die aktuelle Berichterstattung von der Partei vorgegeben. Auf den donnerstäglichen Sitzungen legte der jeweilige Chefredakteur des *Neuen Deutschlands* seine Planung für die nächste Woche vor, an der sich die Vertreter der anderen Medien orientierten und nur Abwandlungen für ihre spezielle Zielgruppe durchführten. ⁷¹ Das *Forum* erhielt seine Anweisungen von der Abteilung Agitation und Propaganda und der Abteilung Jugend beim Zentralkomitee der SED. Es konnte allerdings auch passieren, dass die Abteilungen Wissenschaft, Kultur oder Volksbildung Einfluss auf die Berichterstattung nahmen. ⁷²

Die Lenker der Medien mussten ihr Handeln auch darauf abstimmen, dass sich ein Teil der DDR-Bürger über die Funkmedien der Bundesrepublik Deutschland informierte. Dies erschwerte die Bemühungen stark, die eigene Ideologie zu transportieren, aber trotzdem attraktiv für die Menschen zu sein. Vor allem die Differenz zwischen der Darstellung in den DDR-Medien und der erlebten Realität der Menschen wurde durch die deutsch-deutsche Konkurrenzsituation zu einem wachsenden Problem.

Die Kapitel 6 und 7 stellen die Aspekte der Geschichte der Bundesrepublik und der DDR dar, die für die Untersuchung der Berichterstattung über die Studentenbewegung von Bedeutung sind. Ein kurzer Abriss über die Geschichte der Studentenunruhen bildet die Grundlage für das Verständnis der

69 Kapitza 1997, S. 56.

70 Holzweißig 2002, S. 10.

71 Holzweißig 2002, S. 9.

72 Scheer, Regina: Das Forum 1973, in: Edith Spielhagen (Hrsg.): So durften wir glauben zu kämpfen..., Erfahrungen mit DDR-Medien, Berlin 1993, S. 101.

Darstellung der westdeutschen und Westberliner Ereignisse in der untersuchten Presse.

6 Die Jugend begehrt auf – Die Bundesrepublik Deutschland 1967–1969

6.1 Die Entstehung der Studentenbewegung

Mit der Bildung der Großen Koalition am 1. Dezember 1966 und dem damit einhergehenden Verlust einer wirkungsmächtigen Opposition verstärkte sich vor allem bei der akademischen Jugend die Kritik am politischen und gesellschaftlichen System der Bundesrepublik. Neben der veränderten politischen Lage und der sich abzeichnenden Bildungsmisere trugen die Notstandsgesetze⁷³ wesentlich zur Entstehung der außerparlamentarischen Opposition bei.

Die Studentenbewegung bildete den Kern der APO (Außerparlamentarischen Opposition). Beide Begriffe werden in den Medien und der Literatur häufig synonym benutzt.⁷⁴ Auch die untersuchte Presse der DDR verwendete sowohl die konkrete Bezeichnung der Akteure, zumeist Studenten, als auch den allgemeineren Begriff der außerparlamentarischen Opposition. Eine Festlegung, wann welcher Begriff zu benutzen sei, ist nicht zu erkennen.

Bereits seit 1965 gab es erste Proteste, wobei die „Spaziergangsdemonstration“ auf dem Kurfürstendamm am 17. Dezember 1966, die Demonstrationen beim Besuch des amerikanischen Vizepräsidenten Humphrey im April 1967 und das Flugblatt der Kommune I „Wann brennen in Berlin Kaufhäuser“ im Mai 1967 die am meisten Aufsehen erregenden Aktionen darstellten.⁷⁵ Die Proteste des Frühjahrs 1967 waren weitestgehend auf Berlin konzentriert. Dies änderte sich mit dem Tod Benno Ohnesorgs am 2. Juni 1967.

73 Zu den Notstandsgesetzen siehe: Schneider, Michael: Demokratie in Gefahr? Der Konflikt um die Notstandsgesetze, Bonn 1986.

74 Kleßmann, Christoph: Zwei Staaten, eine Nation, Deutsche Geschichte 1955–1970, Bonn 1997, S. 265.

75 Görlich 2002, S.210, 225ff, 241f.

Anlässlich des Besuchs Mohammed Reza Pahlewi, Schah von Persien, und seiner Frau veranstaltete der AStA (Allgemeine Studentenausschuss) der Freien Universität Berlin eine Informationsveranstaltung über die Folterpraktiken in Persien. Während das kaiserliche Paar und der Regierende Bürgermeister von Berlin Albertz (SPD) am Abend des 2. Juni 1967 die Oper besuchten, kam es vor dem Gebäude zu Demonstrationen. Die Situation eskalierte als es zu gewalttätigen Konfrontationen zwischen Anhängern des Schahs und demonstrierenden Studenten kam. Die Polizei griff gegen die Studenten ein und die Proteste wandelten sich zu einer Straßenschlacht, in deren Verlauf der Student Benno Ohnesorg durch den Polizisten Kurras getötet wurde.⁷⁶ Der Regierende Bürgermeister Albertz erhob schwere Vorwürfe gegen die Studenten und erklärte sie zu den Schuldigen am Tod Ohnesorgs. Die Vorwürfe erwiesen sich als falsch und in der Nachfolge des 2. Juni 1967 mussten Berlins Polizeipräsident Duensing, Innensenator Büsch und der Regierende Bürgermeister Albertz zurücktreten.⁷⁷

Der Tod Benno Ohnesorgs war der Beginn einer zweiten Phase in der Entwicklung der Studentenbewegung, die dadurch gekennzeichnet war, dass sich die Unruhen nun auf die westdeutschen Universitäten ausweiteten.⁷⁸ Der Untersuchungszeitraum der Arbeit beginnt ebenfalls mit dem 2. Juni 1967, dessen Ereignisse erstmals breiten Niederschlag in der Presse der DDR fanden.

6.2 Stationen der Entwicklung der Studentenbewegung

Mit der Ausweitung der Proteste auf die gesamte Bundesrepublik trat die Studentenbewegung in ein neues Stadium.⁷⁹ Demonstrationen und andere Proteste vermehrten sich und die Bewegung fand durch die Ausdehnung der Berichterstattung in der bundesrepublikanischen Presse zunehmend Gehör. Die liberale und die linke Presse bedachte die protestierenden Studenten mit kritischem Wohlwollen, die konservative Presse verurteilte sie hingegen scharf.⁸⁰ Die Bewegung weitete sich nicht nur räumlich aus, sondern griff

76 Görlich 2002, S. 135ff.

77 Kleßmann 1997, S. 268f.

78 Görlich 2002, S. 158.

79 Uwe Wesel: Die verspielte Revolution, 1968 und die Folgen, München 2002, S. 55.

80 Renz, Andreas 1992, S. 3f.

auch auf andere gesellschaftliche Gruppen, vor allem Schüler, Intellektuelle und Lehrlinge über. Die Arbeiterschaft verhielt sich jedoch distanziert und konnte, im Gegensatz zur Darstellung in der untersuchten Presse, zu keinem Zeitpunkt in die Bewegung eingebunden werden.⁸¹ Dies wird noch ausführlicher im Kapitel 9.5 zu erläutern sein.

Zum organisatorischen und inhaltlichen Motor der Studentenbewegung wurde der SDS (Sozialistischer Deutscher Studentenbund)⁸² mit seinem charismatischen Anführer Rudi Dutschke⁸³. Er kam aus der DDR und war zum Studieren noch kurz vor dem Mauerbau nach Westberlin gezogen. Rudi Dutschke wurde in der untersuchten Presse bis zum Attentat, im Gegensatz zu anderen Protagonisten der Bewegung, z. B. Fritz Teufel⁸⁴, insgesamt nur dreimal in einem unbedeutendem Zusammenhang erwähnt. Die Person Dutschkes war für die SED-Medienlenker problematisch, da seine Ansichten denen der SED so diametral gegenüberstanden, dass sie nicht in die Argumentationslinien eingepasst werden konnten. Für Dutschke verlief die Front nicht wie im marxistischen Sinne zwischen Kapital und Arbeit, sondern zwischen menschlicher „Selbstorganisation“ und „entmenschlichter Staatsmaschinerie“.⁸⁵ In der wirtschaftlich erstarkten Bundesrepublik, so konstatierte Dutschke, sei die Polarisierung der Klassen durch die Integration der Arbeiterklasse überdeckt:

„Das proletarische Klassenbewusstsein, das sich im harten Kampf um die Verbesserung der allgemeinen Lebensbedingungen herausgebildet hatte, erwies sich nach verbesserten Lebensbedingungen als wenig

81 Siehe hierzu: Tolomelli 2001.

82 Zur Geschichte des SDS siehe z. B.: Fichter, Tillmann/Lönnendonker, Siegwald: Macht und Ohnmacht der Studenten, Kleine Geschichte des SDS, Hamburg 1998.

83 Zur Person Dutschkes siehe z. B.: Chaussy, Ulrich: Die drei Leben des Rudi Dutschke, Berlin 1993; Dutschke, Gretchen: Wir hatten ein barbarisches schönes Leben, Köln 1996; Karl, Michaela: Rudi Dutschke: Revolutionär ohne Revolution, Frankfurt am Main 2003.

84 Fritz Teufel war Mitglied der Kommune I. Diese wurde 1966/67 gegründet und sollte eine „antiautoritäre Keimzelle“ sein. Die Kommunarden machten vor allem durch sogenannte „Happenings“ auf sich aufmerksam. Siehe: Kraushaar 2000, S. 27ff.

85 Hentschel, Rüdiger: Zwischen Berliner Kommune und Berliner Republik, Deutschlandpolitische Konzepte bei Rudi Dutschke, in: Faber, Richard/Stöltzing, Erhard: Die Phantasie an die Macht? 1968 – Versuch einer Bilanz, Berlin 2002, S. 55.

haltbar, die Arbeiter ‚verbürgerlichten‘ in den Ländern mit hohen ‚sozialen Errungenschaften‘.⁸⁶

Die SED betrachtete sich als Arbeiterpartei und sah, auch unter den seit Marx veränderten Bedingungen, in der Arbeiterklasse das revolutionäre Subjekt.⁸⁷ Rudi Dutschke betrachtete die DDR sehr kritisch. Für ihn sei „am Realsozialismus alles real, nur nicht der Sozialismus“.⁸⁸ Von der Studentenbewegung erhoffte er sich, dass sie auch die Jugend in der DDR motivieren würde, sich gegen die Herrschaftsstrukturen aufzulehnen.⁸⁹ Daher suchte er den Kontakt zur ostdeutschen und osteuropäischen Opposition.

Die Studentenorganisationen waren die Plattform für umfangreiche theoretische Diskussionen. Vor allem die SDS-Anhänger suchten ein der aktuellen Situation angemessenes Verhältnis von sozialistischer Theorie und Praxis jenseits der Positionen von KPD und SPD. Ausgangspunkt der SDS-Aktivität war dabei die Lage an den Universitäten. Unter dem Schlagwort „Demokratisierung der Hochschule“ forderten sie gemeinsam mit dem VDS (Verband Deutscher Studentenschaften) die Abschaffung der Ordinarien-Universität. Stattdessen verlangten sie die Einführung der Drittelparität zwischen Professoren, Assistenten und Studierenden in den Entscheidungsgremien der Hochschulen, eine grundlegende Hochschulreform und das Recht, allgemeinpolitische Stellungnahmen abgeben zu dürfen.

Im November 1967 wurde die Kritische Universität gegründet, die ein Gegenmodell zum herrschenden Universitätsbetrieb darstellen sollte. Die Studenten wollten ihre Kritik am bestehenden Hochschulwesen in die Praxis übertragen. Für einen kurzen Zeitraum gab eine Arbeitsgruppe der Kritischen Universität eine „Gegen-Bild“ heraus, die die Berichterstattung der Springer-Presse kommentierte.⁹⁰ Bereits im Wintersemester 1968 wurde deutlich,

86 Dutschke, Rudi: Jeder hat sein Leben ganz zu leben, Die Tagebücher 1963–1979, hrsg. von Gretchen Dutschke, Köln 2003, S. 11.

87 Weber, Hermann/Lange, Lydia: Zur Funktion des Marxismus-Leninismus, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hrsg. vom Deutschem Bundestag, Baden-Baden 1995, S. 2036.

88 Rabehl 2000, S. 51.

89 Karl 2003, S. 265.

90 Schmidtke, Michael: Der Aufbruch der jungen Intelligenz, Die 68er Jahre in der Bundesrepublik und den USA, Frankfurt am Main 2003, S. 179.

dass das Projekt auf Grund der mangelnden Unterstützung gescheitert war. Das *Forum* setzte sich im März 1968 in einem umfangreichen Bericht mit diesem „hochschulpolitischen Modell“ auseinander.⁹¹ Eine genauere Analyse des Artikels befindet sich im Kapitel 9.7 über die Ziele der Studentenbewegung.

Die Diskussionen innerhalb des SDS beschränkten sich jedoch nicht nur auf hochschulpolitische Themen, sondern sie nahmen auch die allgemeine politische Situation der Bundesrepublik in den Blick.⁹²

Der Protest gegen den Vietnamkrieg und die Notstandsgesetze waren zwei weitere wichtige Themen der Studentenbewegung. Während die Befürworter die Ablösung der alliierten Vorbehaltsrechte durch die neuen Gesetze in den Vordergrund rückten, sahen die Gegner darin einen Rückfall in autoritäre Strukturen. Der Kampf gegen die Notstandsgesetze wurde im Frühjahr 1968 zum einigenden Band zwischen Studentenbewegung und Gewerkschaften.

Zum Vordenker der Studentenbewegung avancierte Herbert Marcuse, ein Vertreter der „Kritischen Theorie“. Seine Schriften, vor allem „Der eindimensionale Mensch“⁹³ und „Triebstruktur und Gesellschaft“⁹⁴, hatten großen Einfluss auf die Ideen der Studentenbewegung. In Bezug auf die amerikanische Bürgerrechts- und Studentenbewegung stellte Marcuse die Theorie auf, dass, wenn Unterdrückte Gewalt anwenden, dies nicht automatisch zu neuer Gewalt führe, sondern die alten Mechanismen durchbrechen könne. Die Studentenbewegung leitete daraus das ‚Recht auf Widerstand‘ ab, das auch außerhalb des vorgegebenen rechtlichen Rahmens möglich sein sollte.⁹⁵ Die ‚Neue Linke‘ erhielt in der Schrift Marcuses die Aufgabe, die Herrschaftssicherung und Manipulation durch die Massenkommunikation sichtbar zu machen und zu bekämpfen. Diese Aufgabe konnte nur ihr zuteil

91 *Forum* 6/68, „Die Kritische Universität“, 2. Maiheft 1968, S. 8–9, 11.

92 Siehe hierzu: Fichter/Lönnendonker 1998.

93 Marcuse, Herbert: *Der eindimensionale Mensch, Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft*, München 1964.

94 Marcuse, Herbert: *Triebstruktur und Gesellschaft*, Frankfurt am Main 1965.

95 Kleßmann 1997, S. 274.

werden, da sie durch ihre Rolle als privilegierter Außenseiter noch nicht vom System absorbiert und diesem angepasst war.⁹⁶

Die SED-Ideologen erklärten Marcuse aufgrund seiner von der SED-Linie stark abweichenden Sozialismus-Vorstellung zum gefährlichen Sektierer. Seine Schriften und auch die von Rudi Dutschke gehörten zur sogenannten „Giftschrankliteratur“⁹⁷, deren Lektüre nur mit Hilfe eines Zertifikats in speziellen Lesesälen möglich war. Konnte für die Beantragung der Sondergenehmigung kein eindeutig plausibler Grund genannt werden, so war man automatisch der Anhängerschaft oppositionellen Gedankengutes verdächtig.

Neben den Forderungen nach einer Hochschulreform, die den Studenten mehr Mitspracherechte einräumen sollte, dem Widerstand gegen den Vietnamkrieg und den Notstandsgesetzen wurde immer häufiger die Rolle der Eltern in der Zeit des Nationalsozialismus thematisiert und das Wiederaufleben totalitärer Bestrebungen kritisiert.⁹⁸

Im Frühjahr 1968 wurde die Stimmung vor allem in Berlin immer aggressiver. Bereits im Januar war es in Bremen zu heftigen Protesten der Schüler gekommen, nachdem am 6. Januar 1968 eine Erhöhung der Straßenbahntarife zum 15. Januar 1968 bekannt gegeben worden war.⁹⁹ Der AstA der Universität Bremen solidarisierte sich mit den Demonstranten und auch der Betriebsrat der in Bremen ansässigen Klöcknerwerke und der Vulkan AG schlossen sich den Protesten an. Die Landesregierung unter dem Bürgermeister Koschnick (SPD) sah sich einer möglichen Front von Gewerkschaftern und Schülern gegenüber und nahm die Fahrpreiserhöhungen zurück.

Im Februar 1968 fand, organisiert vom SDS, ein großer internationaler Vietnam-Kongress statt, der mit einer Demonstration beendet werden sollte, die jedoch erst nach juristischen Auseinandersetzungen genehmigt wurde. Dem Aufruf folgten am 18. Februar 1968 etwa 12.000 Demonstranten, die rote Fahnen, Plakate von Mao Tse-tung, Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Che

96 Detlev Claussen: Herbert Marcuse (1898–1979), in: Euchner, Walter (Hrsg.): Klassiker des Sozialismus, Von Jaurès bis Herber Marcuse, Bd. II, München 1991, S. 278–280.

97 Wolle 2001, S. 41f.

98 Siehe hierzu: Thamer, Hans-Ulrich: Die NS-Vergangenheit im politischen Diskurs der 68er Bewegung, in: Westfälische Forschungen, Bd. 48, 1998, S. 39–53.

99 Zu den Bremer Schülerprotesten siehe: Michelers, Detlef: Draufhauen, Draufhauen, Nachsetzen!, Die Bremer Schülerbewegung, die Straßenbahndemonstrationen und ihre Folgen 1967/70, Bremen 2002.

Guevara und anderer linker Ikonen mit sich trugen. Drei Tage später fand die erheblich größere Gegendemonstration statt. Die Plakate der Demonstranten forderten „Raus mit den Roten“ und propagierten „Rudi Dutschke Volksfeind Nr. 1“. Berichte gingen bei der Presse ein, dass männliche Passanten verprügelt worden seien, weil die Schläger sie für Rudi Dutschke gehalten hatten.¹⁰⁰

Am 11. April 1968 wurde Rudi Dutschke durch die Schüsse des 23-jährigen Hilfsarbeiters Bachmann lebensgefährlich verletzt und erlag 1979 den Spätfolgen dieses Anschlages.¹⁰¹ Der versuchte Mord löste in Berlin und in vielen westdeutschen Städten schwere Straßenunruhen aus. Im Mittelpunkt der Kritik stand die Springer-Presse, der wegen ihrer hetzerischen Berichterstattung über die Studenten eine Mitschuld am Attentat zugewiesen wurde. In Berlin verhinderten Demonstranten die Auslieferung der Springer-Zeitungen. Während der anschließenden Osterfeiertage fanden in zahlreichen Städten Demonstrationen statt. Die Osterdemonstrationen 1968 waren der Höhepunkt der Studentenunruhen.¹⁰² Die Auseinandersetzung zwischen Polizei und Demonstranten während des Gerichtsverfahrens um den APO-Anwalt und späteren Terroristen Horst Mahler im November 1968 war die gewalttätigste des Untersuchungszeitraums. Da die Auseinandersetzungen am Tegeler Weg stattfanden, wurde die Eskalation auch als ‚Schlacht am Tegeler Weg‘ bezeichnet.

Nach dem Attentat auf Rudi Dutschke setzte innerhalb der Linken eine Diskussion über Gewalt ein, die immer weniger zwischen ‚Gewalt gegen Personen‘ und ‚Gewalt gegen Sachen‘ unterschied.¹⁰³ Die Diskussion trug zur Zersplitterung der Studentenbewegung bei.

Den Notstandsgesetzen, die im Sommer 1968 verabschiedet wurden, maßen die protestierenden Studenten eine Bedeutung bei, die diese in der Nachbetrachtung nicht hatten.¹⁰⁴ Für den 11. Mai 1968 rief das Kuratorium „Not-

100 Karl 2003, S. 208.

101 Karl 2003, S. 211.

102 Kleßmann 1997, S. 269.

103 Langguth, Gerd: Mythos '68, Die Gewaltphilosophie von Rudi Dutschke – Ursache und Folgen der Studentenbewegung, München 2001, S. 104f.

104 Schmidtke 2003, S. 127.

stand der Demokratie“¹⁰⁵ zum Sternmarsch auf Bonn auf. Dieser wurde die größte Demonstration des Untersuchungszeitraums. Nachdem der Bundestag am 30. Mai 1968 die Notstandsgesetze verabschiedete, verschwand das Thema schnell von der Agenda der Studenten. Die Demonstrationen gegen die Notstandsgesetze hatten zur Verbreitung der Basis der Studentenbewegung wesentlich beigetragen und fielen nun als Mobilisierungselement weg. Durch die starke Konzentration auf die Verhinderung der Notstandsgesetze führte die Verabschiedung derselben bei vielen Studenten zu Frustrationen, die entweder in Abkehr oder zunehmender Radikalisierung mündeten. Das Ende der Pariser Studentenaufstände, die Niederschlagung des Prager Frühlings und die Wahl Nixons im November 1968, die er mit dem Versprechen gewonnen hatte, dass sich die USA aus dem Vietnamkrieg zurückziehen würden, nahmen der Studentenbewegung zusätzlich Elan.

6.3 Das Ende der Studentenbewegung

Bis Ende 1969 zerfiel die Bewegung trotz anhaltender gemeinsamer Demonstrationen langsam in eine Vielzahl von sektiererischen Gruppen, von denen die sogenannten K-Gruppen den größten Anteil ausmachten. Zu ihnen wurden die unterschiedlichsten kommunistischen Gruppen gezählt, die sich häufig gegenseitig und auch innerhalb der Verbände aufs heftigste bekämpften.¹⁰⁶

Bereits vor seiner offiziellen Auflösung zeichnete sich innerhalb des SDS ein Zerfall in die rivalisierenden Gruppen der Traditionalisten und Antiautoritären ab.¹⁰⁷ Hiervon berichtete auch das *Forum* und nahm dabei eindeutig Partei gegen die antiautoritäre Strömung um Rudi Dutschke ein.¹⁰⁸ Die innerhalb des SDS geführten Diskussionen entfernten sich dabei immer weiter von der gesellschaftlichen Realität. Um der Bevölkerung die Bedeutung

105 Das Kuratorium „Notstand der Demokratie“ wurde 1966 von Vertretern der außerparlamentarischen Opposition und der IG Metall zur Vorbereitung eines Kongresses über die geplanten Notstandsgesetze gegründet. Siehe hierzu: Tolomelli 2001, S. 170ff.

106 Koenen, Gerd: Das rote Jahrzehnt, Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967–1977, Köln 2001, S. 259f.

107 Kleßmann 1997, S. 271.

108 Siehe *Forum* 9/68, „Die Chancen der neuen Opposition“ 1. Maiheft 1968, S. 4–5, *Forum* 15/69, „Aufruhr und Ohnmacht im studentischen Linksradikalismus“, 1. Augustheft 1969, S. 16–17.

der Revolution deutlich zu machen, sollte dem ‚latent vorhandenen Faschismus‘ durch Provokationen seine Maske entrissen werden. Dazu bedurfte es einer Avantgarde, die die Aufgabe des Entlarvens übernehmen sollte. Damit befand sich der SDS bereits dicht an Positionen, die später von der RAF (Roten Armee Fraktion) zur Legitimierung ihres Kampfes eingenommen wurden. Der SDS isolierte sich zusehends und erreichte das Gros der Studenten nicht mehr. Diese wandten sich wieder verstärkt dem Studium zu und die vorbereiteten Kampagnen für den Sommer 1969 fanden immer weniger Resonanz. Am 21. März 1971 löste sich der SDS als letzten Schritt des bereits stattgefundenen Zerfalls selbst auf.¹⁰⁹

Ehemalige Funktionäre der verbotenen KPD versuchten, den Zerfall der Studentenbewegung für den Wiederaufbau einer marxistisch-leninistischen Partei zu nutzen. Die im April 1969 gegründete Deutsche Kommunistische Partei (DKP) konnte jedoch keine Erfolge bei Wahlen erzielen. Die untersuchten Medien der DDR unterstützten die Parteigründung und widmeten ihr viel Raum in der Berichterstattung.

Nach dem Ende der Studentenbewegung lassen sich drei Strömungen der außerparlamentarischen Opposition ausmachen: Ein kleiner Teil setzte den Kampf mit terroristischen Mitteln fort, eine größere Gruppe trug die Ideen in die neu entstehenden sozialen Bewegungen und die Mehrheit kehrte zum Alltag zurück und schloss sich den Ideen der Sozialdemokratie an.

Der Studentenbewegung wurde immer wieder der Vorwurf gemacht, sie sei von der DDR aus gelenkt worden. Unbestritten ist, dass sie von der Staatssicherheit unterwandert war. Allerdings ist in der Forschung noch nicht geklärt, in welchem Umfang und wie erfolgreich sie vom ostdeutschen Geheimdienst gelenkt wurde.¹¹⁰

Das folgende Kapitel 7 beschäftigt sich mit den Aspekten der DDR-Geschichte die für die Darstellung der Studentenunruhen in der untersuchten Presse von Bedeutung sind. Im Vordergrund stehen dabei die Jugendpolitik, die Verfassungsreform und die 3. Hochschulreform sowie die Sicht der DDR auf die Bundesrepublik.

109 Langguth 2001, S. 107.

110 Siehe hierzu: Knabe 1999.

7 Politik der Stabilität in Zeiten internationalen Aufruhrs – Die Deutsche Demokratische Republik 1967–1969

7.1 Jugendpolitik in Zeiten internationalen Jugendaufbruchs

Das sogenannte „Kahlschlagsplenium“¹¹¹ vom Dezember 1965 ließ alle Erinnerungen an die liberale Jugendpolitik der vorangegangenen Jahre vergessen. Das perfekt inszenierte Tribunal beendete alle freiheitlicheren Bestrebungen der Jugend. Ausgangspunkt der Argumentation der SED-Führung war die konstatierte zunehmende ‚Verwahrlosung‘ der Jugend. Dabei wurde ein linear-kausaler Zusammenhang zwischen ‚schädlichem‘ Fernseh-, Kino-, Literatur- und Musikkonsum und den Auswirkungen auf die Jugend hergestellt. Auch die Spitze des FDJ sah sich Angriffen ausgesetzt. Ihr wurde vorgeworfen, nicht strikt genug gegen die negativen Einflüsse des Westens, vor allem durch die Beat-Musik, vorgegangen zu sein.¹¹²

Die Repressionen erzielten nicht die erhoffte Wirkung, deshalb ging die SED im Jahr 1967 dazu über, die zuvor verbotenen Musikgruppen wieder zuzulassen. Allerdings mussten diejenigen, die vorher einen englischen Namen trugen, diesen ändern. So wurden z. B. aus „The Butlers“ die später sehr populäre Gruppe „Renft“.¹¹³ Der Hintergrund dieser Aktion war die gewünschte Etablierung einer eigenen DDR-Kultur, die zu einer verstärkten Identifizierung mit dem Staat führen sollte. Ausdruck dieser Strategie war auch die Singebewegung¹¹⁴, die vorübergehend sehr erfolgreich war und einen Kompromiss zwischen dem Wunsch der Jugendlichen nach Jugend-

111 Zum sog. „Kahlschlagsplenium“ siehe: Agde 2002.

112 Rauhut, Michael: DDR-Beatmusik zwischen Engagement und Repression, in: „Kahlschlagsplenium“ siehe: Agde, Günther (Hg.): Kahlschlag, Das 11. Plenum des ZK der SED 1965, Berlin 2002, S. 130.

113 Ohse 2003, S. 141.

114 Zur Singebewegung siehe: Kirchenwitz, Lutz: Die FDJ und „ihre“ Singebewegung, in: Gotschlich, Helga (Hrsg.): „Links und links und Schritt gehalten...“, Die FDJ: Konzepte–Abläufe – Grenzen, Berlin 1994, S. 326–333; Rauhut, Michael: Rock in der DDR, 1964–1989, Bonn 2002, S. 38.

musik und den Vorgaben der SED darstellte. Gruppen von ca. 15–20 Jugendlichen trafen sich in ihrer Freizeit, um gemeinsam zu singen.¹¹⁵ Auch im Zusammenhang mit der Darstellung der Studentenunruhen wurde die Singebewegung genutzt, so findet sich im *Forum* das Lied von Hartmut König „Wie starb Benno Ohnesorg?“.¹¹⁶ Der Aufschwung der Lyrik durch die Singebewegung fiel mit dem allgemeinen generationellen Aufbruch in der Lyrik zusammen, der maßgeblich durch Veröffentlichungen der kritisch-loyalen Autoren Volker Braun, Heinz Czechowski und Rainer Kunze im *Forum* verstärkt wurde.¹¹⁷

Seit 1967/1968 riet vor allem die Jugendkommission des SED-Politbüros davon ab, die Jugendlichen, die nur einer Mode anhängen, z. B. der der längeren Haare, zu kriminalisieren. Dadurch sei provozierendes Verhalten eher verstärkt als beseitigt worden. Im Vordergrund sollte die sachliche Auseinandersetzung mit den Problemen der Jugend stehen.¹¹⁸ Unter der Intelligenz und den Studenten breitete sich jedoch Unruhe aus, die durch die Hoffnungen auf kulturelle Freiheiten im Zuge der Modernisierungsbestrebungen des NÖSPL, der Ankündigung der 3. Hochschulreform und vor allem der Ereignisse in der Tschechoslowakei geweckt wurden.

Seit dem Frühjahr 1968 stand die SED-Führung unter erheblichem Druck, sich zugleich gegen die Reformbestrebungen Dubčeks und die neue Ostpolitik der SPD abgrenzen zu müssen. Die SED-Mächtigen befürchteten, dass das tschechoslowakische Modell des ‚Sozialismus mit menschlichem Antlitz‘ von der eigenen Bevölkerung unterstützt und somit das Macht- und Deutungsmonopol der sozialistischen Partei in Frage gestellt würde.¹¹⁹ Vor allem bei den Jugendlichen, in erster Linie unter den Studenten, wurden die reformsozialistischen Ideen aufgenommen und diskutiert.¹²⁰ Seit dem Beginn der Sommerferien 1968 führen viele junge Ostdeutsche in das südliche

115 Kirchenwitz 1994, S. 327.

116 *Forum* 13/67, „Wie starb Benno Ohnesorg?“, 1. Juliheft 1967, S. 14.

117 Ohse 2003, S. 145.

118 Ohse 2003, S. 157.

119 Mitter, Armin/Wolle, Stefan: *Untergang auf Raten, Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte*, München 1993, S. 427.

120 Dähn, Horst: *Jugend, FDJ und Religion am Vorabend des 21. August 1968*, in: Gotschlich (Hrsg.): „Links und Links und Schritt gehalten...“, *Die FDJ: Konzepte – Abläufe – Grenzen*, Berlin 1994, S. 263f.

Nachbarland. Die Tschechoslowakei verzeichnete in diesem Jahr über eine Million mehr Besucher, wobei ein Großteil aus der DDR kam. Viele der Jugendlichen interessierten sich für die Veränderungen des Landes. Etliche genossen auch nur die größeren Freiheiten, z. B. den Kauf von westlicher Musik. Die SED versuchte dem durch Medienkampagnen entgegen zu wirken. Das *Forum* druckte im 1. Augustheft 1968 einen als Reisebericht getarnten Artikel über einen FDJ-Arbeitseinsatz in der Tschechoslowakei ab.¹²¹ Die Jugendlichen des Nachbarlandes wurden darin als unhöflich, arbeitsscheu und aufrührerisch beschrieben. Die untersuchte Presse verwies immer wieder auf die Versuche westlicher Geheimdienste, die ‚konterrevolutionäre‘ Entwicklung zu steuern und zu forcieren. Die bis dahin kontinuierliche Berichterstattung über die bundesrepublikanischen Studentenunruhen setzte im Sommer 1968 aus. Offensichtlich hatte die Staatsleitung Sorge, die Jugend dadurch zu Protesten zu animieren. Dieser Aspekt wird im Kapitel 9.8 noch zu analysieren sein.

Der Niederschlagung des Prager Frühlings am 21. August 1968 folgte Enttäuschung bei denjenigen, die auf eine ähnliche Entwicklung in der DDR gehofft hatten.¹²² Es wurde schnell deutlich, dass unter Ulbricht das restriktive Klima fortbestehen würde. Nach dem Einmarsch der Warschauer Paktstaaten in die Tschechoslowakei kam es in der DDR zu Protesten in Form von Flugblättern oder Wandsprüchen, die hart geahndet wurden. Der Protest war nicht wie im Westen oder in der Tschechoslowakei langanhaltend, sondern spontan und eruptiv und konnte daher durch die Disziplinierungs- und Repressionsmechanismen des DDR-Systems beendet werden.¹²³ Den Jugendlichen wurde massenhaft eine Zustimmungserklärung zum Einmarsch in Prag abgefordert. Studienanfänger des Wintersemesters 1968/1969 riskierten den Verlust ihres Studienplatzes, wenn sie sich weigerten, die Zustimmungserklärung zu unterzeichnen.¹²⁴ Auch das *Forum* druckte solche Erklärungen ab.¹²⁵ Die Hoffnungen einiger Jugendlicher auf eine deutliche

121 *Forum* 17/68, „Bericht aus Prag“, 1. Septemberheft 1968, S. 2–4.

122 Mitter/Wolle 1993, S. 481.

123 Ohse 2003, S. 219.

124 Wierling, Dorothee: Erzieher und Erzogene, Zu Generationsprofilen in der DDR der 60er Jahre, in: Schildt, Axel/Siegfried, Detlef/Lammers Karl Christian (Hrsg.): Dynamische Zeiten, Die 60er Jahre in beiden deutschen Gesellschaften, Hamburg 2000, S. 639.

125 *Forum* 17/68, „Resolution der Arbeiter und Studenten“, 1. Septemberheft 1968, S. 4.

Liberalisierung in der DDR, die mit den Reformprojekten des NÖSPL und der 3. Hochschulreform begannen, zerstoben endgültig mit denen der tschechoslowakischen Jugend.

7.2 Reformprojekte 1967/1968: Verfassungsreform und 3. Hochschulreform

In den Jahren 1967/1968 wurden vor allem zwei Reformvorhaben vorangetrieben und zum Abschluss gebracht: Die Verfassungsreform¹²⁶ und die 3. Hochschulreform¹²⁷. Beide Projekte wurden im Zusammenhang mit der Berichterstattung über die Studentenunruhen erwähnt und als positiver Gegenpunkt zu der Entwicklung der Bundesrepublik herausgestellt.

Im Frühjahr 1965 wurde die Bildungsreform im Zuge der Modernisierungsbestrebungen, die mit dem NÖSPL einhergingen, durch das „Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem“ eingeleitet.¹²⁸ Dies geschah zu einem Zeitpunkt, zu dem die Debatte in der Bundesrepublik über die ‚deutsche Bildungskatastrophe‘ gerade begann. Die DDR schien die Antwort darauf zu haben und der Bundesrepublik einen Schritt voraus zu sein. Dies wurde auch im späteren Untersuchungszeitraum so verbreitet.

Der Anteil des Studiums der ideologischen Grundlagen des Marxismus-Leninismus wurde durch die Reform deutlich ausgeweitet und war ein verpflichtender Bestandteil des Grundstudiums. Gleichzeitig wurde aber auch die fachliche Organisation des Studiums umstrukturiert. Das Studium sollte den wirtschaftlichen Gegebenheiten in der DDR angepasst werden. So wurde die Studienzahl auf acht Semester beschränkt, wobei auf das Grundstudium eine Spezialisierungsphase folgte, die stark an ökonomischen Erfordernissen ausgerichtet war.¹²⁹

126 Zur Verfassungsreform siehe: Brunner, Georg: Das Rechtsverständnis der SED (1961–1989), in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hrsg. vom Deutschem Bundestag, Baden-Baden 1995, S. 293–336.

127 Zur 3. Hochschulreform siehe: Middel, Matthias: 1968 in der DDR: Das Beispiel der Hochschulreform, in: Francois, Etienne u.a.: 1968 – ein europäisches Jahr?, Leipzig 1997, S. 125–146.

128 Middel 1997, S. 135.

129 Middel 1997, S. 137ff.

Kleßmann äußert die Vermutung, dass die 3. Hochschulreform nicht zufällig zeitgleich mit den Studentenunruhen in zahlreichen westlichen und auch wenigen östlichen Ländern fiel; sie sollte Unmutsäußerungen zuvorkommen.¹³⁰ Die SED-Führung skizzierte die Reformen jedoch bereits 1965. Zunächst wurden die Schulen umstrukturiert und erst im Anschluss daran die Universitäten. Allerdings nutzten die SED-Mächtigen die Reform konsequent, um die eigene Fortschrittlichkeit gegenüber der Bundesrepublik darzustellen und Forderungen mit einem lakonischen ‚gibt es bei uns schon‘ entgegnetreten zu können. In den Berichten über die Studentenunruhen wurde dieses Motiv häufig verwendet.

Die Verfassungsreform von 1968 war vor allem ein Versuch, sich internationale Reputation zu verschaffen.¹³¹ Wichtigste Neuerung war der Artikel 1 Absatz 1, in dem die „führende Rolle der Partei“ nun auch gesetzlich festgehalten wurde.¹³²

Mit viel Aufwand propagierten die Zeitungen die Reformen und riefen die Leser zur Zustimmung in der Abstimmung über die Verfassung auf. Im Fernschreiben-Telegramm vom 28. März 1968 der Abteilung Agitation, das an alle Bezirkszeitungen gerichtet war, hieß es dazu:

„[...] 7. Wir weisen noch einmal darauf hin, dass in den kommenden Tagen das ‚Ja‘ mit dem Kreuz im Kreis daneben ständig als deutlich sichtbares Symbol der Zeitung gebracht werden soll.“¹³³

Die Bürger der DDR sollten an der Neufassung beteiligt werden. In über 750.000 Veranstaltungen hatten sie die Gelegenheit, ihre Meinung dazu zu äußern. Allerdings war es nicht möglich, wesentliche Passagen zu ändern. So wurden die stark begrenzten Veränderungen, die von der Bevölkerung vorgeschlagen und auch umgesetzt wurden, in den Medien mit großem Aufwand publik gemacht und als Mitbestimmungsrecht der Bürger dargestellt. Im Frühjahr 1968 zeigte sich, dass die Tschechoslowakei nicht von ihrem reformsozialistischen Kurs abzubringen war. Auch in der DDR diskutierten viele Menschen, vor allem jüngere Bürger und die Intellektuellen, über die

130 Kleßmann 1997, S. 355.

131 Schroeder, Klaus: Der SED-Staat, Partei, Staat und Gesellschaft, 1949–1990, München 1998, S. 187.

132 Brunner 1995, S. 309f.

133 SAPMO DY/30/IV A 2/9.02/56

Veränderungen im Nachbarland. Die SED-Führung befürchtete, dass die Verfassungsdebatten zu einer darüber hinausgehenden Diskussion führen könnten und beendeten im April abrupt den öffentlichen Meinungsaustausch. Am 6. April 1968 stimmte die DDR-Bevölkerung mit einer Mehrheit von 94,5% für die neue Verfassung. Jeder 20. Student hatte mit „Nein“ gestimmt.¹³⁴ Im Vergleich zu den Wahlergebnissen, die immer mit über 99% Zustimmung abgeschlossen wurden, lag das Ergebnis der Verfassungsabstimmung unterhalb dieser Werte.

7.3 Der Blick auf die Bundesrepublik Deutschland

Die Abgrenzung von der Bundesrepublik war ein zentraler Bestandteil der Politik der DDR. Dabei befand sie sich in der paradoxen Situation, auf die Entwicklung des anderen Teils Deutschlands fixiert zu sein und gleichzeitig sich ständig davon zu distanzieren. Das Bild der Bundesrepublik in den Medien der DDR war daher bis 1989 ein „Politikum ersten Ranges“.¹³⁵ Im Verlauf der 60er Jahre wurde deutlich, dass es, trotz aller Reformbemühungen, nicht gelang, mit der Bundesrepublik wirtschaftlich gleichzuziehen, geschweige denn, wie Ulbricht es 1958 propagiert hatte, sie zu überholen. So wurden mit den Kampagnen gegen die Bundesrepublik zwei Ziele verfolgt. Auf der einen Seite konnten die SED-Medienfunktionäre erklären, dass die wirtschaftliche Prosperität nur Schein sei, da sie auf Kosten der Arbeiter erreicht würde. Zum anderen sollte die Medienkampagne gegen den äußeren Feind den Zusammenhalt der eigenen Bevölkerung stärken und die immer deutlicher werdenden inneren Widersprüche kaschieren.¹³⁶ Die Themen Revanchismus, Rechtsradikalismus und die repressiven Strukturen gaben besonders häufig die Vorlage für Attacken. Dies wird auch in der Berichterstattung über die Studentenunruhen deutlich und später noch ausführlicher zu analysieren sein.

In den 60er Jahren rückte der Abschluss eines deutsch-deutschen Normalisierungsvertrages ins Zentrum der Forderungen der DDR. Nachdem sich ein Scheitern abzeichnete, verzichtete die SED Ende der 60er Jahre endgültig auf das Fernziel der Einheit unter sozialistischen Vorzeichen zugunsten einer

134 McDougall 2004, S. 212.

135 Classen 1998, S. 1.

136 Classen 1998, S. 2f.

stärkeren Betonung der Zweistaatlichkeit. Das Scheitern eines Redneraustausches¹³⁷ zwischen der SPD und der SED führte dazu, dass im *Neuen Deutschland* und in der Folge auch in fast allen anderen Zeitungen ab dem Januar 1967 der SPD das D ihres Namens und damit ihr Anspruch die sozialdemokratische Partei ganz Deutschlands zu sein, aberkannt wurde und nur noch von der SP die Rede war.¹³⁸ Dies trifft für alle untersuchten Artikel zu.

Die Vorgaben der Abteilung Agitation zur Darstellung des konkurrierenden deutschen Staates waren gegenüber anderen Themen am umfangreichsten. Im Untersuchungszeitraum stand die Berichterstattung über die Notstandsgesetze an erster Stelle.¹³⁹ Durch die strikten Anweisungen entsprach das Bild der Bundesrepublik in den untersuchten Medien genau der vorgegebenen ideologischen Linie.

Die Politiker wurden besonders negativ beschrieben; vielen warfen die Medien eine faschistische Vergangenheit vor. Ein Großteil des Materials, das dies beweisen sollte, wurde direkt von der SED bereitgestellt und nicht selten von der Stasi gefälscht, wie im Fall des Bundespräsidenten Lübke.¹⁴⁰ Er wurde in den untersuchten Zeitungen zumeist als KZ-Baumeister Lübke bezeichnet, da man ihm vorwarf, bei der Planung eines KZs mitgeholfen zu haben. Am 13. April 1968 verbot die SED Ministern und leitenden Beamten der Bundesrepublik die Durchreise durch die DDR. In der offiziellen Anordnung zum Verbot wurde ausdrücklich Bezug auf den Mordanschlag auf Rudi Dutschke am 10. April 1968 genommen:

„Der Mordanschlag gegen das Mitglied der Führung des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes Rudi Dutschke legt vor der Bevölkerung Westberlins, der Bevölkerung Westdeutschlands und vor der internationalen Öffentlichkeit Zeugnis davon ab, wie stark infolge der Renazifizierung und der reaktionären Pogromhetze die Umtriebe fa-

137 Zum geplanten Rednertausch siehe: Benser, Günter: SED und SPD – Kontakte und Verbindungen in den 50er und 60er Jahren, in: Hübsch, Reinhard (Hg.): „Hört die Signale!“, Die Deutschlandpolitik von KPD/SED und SPD 1945–1970, Berlin 2002, S. 132f.

138 Mitter/Wolle 1993, S. 379.

139 SAPMO DY/30/IV A 2.9.02/54, Y/30/IV A 2.9.02/55, Y/30/IV A 2.9.02/56, Y/30/IV A 2.9.02/57

140 Siehe hierzu die ausführliche Darstellung von Rudolf Morsey: Heinrich Lübke, Eine politische Biographie, Paderborn 1996, S. 508ff.

schistischer Kräfte in Westberlin und Westdeutschland gewachsen sind.“¹⁴¹

Neben den Politikern wurden das westdeutsche Wirtschaftssystem, die Wirtschaftsführer und die konservative Presse negativ dargestellt. Axel Springer fungierte dabei als das Paradebeispiel eines skrupellosen, revanchistischen Verlegers und wurde im Zusammenhang mit den Studentenunruhen häufig erwähnt, was im Kapitel 9.3 noch genauer aufgezeigt wird.

Die westdeutsche Bevölkerung wurde dagegen zumeist positiv dargestellt. Sie würde durch Repressionen der Staatsgewalt und Manipulation durch die Medien davon abgehalten, ihre wahren Interessen zu artikulieren. Westliche Kritiker der Bundesrepublik, z. B. die aufbegehrenden Studenten, wurden positiv konnotiert, wenn sich ihre Anliegen in das propagandistische Konzept der SED einpassen ließen.

141 Anordnung abgedruckt in: *Junge Welt*, „Ein Riegel gegen die Notstandspolitik, Anordnung des Ministers des Inneren der DDR“, 15. April 1968, S. 2.

8 Die Darstellung der studentischen Proteste im *Neuen Deutschland*, in der *Jungen Welt* und im *Forum* – Chronologischer Überblick

8.1 „Ein Schuss – Der Freiheit ins Genick“ – Der Tod von Benno Ohnesorg am 2. Juni 1967

Auf der Titelseite der Sonntagsausgabe vom 4. Juni 1967 berichtete das *Neue Deutschland* erstmals über den Tod Benno Ohnesorgs:

„Rund 900 Westberliner Polizisten richteten am Freitagabend unter 1500 bis 2000 Demonstrierenden, die gegen den Besuch des iranischen Kaiserpaars protestierten, ein fürchterliches Blutbad an. Der 26jährige Student Benno Ohnesorg aus Wilmersdorf, Prinzregentenstraße 9, wurde von einem Polizisten erschossen.“¹⁴²

Weiterhin informierte die *Junge Welt* in ihrer Wochenendausgabe vom 3./4. Juni 1967 über die Demonstrationen in Westberlin und auf der Titelseite ihrer Montagsausgabe vom 5. Juni 1967 über den Tod Benno Ohnesorgs:

„Der Westberliner Student Benno Ohnesorg (nebenstehendes Foto) ist von der Westberliner Polizei am Freitag hinterrücks erschossen worden. [...] Der Grund dieses Polizeimassakers: Westberliner Studenten hatten am Freitag gegen den Westberlin-Besuch des Schahs von Persien und seines Begleiters KZ-Baumeister Lübke mit einer Demonstration protestiert.“¹⁴³

Der Bericht war illustriert mit einem Foto des toten Benno Ohnesorgs. Die Beschreibung des Ereignisses als „Blutbad“ und „Polizeimassaker“ sollte den Lesern die Brutalität des Vorgehens der Polizei verdeutlichen. Die fernschriftliche Anweisung der Agitationsabteilung vom 6. Juni 1967, die an die Redaktionen des *Neuen Deutschlands*, der *Jungen Welt* und anderer Presseorgane gesandt wurde und die Berichterstattung der folgenden Tage vorgab, verwies ebenfalls auf das harte Vorgehen der Staatsmacht:

142 *Neues Deutschland*, „Blutbad durch Polizisten in Westberlin“, 4. Juni 1967, S. 1.

143 *Junge Welt*, „Westberliner Student ermordet – Toten mißhandelt“, 5. Juni 1967, S. 1.

„Werte Genossen! [...] Zu den Vorgängen in West-Berlin: Die Bonner Bunkerkoalition und das in der Senatsstudie zwischen Kiesinger und Albertz festgelegte Komplott zur Gleichschaltung Westberlins mit dem verschärften Rechtskurs der Regierung Kiesinger/Strauß haben ihr erstes Todesopfer und Dutzende von der Polizei zu Krüppeln Geschlagene gefordert.“¹⁴⁴

Darüber hinaus enthielt die Anweisung genaue Vorgaben über die Art und Weise, in der die Ereignisse des 2. Juni 1967 dargestellt werden sollten:

„Wir bitten um eine breite Berichterstattung, die (vor allem mit Zitaten aus westlichen Quellen) alle Einzelheiten der ungeheuerlichen Verbrechen in Westberlin wirkungsvoll in Wort und Bild widerspiegelt und zugleich die von Tag zu Tag anwachsende Protestbewegung der Studenten und anderer Bevölkerungsschichten in Westberlin und Westdeutschland darstellt.“¹⁴⁵

Die untersuchten Tageszeitungen hielten sich genau an die Vorgaben der Abteilung Agitation. Ausführlich beleuchteten sie in den nächsten Tagen die Ereignisse vor und nach dem Tod von Benno Ohnesorg. So berichtete das SED-Zentralorgan *Neues Deutschland* vom 4. bis zum 10. Juni 1967 jeweils auf der Titelseite und der zweiten Seite über das Geschehen in Westberlin. Bis zum 14. Juni 1967 war weiterhin täglich von den Protestkundgebungen die Rede, die durch den Tod Benno Ohnesorgs ausgelöst wurden. Auch die *Junge Welt* berichtete vom 3./4. bis zum 14. Juni 1967 täglich über die Situation in Westberlin und Westdeutschland. Die Häufigkeit der Berichterstattung zeigt die hohe Bedeutung, die die SED-Medienfunktionäre dem Ereignis zusprachen. Der Anweisung, Zitate aus westlichen Quellen zu verwenden, wurde in beiden untersuchten Tageszeitungen Folge geleistet. Der Westberliner Tagespiegel, die Frankfurter Rundschau, der Stern und die Nachrichtenagentur DPA (Deutsche Presseagentur) waren die häufigsten Stichwortgeber. Auch der weiteren Anweisung der Abteilung Agitation, „die Forderungen der Westberliner Studenten nach Ablösung und Bestrafung der Schuldigen“¹⁴⁶ breit wiederzugeben, setzten die Redakteure um, indem sie die Stellungnahmen, vor allem des AStA der FU Berlin und des SDS, als Zitate abdruckten. Auch Zeugenaussagen, die die Brutalität des Vorgehens

144 SAPMO DY/30/IV A 2.9.02/54

145 Ebd.

146 Ebd.

der Polizei hervorhoben, wurden in unterschiedlichen Ausgaben immer wieder in die Berichterstattung eingestreut. So berichtete der 17-jährige Schüler Frank Rainer K. in der *Jungen Welt*:

„Eine Traube von Polizisten sei auf den Studenten losgestürzt, habe ihn umringt und ‚geknüppelt‘. Daraufhin habe er plötzlich einen Knall gehört und gleichzeitig Mündungsfeuer gesehen. Das Feuer habe er ‚ganz nah‘, etwa zehn bis 30 Zentimeter hinter Ohnesorgs Kopf, ausgemacht, berichtete der Schüler, der zehn Meter entfernt von Benno Ohnesorg stand.“¹⁴⁷

Die Aussage des Schülers wurde bereits am Vortag im *Neuen Deutschland* gedruckt und findet sich am nächsten Tag nochmals in der FDJ-Zeitung. Sie sollte illustrieren, dass es sich nicht um Notwehr oder um ein Versehen gehandelt habe, sondern um Mord, wie dies auch die Überschrift des zweiten Artikels in der *Jungen Welt* „Notwehrakt? Nein, grausamer Mord!“¹⁴⁸ bereits vorwegnahm. Die Berichterstattung über den 2. Juni 1967 und seine Folgen hob sich gegenüber den übrigen Berichten durch die vielen Augenzeugenberichte als besonders lebhaft hervor. Die Quellen wurden so ausgewählt, dass sie in das Argumentationsmuster der Zeitungen passten und dieses aus dem westlichen Blickwinkel bestätigten.

Die Verwendung von westlichen Zeitungen als Quelle, der Gebrauch von Zitaten der demonstrierenden Studenten und die Wiedergabe von Aussagen der Augenzeugen sollten suggerieren, dass es sich nicht um die Meinung der Partei handelte, wie es der Leser von dem SED- bzw. FDJ-Verlautbarungsorgan gewohnt war, sondern um die direkte Wiedergabe der Geschehnisse. Die Abteilung Agitation machte sich die Tatsache zu Nutze, dass den Westmedien von der DDR-Bevölkerung ein besonders hoher Wahrheitsgehalt zugesprochen wurde.

Die bereits zitierte Anweisung der Agitationsabteilung machte nicht nur Vorgaben über den Umfang und die Art und Weise der Berichterstattung, sondern gab auch die Argumentationslinien vor:

„Das brutale Vorgehen des Albertz-Senats ist keine spontane Aktion. Es trägt alle Merkmale einer von langer Hand vorbereiteten Eskalation des Terrors, die sich nicht nur gegen die Studenten richtet. Zu-

147 *Junge Welt*, „Der Mord am Blutfreitag“, 6. Juni 1967, S. 6.

148 *Junge Welt*, „Notwehrakt? Nein, grausamer Mord!“, 7. Juni 1968, S. 4.

sammen mit den Studenten sollen die Werktätigen Westberlins eingeschüchtert werden, auf die infolge des verschärften Rechtskurses der Regierung Kiesinger/Strauß neue schwere Lasten zukommen.“¹⁴⁹

Die Tageszeitung *Neues Deutschland* übernahm teilweise wortwörtlich die Formulierung der Agitationsanweisung in der Rubrik „ND kommentiert“ unter der Überschrift „Blutfreitag“:

„Auch dem unbedarftesten Bürger der Westsektoren sollte unterdessen klargeworden sein, daß es sich dabei nicht bloß um eine spontane Aktion handeln kann. Die Ereignisse seit dem Blutfreitag zeigen die Merkmale einer von langer Hand vorbereiteten Eskalation des Polizeiterrors, die Kennzeichen des Übergangs zu autoritären Herrschaftsmethoden.“¹⁵⁰

Im letzten Satz deutet sich die Argumentationslinie an, die in der Berichterstattung der folgenden Tage immer wieder auftauchte: Der Schuss sei nicht aus Versehen gefallen, sondern es habe sich um eine von der Politik geplante „Notstandsübung“ gehandelt. Die untersuchten Tageszeitungen unterstellten der Regierung der Bundesrepublik, dass sie die noch zu beschließenden Notstandsgesetze in einer „Übung“ auf deren Tauglichkeit hätten prüfen wollen und dazu den Besuch des Schahs von Persien und die zu erwartenden Gegendemonstrationen der Studenten genutzt hätten. Über die geplanten Notstandsgesetze berichtete die Presse der DDR bereits vor dem 2. Juni 1967 in regelmäßigen Abständen. Die Gesetze seien ein Beweis dafür, dass die Bundesrepublik ein potentiell faschistischer Staat sei, der sich weitere Instrumente zur Unterdrückung der Bevölkerung durch die Gesetze verschaffe. Der Tod des Benno Ohnesorg wurde in die bereits laufende Berichterstattung über die Bundesrepublik eingepasst und als ein Probelauf der Gesetze dargestellt. Eine Auswahl an Überschriften macht dies deutlich: „Notstandsmord“¹⁵¹, „Senat probt Notstand mit Ausnahmezustand“¹⁵², „Blutfreitag in Westberlin – Ouvertüre zum Notstand“¹⁵³, „Das erste Notstandsopfer“¹⁵⁴,

149 SAPMO DY/30/IV A 2.9.02/54

150 *Neues Deutschland*, „ND kommentiert“, 7. Juni 1967, S. 2.

151 *Neues Deutschland*, „ND kommentiert“, 4. Juni 1967, S. 2.

152 *Neues Deutschland*, „Senat probt Notstand mit Ausnahmezustand“, 5. Juni 1967, S. 1.

153 *Neues Deutschland*, „Blutfreitag in Westberlin – Ouvertüre zum Notstand“, 6. Juni 1967, S. 1.

154 *Junge Welt*, „Das erste Notstandsopfer“, 14. Juni 1967, S. 4.

„Unmenschlichkeit – Bestandteil imperialistischer Notstandspolitik“¹⁵⁵ und „So wurde der Mord gemanagt – Meinungsfabrik Springer und die Notstandsübung am Blutfreitag“¹⁵⁶.

Auch das *Forum* schloss sich in seiner Berichterstattung an die Interpretation an, dass es sich um eine „Notstandsübung“ gehandelt habe. Zweimal berichtete das Halbmonatsblatt über die Ereignisse im Zusammenhang des 2. Juni 1967, wobei der zweite Artikel „Ein Schuß – Der Freiheit ins Genick“¹⁵⁷ im ersten Juliheft sich sehr ausführlich damit auseinandersetzte. Die erste Nachricht über die Westberliner Ereignisse war für das *Forum* recht ungewöhnlich. Die Reportage von Günter Wallraff über „Das schwarze Korps der Unternehmer“, die sich mit Werksselbstschutzverbänden beschäftigte und dabei auch auf deren Verwendung im Rahmen der kommenden Notstandsgesetze einging, wurde am Ende für eine kurze Mitteilung mit folgenden Worten abgebrochen:

„Hier brechen wir den Bericht ab, obwohl der Schluß des Artikels bereits im Satzschiff stand. Während Unternehmerverbände noch gegen Günter Wallraffs Reportage zu Felde ziehen, eilte die Notsandspraxis den gewerkschaftlichen Untersuchungen voraus. [...] Von der Springer-Presse mit ihrer Hetze gegen die FU-Studenten monatelang vorbereitet, praktizierte die von geübten Faschisten kommandierte Westberliner Polizei den ‚Notstand‘, benutze das von ihr selbst angerichtete Blutbad als Vorwand für den Ausnahmezustand und probt auf diese Weise die Abschreckung und Niederhaltung der Bevölkerung.“¹⁵⁸

Der Abbruch des Berichts durch eine kurze aktuelle Nachricht zeigt nochmals die Bedeutung, die dem Tod von Benno Ohnesorg von den Medienlenkern beigemessen wurde. Auch dieser kurze Hinweis stellte die Ereignisse in den Zusammenhang mit den Notstandsgesetzen, um deren Gefährlichkeit für die Bevölkerung der Bundesrepublik aufzeigen zu können. Der zweite Artikel zum Thema griff die vorherige Argumentation anderer Presseorgane auf und überspitzte sie noch weiter:

155 *Junge Welt*, „Unmenschlichkeit – Bestandteil imperialistischer Notstandspolitik“, 22. Juni 1967, S. 6.

156 *Junge Welt*, „So wurde der Mord gemanagt“, 29. Juni 1967, S. 6.

157 *Forum*, 13/1967, „Ein Schuß – Der Freiheit ins Genick“, 1. Juliheft 1967, S. 13–14.

158 *Forum* 11/1967, ohne Überschrift, 1. Juniheft 1967, S. 11.

„Der Genickschütze Kurras hat als Mensch gewiß versagt, nicht aber als Politischer Kriminalpolizeimeister Duensings¹⁵⁹. Als solcher hat er sich bewährt. Als Befehlsempfänger der Notstandsdictatoren tat er das, was man von ihm erwartet hatte, nämlich der Bürgerkriegsübung mit einem Erschossenen den nötigen psychologischen Nachdruck zu verleihen. Nach dem Konzept des Notstandspogroms mußte Blut fließen. [...] In dieser Situation fand Kurras das Format eines vertierten KZ-Mörders. Er ‚überwandt den inneren Schweinehund‘ und schoß dem Studenten ins Genick.“¹⁶⁰

Der Redakteur wollte den Lesern verdeutlichen, dass die Mächtigen der Bundesrepublik nicht nur den Tod eines Studenten in Kauf genommen hatten, sondern ihn sogar gefordert hätten. Die Beschreibung des Polizisten Kurras als „vertierten KZ-Mörder“ sollte die Gewissenlosigkeit, mit der dieser vorgegangen war, noch unterstreichen und gleichzeitig eine Verbindung zwischen dem Vorgehen der Bundesrepublik und dem der Nationalsozialisten gegen ihre ‚Gegner‘ herstellen.

Der Tod von Benno Ohnesorg wurde im *Forum* nicht nur ausführlich dargestellt, bewertet und in die aktuelle politisch-ideologische Lage eingeordnet, ihm wurde auch von Hartmut König ein Lied gewidmet, das in der Studentenzeitschrift abgedruckt war:

„Wie starb Benno Ohnesorg,
Student in Westberlin?
Was wißt ihr über ihn?
Wie starb Benno Ohnesorg?

Er starb auf breiten Straßen im Dreck,
Sein Blut, sein Blut wusch den Dreck nicht weg
Er wollt ihn auch gar nicht wegwaschen,
er hatte die Hände in den Taschen
solang, bis die Polizei kam.
Und als er die Hand aus der Tasche nahm,
da tat es so mancher andere Student,
der seitdem vieles besser kennt. [...]

159 Damaliger Polizeipräsident Westberlins

160 *Forum* 13/67, „Ein Schuß – Der Freiheit ins Genick“, 1. Juliheft 1967, S. 13.

Und sein Kind, sein noch ungeborenes Kind
 Wird anders sein, als andere sind.
 Wird fragen, warum es den Vater nicht kennt,
 den Vater, für ihn ein fremder Student,
 dessen Bilder man ihm zeigt. [...]“¹⁶¹

Benno Ohnesorg wurde in der westlichen und auch in der untersuchten Presse als ein stiller, zurückhaltender Mensch beschrieben. Die Demonstration vom 2. Juni 1967 war die erste Demonstration, an der er teilnahm. Er bot sich also nicht zum Märtyrer an, da er kein Kämpfer für die ‚gute Sache‘ war. Das Lied lässt jedoch deutlich den Versuch der SED erkennen, ihn zu einem stillen Helden zu stilisieren. Dazu trug vor allem die umfangreiche Berichterstattung über die Überführung des Leichnams nach Hannover und die Beisetzung bei. Das *Neue Deutschland* berichtete darüber ausführlich und widmete am 10. Juni 1967 dem „letzten Weg Benno Ohnesorgs“ fast eine ganze Seite:

„Pünktlich um 17.45 Uhr, dem zwischen den staatlichen Stellen der DDR und der Westberliner Studentenvertretung vereinbarten Zeitpunkt, passierte der Trauergeleitzug den Kontrollpunkt Drewitz [...]. Zuletzt hatten Vertreter der Bezirkszollverwaltung Potsdam und Offiziere der Grenztruppen der Nationalen Volksarmee als letzten Gruß an den ermordeten Studenten rote Nelkensträuße überreicht. Eine Motorradstaffel der Volkspolizei eskortierte den Konvoi. Einige hundert Meter vom Kontrollpunkt entfernt, begann das kilometerlange Spalier, das Studenten und Professoren der pädagogischen Hochschule Potsdam sowie junge Arbeiter aus den Betrieben der Bezirkshauptstadt und Vertreter der FDJ-Organisationen gebildet hatten. [...] Als der Trauerzug heranfuhr, senkten sich die FDJ-Fahnen und DDR-Staatsflaggen mit den Trauerfloren. Der Trauerzug geriet einen Augenblick ins Stocken: FDJler überreichten den Westberliner Studenten, die den Sarg begleiteten, Sträuße roter Nelken.“¹⁶²

Die Beschreibung der theatralischen Inszenierung der Durchfahrt des Trauerzuges durch die DDR sollte die Leser nochmals besonders eindringlich auf das traurige Schicksal des Studenten aufmerksam machen. Die Ehrungen, die Benno Ohnesorg zuteil wurden, erinnerten an ein Staatsbegräbnis und sollten

161 *Forum* 13/67, „Wie starb Benno Ohnesorg?“, 1. Juliheft 1967, S. 14.

162 *Neues Deutschland*, „Der letzte Weg Benno Ohnesorgs“, 10. Juni 1967, S. 9.

die Bedeutung seines Todes unterstreichen.¹⁶³ Der Artikel nannte als Akteure die Bezirksverwaltung, die Nationale Volksarmee, die Volkspolizei, die Arbeiterschaft sowie die Studenten und die Professoren. Damit waren fast alle Bevölkerungsgruppen angesprochen. Der Redakteur verdeutlichte dadurch, dass die Bürger der DDR an der Seite der Studenten stehen würden. Ohne dies explizit zu sagen, grenzte der Artikel die DDR von der Bundesrepublik ab, wo ein Großteil der Bevölkerung gegen die aufbegehrenden Studenten eingestellt war. Auch die *Junge Welt* berichtete über die Durchfahrt des Trauerzuges durch die DDR und im *Forum* befand sich ebenfalls eine Beschreibung der Überführung des Leichnams. Das Ende des Artikels in der Studentenzeitschrift gibt einen Hinweis darauf, warum die SED soviel Wert auf die Inszenierung der Fahrt durch die DDR und die ausführliche Berichterstattung darüber legte:

„Die Mädchen und Jungen aus der DDR wußten zunächst nicht, ob man ihr Mitgefühl akzeptieren würde. Es wurde akzeptiert. Und so bleibt schließlich die Hoffnung, daß die Westberliner Studenten im Interesse ihres Kampfes von nun an nie vergessen mögen, daß sie hier, in der DDR, verlässliche Freunde im Ringen um Freiheit, Menschlichkeit und sozialen Fortschritt haben.“¹⁶⁴

Die SED-Mächtigen wollten damit sowohl nach außen als auch nach innen ein Signal senden. Der westdeutschen Jugend sollte signalisiert werden, dass ihr Aufbegehren unterstützt werde. Das wichtigere Signal ging jedoch an die eigene Jugend. Die SED und vor allem die FDJ stellten sich an die Seite der westdeutschen Studenten. Protesten im eigenen Land sollte vorgebeugt werden, indem man sich selbst als fortschrittlich präsentierte. Ähnliche Demonstrationen könne es in der DDR gar nicht geben, da es eine Interesseneinheit zwischen der Staatsleitung und der Jugend gäbe.

Die untersuchte Presse benutze für den neutralen Terminus „2. Juni 1967“ zumeist die Bezeichnung „Blutfreitag“, die eine starke Betonung auf das Emotionale legte und gleichzeitig ein Anklang an andere blutige Ereignisse in der Geschichte darstellte, z. B. an den „Blutmai 1929“¹⁶⁵, auf den in der

163 Kraushaar 2000, S. 142.

164 *Forum* 13/67, „Ein Schuß – Der Freiheit ins Genick“, 1. Juliheft, S. 14.

165 Der Berliner Polizeipräsident Zörgiebel (SPD) hielt am Versammlungsverbot unter freiem Himmel, das im Dezember 1928 verhängt wurde, auch für den 1. Mai 1929 fest. Die

weiteren Berichterstattung mehrmals rückverwiesen wurde. Die Abteilung Agitation hatte in der bereits zitierten Anweisung dazu folgende Vorgabe gemacht:

„Es drängen sich Parallelen zum Blutmai 1929 auf, als auch ein rechter sozialdemokratischer Führer in Berlin mit dem Schießbefehl die schmutzigen Geschäfte des Monopolkapitals besorgte.“¹⁶⁶

Das Ausmaß der Ereignisse, aber auch die Einordnung in die Geschichte, die laut der SED die Geschichte der Klassenkämpfe war, sollte mit diesem Rekurs verdeutlicht werden.

Von der Polizei wird im Zusammenhang mit den Ereignissen des 2. Juni 1967 häufig als „Knüppelgarde“¹⁶⁷, „Mordpolizisten“¹⁶⁸, „Schlägertruppe“¹⁶⁹, „Polizeibüttel“¹⁷⁰, „Albertz-Polizei“¹⁷¹ oder „Albertz-Knüppelgarde“¹⁷² gesprochen. Sie sollte durch diese Bezeichnungen als ein Instrument der Mächtigen zur Unterdrückung der Bevölkerung gekennzeichnet werden. Die untersuchten Zeitungen zeigten sowohl bei der Polizei als auch bei der Vorgehensweise der Politiker eine Kontinuität zur Zeit des Nationalsozialismus auf:

„Die Westberliner Polizei, die am vergangenen Blutfreitag ein grausames Massaker unter den demonstrierenden Studenten anrichtete und den 26jährigen Benno Ohnesorg ermordete, stützt sich bei ihren Terroraktionen auf die ‚Erfahrungen‘ schwerbelasteter Gestapo-, SD- und SS-Anhänger, die heute verantwortliche Positionen in ihren Reihen einnehmen.“¹⁷³

Kommunisten missachteten das Verbot und es kam zum Einsatz von Panzerwagen und Schusswaffen; 32 Demonstranten starben und zahlreiche wurden verletzt.

166 SAPMO DY/30/IV A 2.9.02/54

167 *Neues Deutschland*, „Senat probt Notstand mit Ausnahmestand“, 5. Juni 1967, S. 1.

168 *Neues Deutschland*, „Senat verschärft Notstandsaktion“, 6. Juni 1967, S. 2.

169 *Neues Deutschland*, „Heute gegen Studenten – morgen gegen uns“, 7. Juni 1967, S. 2.

170 *Junge Welt*, „Westberliner Student ermordet – Toten misshandelt“, 5. Juni 1967, S. 1.

171 *Junge Welt*: „Duensing: Wie eine ausgequetschte Leberwurst!“, 8. Juni 1967, S. 6.

172 *Junge Welt*: „Unmenschlichkeit – Bestandteil imperialistischer Notstandspolitik“, 22. Juni 1967, S. 6

173 *Neues Deutschland*, „Die Stützen der Notstandspolizei“, 7. Juni 1967, S. 6.

Im Anschluss an die zitierte Einleitung folgte eine Liste der Polizisten, in der vor allem deren Positionen vor 1945 angegeben waren. Das Vorgehen der Verantwortlichen wurde ebenfalls in den unmittelbaren Zusammenhang mit dem Vorgehen der Nationalsozialisten gegen ihre Opfer gebracht:

„Und nach den fehlenden Schädelknochen des ermordeten Benno Ohnesorg befragt, antwortete derselbe Duensing beinahe gelangweilt, ihm sei ja schließlich ein ganzer Plastikbeutel mit Knochenresten übergeben worden. Ob es viel kaltschnäuziger geklungen hat, als vor 25 Jahren die Buchenwaldkommandeure über die präparierten Schrumpfköpfe ihrer Opfer fachsimpelten?“¹⁷⁴

Die beschriebene Gleichgültigkeit Duensings sollte seine Gewissenlosigkeit und menschenverachtende Haltung zeigen. Durch den Vergleich des Berliner Polizeichefs mit den Buchenwaldkommandeuren unterstrich der Redakteur dies noch. Bei den Lesern sollte diese Darstellung Abscheu hervorrufen, nicht nur gegenüber der Person Duensings, sondern auch gegenüber dem ‚System‘, das er vertrat.

In der Berichterstattung über die Ereignisse des 2. Juni 1967 und deren Folgen lassen sich mehrere Konstanten festmachen. Die Darstellungen wurden in die bereits laufende Berichterstattung über die Notstandsgesetze eingepasst und als eine Übung für die noch zu verabschiedenden Gesetze bewertet. Der Tod von Benno Ohnesorg stelle, laut den untersuchten Quellen, nur einen weiteren Schritt in der Entwicklung der Bundesrepublik zu einem faschistischen Staat dar. Die Proteste der Studenten erschienen durchweg als gerechtfertigt und die zunehmenden Berichte aus den unterschiedlichsten westdeutschen Städten sollten den Eindruck vermitteln, dass sich die Proteste immer weiter ausbreiten würden.

Im Mittelpunkt der Berichterstattung standen allerdings nicht die demonstrierenden Studenten, sondern das gewaltsame Vorgehen des Staates. Die Kennzeichnung der Bundesrepublik als repressiver Staat war eine Konstante in der Berichterstattung über die Studentenbewegung. Auch wenn der Eindruck erweckt werden sollte, dass über die Proteste der Studenten gegen die Notstandsgesetze, den Kurras-Freispruch, den Vietnamkrieg und die Fahrpreiserhöhungen berichtet würde, so bildeten stets die repressiven Methoden der bundesdeutschen Staatsorgane den inhaltlichen Schwerpunkt.

174 *Neues Deutschland* „ND kommentiert“, 7. Juni 1967, S. 2.

8.2 „Tausende demonstrieren“ – Demonstrationen gegen die Notstandsgesetze, den Kurras-Freispruch, die Fahrpreiserhöhungen und den Vietnamkrieg (Juni 1967 - April 1968)

Der Tod Benno Ohnesorgs wurde im Zusammenhang mit den Berichten über die Studentenproteste der folgenden Monate immer wieder erwähnt. Das Datum 2. Juni 1967 bzw. die Bezeichnung „Blutfreitag“ funktionierte als eine Chiffre und Beweis für das repressive Vorgehen des westdeutschen Staates.

Seit dem Abklingen der ausführlichen Berichterstattung über den Tod Benno Ohnesorgs standen zunächst die Protestmärsche gegen die Notstandsgesetze im Mittelpunkt der Artikel über die Studentenbewegung. Dies lag vor allem am aktuellen Anlass, da am 28. Juni 1967 die Gesetze in einer ersten Lesung im Bundestag beraten wurden. Die Anweisung der Abteilung Agitation vom 26. Juni 1967 machte dazu folgende Vorgabe:

„In dieser Woche muß der Berichterstattung über den Kampf gegen die Notstandsgesetzgebung besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden. In Westdeutschland laufen mehrere große Protestaktionen, z. B. in Frankfurt/Main (Kampagnen für Abrüstung), in Duisburg („Notstandsreport der Jugend“) und am 26. Juni 1967 Pressekonferenz des Kuratoriums „Notstand der Demokratie“ in Bonn.“¹⁷⁵

Das *Neue Deutschland* hielt sich an die Order und berichtete am 29. Juni 1967 über die Proteste in Frankfurt.¹⁷⁶ Im Artikel wurden die Notstandsgesetze als „Notstandsverfassung“ und „Diktaturgesetzentwurf“ bezeichnet. Die SED-Zeitung weitete durch diese Termini die Bedeutung der Notstandsgesetze aus und maß ihnen dadurch eine hohe Bedeutung bei.

In den untersuchten Berichten waren die Studenten nur eine Bevölkerungsgruppe, die gegen die Gesetze demonstrierte. Es lag der DDR-Presse zum einen daran zu zeigen, dass es einen breiten Widerstand gegen die Vorhaben der westdeutschen Regierung gäbe und zum anderen mussten laut der marxistisch-leninistischen Ideologie die Arbeiter die Vorkämpfer der Bewegung

175 SAPMO DY/30/IV A 2/9.02

176 *Neues Deutschland*, „Proteste gegen Notstand überall in der Bundesrepublik“, 29. Juni 1967, S. 6.

sein. Daher wurde immer ausdrücklich auf den gewerkschaftlichen Protest hingewiesen:

„Das Mitglied des Vorstandes der IG Metall Georg Benz betonte in Hannover erneut die kompromißlose Ablehnung der Notstandsgesetze durch die Gewerkschaften.“¹⁷⁷

Aber auch den Studenten wurde viel Raum in der Berichterstattung gegeben:

„Auch unter der westdeutschen Studentenschaft wächst die Erkenntnis, daß die Bonner Notstandsgesetze akute Gefahr für Frieden und Sicherheit bedeuten. Das wurde ihnen in jüngster Zeit von westdeutschen und Westberliner Polizeitruppen vorexerziert, die über Studentendemonstrationen herfielen, weil die akademische Jugend für die Demokratie auf die Straße gegangen war. Die hinterhältige Ermordung des Studenten Benno Ohnesorg durch schießwütige Polizei ließ diese Erkenntnis Gewissheit werden.“¹⁷⁸

Der Ausschnitt verdeutlicht, dass die Berichterstattung über die Notstandsgesetze zur Darstellung des gewalttätigen Charakters der Polizei genutzt wurde. Der Rekurs auf den Tod von Benno Ohnesorg unterstrich dies noch. Die Beschreibung der Studenten war in den untersuchten Tageszeitungen stets positiv und ihre Forderungen, in diesem Fall die nach Demokratie, wurden nur als allzu gerechtfertigt dargestellt. Die Vorstellungen der Studenten von Demokratie waren jedoch grundlegend andere, als die der SED. Unter „Demokratisierung“ verstanden weite Teile der Studentenbewegung die Herstellung herrschaftsfreier Räume.¹⁷⁹ Die SED hingegen verband mit diesem Schlagwort die Herrschaft der Arbeiterklasse.

Die Proteste gegen den Kurras-Freispruch dominierten die Berichterstattung der untersuchten Tageszeitungen im Winter 1967. Nach dem Freispruch des Polizisten sandte die Agitationsabteilung am 22. November 1967 der Redaktion des *Neuen Deutschlands*, der *Jungen Welt* und anderer Zeitungen folgende fernschriftliche Anweisung:

177 Ebd.

178 *Neues Deutschland*, „Den Notständlern auf die Schliche gekommen“, 8. August 1967, S. 6.

179 von Hodenberg, Christina: Konkurrierende Konzepte von „Öffentlichkeit“ in der Orientierungskrise der 60er Jahre, in: Frese, Matthias/Paulus, Julia/Teppe, Kar: *Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch, Die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik*, Paderborn 2003, S. 222.

„Werte Genossen! Mit dem Freispruch des Ohnesorg-Mörders Kurras durch das Westberliner Landgericht hat Westberlin Dienstag einen der ungeheuerlichsten politischen Justizskandale der Nachkriegszeit erlebt, der mit aller Schärfe angeprangert werden muß. Dieser skandalöse Freispruch hat prinzipielle Bedeutung, offenbar auch in den Augen der Westberliner und Bonner Revanchepolitiker. [...] Benno Ohnesorg war das erste Opfer der geplanten Notstandsdictatur in Westberlin; der Freispruch von Kurras soll den Weg freimachen für den rücksichtslosen Einsatz von Polizei und Militär; die Notstandspolitiker sprechen ihre Büttel von vornherein frei.“¹⁸⁰

Der Superlativ „ungeheuerlichsten politischen Justizskandal der Nachkriegszeit“ und die Beschreibung des Freispruchs als „skandalös“ sollte das Ausmaß der richterlichen Entscheidung verdeutlichen. Der Hinweis auf die „Notstandsdictatur“ und die „Notstandspolitiker“ stellte den Freispruch Kurras in den Zusammenhang mit den Notstandsgesetzen.

Die *Junge Welt* machte am Tag nach der Anweisung mit der Schlagzeile „Freispruch für den Mörder“ auf und druckte folgenden Text neben das Bild des Polizisten:

„So sieht der Mörder aus! Aber von nun an gibt es nicht nur einen Mörder Benno Ohnesorgs. Mit dem skandalösen Urteil Westberliner Richter wurde der Mord sanktioniert. Benno Ohnesorg wurde noch einmal ermordet.“¹⁸¹

Als letzten Satz des Artikels übernahm der Redakteur wörtlich den letzten Satz aus dem oben zitierten Abschnitt des Schreibens der Agitationsabteilung. Das Skandalöse des Justizurteils sollte noch dadurch unterstrichen werden, dass das Schicksal Fritz Teufels¹⁸², der nach dem 2. Juni 1967 verhaftet worden war und seitdem in Untersuchungshaft saß, dem Freispruch gegenübergestellt wurde. Die Losung „Teufel raus und Kurras rein“ der Studenten war das dazu passende Zitat, das sich in mehreren Artikeln wiederfand.¹⁸³ Beide untersuchten Tageszeitungen berichteten von den Protesten der Studentenschaft gegen das Urteil. Allein die Betrachtung der Über-

180 SAPMO DY/30/IV A 2/9.02/56

181 *Junge Welt*, „Freispruch für den Mörder“, 23. November 1967, S. 1.

182 Fritz Teufel gehörte der Kommune I an.

183 *Junge Welt*, „Westberliner Polizei im Notstandseinsatz“, 28. November 1967, S.1, *Neues Deutschland*, „Polizeiattacken gegen Demonstranten“, 28. November 1967, S. 1.

schriften macht deutlich, dass zwar über die Proteste der Studenten geschrieben wurde, aber die repressiven Maßnahmen des Staates der eigentliche Kern der Berichterstattung waren: „Westberliner Polizei im Notstand“¹⁸⁴, „Schütz¹⁸⁵-Polizei geht brutal mit Wasserwerfern gegen Arbeiter und Studenten vor“¹⁸⁶, „Schütz-Senat gibt freie Hand für Polizeischläger – Kurras-Freispruch als Ansporn zu neuen Brutalitäten“¹⁸⁷ und „Notstands- und Skandaljustiz am Pranger“¹⁸⁸. Deutlich wird auch, dass die Artikel über den Freispruch Kurras in die allgemeine Berichterstattung über die Notstandsgesetze eingepasst und als eine Übung bzw. ein Vorlauf auf das, was die bundesdeutschen Bürger erwarten würde, wenn die Gesetze erst einmal verabschiedet seien, gewertet wurden.

Am 17. Januar 1968 kam es in Bremen zu Großdemonstrationen gegen Fahrpreiserhöhungen der Straßenbahn. Getragen wurde der Protest in erster Linie von den Bremer Schülern, aber auch Studenten schlossen sich an. Sowohl das *Neue Deutschland* als auch die *Junge Welt* berichteten in den folgenden zwei Wochen ausführlich über die Ereignisse in Bremen. Im Vordergrund der Berichterstattung standen dabei drei Aspekte: Das brutale Vorgehen der Polizei gegen die Demonstrierenden, die Solidarität der Arbeiter und der Erfolg der Proteste.

Das *Neue Deutschland* berichtete am 20. Januar 1968 auf der Titelseite:

„In der Bremer Innenstadt herrschte am Donnerstagabend praktisch der Ausnahmezustand. Nachdem bereits am Vortage rund 1000 Polizisten mit Wasserwerfern und Schlagstöcken brutal gegen mehrere Tausend Bremer Bürger, vor allem Jugendliche, vorgegangen waren, hatte die Polizei wiederum rund 1000 Polizisten im Stadttinneren zusammengesogen. [...] Die Demonstrationen richteten sich gegen die durch die Bonner Mehrwertsteuer ausgelösten Fahrpreiserhöhungen für die städtischen Verkehrsmittel der Hansestadt.“¹⁸⁹

184 *Junge Welt*, „Westberliner Polizei im Notstandseinsatz“, 28. November 1967, S. 1.

185 Berliner Bürgermeister 1967 – 1977.

186 *Neues Deutschland*, „Schütz-Polizei geht brutal mit Wasserwerfern gegen Arbeiter und Studenten vor“, 29. November 1967, S. 8.

187 *Neues Deutschland*, „Schütz-Senat gibt freie Hand für Polizeischläger – Kurras-Freispruch als Ansporn zu neuen Brutalitäten“, 1. Dezember 1967, S. 8.

188 *Junge Welt*, „Notstands- und Skandaljustiz am Pranger“, 30. November 1967, S. 1.

189 *Neues Deutschland*, „Ausnahmezustand in Bremer Innenstadt“, 20. Januar 1968, S. 1.

Der Artikel zeigt, dass auch in der Berichterstattung über die Demonstrationen in Bremen das brutale Vorgehen der Polizei im Mittelpunkt stand. Unterstrichen wurde dies noch durch die zahlreichen abgedruckten Zeugenaussagen. Sie vermittelten den Lesern eine besonders anschauliche Schilderung von den Vorgängen in Bremen. So ließ z. B. die *Junge Welt* in ihrer Wochenendausgabe vom 20./21. Januar 1968 ausführlich Zeugen zu Wort kommen:

„Es gab ,unbeschreibbare, brutale und aufs höchste alarmierende Szenen. Frauen und Mädchen, Männer und Jungen, Alte und Kinder wurden von der Truppe niedergeschlagen, getreten und mit dem schmerzhaften Hochdruckwasserstrahl der Kanonen durch die Straßen und über Mauern und Böschungen getrieben.“¹⁹⁰

Die Beschreibung des brutalen Vorgehens der Staatsorgane sollte bei den Lesern Abscheu hervorrufen. Die Darstellung von Gewalt gegen Frauen und andere vermeintlich schwächere Bevölkerungsgruppen war ein häufig verwandtes Mittel, um das Ausmaß der Gewalt noch zu betonen und die Abneigung der Leser gegenüber dem Vorgehen der bundesdeutschen Staatsorgane zu verstärken.

In den nächsten Tagen verlagerte sich der Schwerpunkt hin zu Artikeln, die die immer breiter werdende Solidarität der Arbeiter mit den Schülern beschrieben. Allein die Betrachtung der Überschriften verdeutlicht dies: „Solidarität der Arbeiter mit Bremer Demonstranten“¹⁹¹, „Bremer Justiz fällt Notstandsurteile – Arbeiter der Hansestadt an der Seite der Jugendlichen“¹⁹² und „Bremens Arbeiter solidarisch mit Schülern“¹⁹³. Die Bremer Proteste wurden von der untersuchten Presse als gelungenes Beispiel dafür gewertet, dass, wenn sich Schüler bzw. Studenten mit den Arbeitern zusammentäten, sie stark genug seien, um Veränderungen durchzusetzen. So titelte das SED-Organ am 26. Januar 1968 „Aktionseinheit schlug Bremer Senat“ und berichtete:

190 *Junge Welt*, „Draufhauen! Draufhauen!“ , 20./21. Januar 1968, S. 6.

191 *Neues Deutschland*, „Solidarität der Arbeiter mit Bremer Demonstranten“, 21. Januar 1968, S. 7.

192 *Junge Welt*, „Bremer Justiz fällt Notstandsurteile – Arbeiter der Hansestadt an der Seite der Jugendlichen“, 23. Januar 1968, S. 1.

193 *Neues Deutschland*, „Bremens Arbeiter solidarisch mit Schülern“, 25. Januar 1968, S. 7.

„Die entschlossene, gemeinsame Aktion von Arbeitern, Lehrlingen, Studenten und Schülern Bremens gegen die antisoziale Senatspolitik hat am Mittwoch zu einem ersten Erfolg geführt. [...] Bürgermeister Koschnick (SP) mußte erklären: Die vorgenommene Erhöhung der Straßenbahntarife – eine einfache Straßenbahnfahrt war von 50 auf 70 Pfennig erhöht worden – wird rückgängig gemacht.“¹⁹⁴

Die erwähnten Straßenbahntarife mussten den Lesern sehr teuer erscheinen, da in der DDR die öffentlichen Verkehrsmittel durch die hohe Bezuschussung sehr günstig waren. Der kurze Hinweis diente indirekt zur positiven Darstellung der Verhältnisse in der DDR. Der Artikel erweckte den Eindruck, als ob sich der in den Monaten davor immer wieder von der SED- und FDJ-Presse angemahnte Zusammenschluss von Demonstranten und Arbeitern vollziehen würde. Allerdings war schnell klar, dass dies nur für die Proteste in Bremen galt. In den kommenden Monaten bildeten wieder die Studenten das Zentrum der Demonstrationen, auch wenn die untersuchte Presse weiterhin versuchte, ein gemeinsames Vorgehen von Studenten und Arbeitern zu suggerieren.

Neben der immer breiter werdenden Unterstützung der Bremer Schüler stellten die untersuchten Tageszeitungen auch die räumliche Ausweitung der Proteste gegen Fahrpreiserhöhungen dar. Unter der Überschrift „Tausende demonstrieren“¹⁹⁵ berichtete das *Neue Deutschland* z. B. von Demonstrationen aus Bochum und Stuttgart, die sich zum einen gegen Fahrpreiserhöhungen richteten, aber auch hochschulpolitische Themen behandelten.

Neben den Massenkundgebungen gegen die Notstandsgesetze, den Kurras-Freispruch und die Fahrpreiserhöhungen berichteten die untersuchten Tageszeitungen im Frühjahr 1968 vor allem von den Demonstrationen der Studenten gegen den Vietnamkrieg und den Militärputsch in Griechenland. Im Mittelpunkt standen dabei die Proteste gegen das Vorgehen der USA in Vietnam. Der Großteil der Artikel der studentischen Proteste wurde in der untersuchten Tagespresse direkt neben Artikel über den Kampf und das Leiden des südvietnamesischen Volkes platziert. So machte das *Neue Deutschland* am 6. Februar 1968 mit der Schlagzeile „Aggressoren wird hart zugesetzt“ auf, unter der sich wiederum zwei kleinere Artikel mit jeweils einem Bild befanden: „USA-Killer wüten in Vietnam“ und „Knüppelgarden

194 *Neues Deutschland*, „Aktionseinheit schlug Bremer Senat“, 26. Januar 1968, S. 6.

195 *Neues Deutschland*, „Tausende demonstrieren“, 17. Februar 1968, S. 7.

in Westberlin“. Die Bezeichnungen „USA-Killer“ und „Knüppelgarde“ machten die Rollenzuweisung bereits deutlich. So hieß es im ersten Abschnitt zum Vietnamkrieg:

„Mit beispielloser Brutalität wüten bis an die Zähne bewaffnete amerikanische ‚Ledernacken‘, wenn sie – wie hier in Hue – versuchen, den machtvollen anschwellenden Volkswiderstand gegen die Aggressoren [...] niederzuschlagen.“¹⁹⁶

Im zweiten Teil zu den Vorgängen in Westberlin formulierte der Redakteur analog:

„Mit beispielloser Brutalität eifern die Knüppelgarden der Westberliner Polizei dem ‚Vorbild‘ der amerikanischen Killer in Südvietnam nach.“¹⁹⁷

Der Artikel suggerierte, dass die Westberliner Polizei in einer ähnlichen Art gegen die Studenten vorgegangen sei, wie dies die USA im Vietnamkrieg vorgemacht hätten. Den Lesern sollte dadurch das Ausmaß an Brutalität aufgezeigt werden. Die Darstellung diene außerdem zur Vereinfachung der internationalen Zusammenhänge. Auf der einen Seite ständen die „imperialistischen Mächte“, in dem zitierten Artikel die USA und die Bundesrepublik, und auf der anderen Seite diejenigen, die sich dagegen zur Wehr setzen würden, z. B. das vietnamesische Volk oder die bundesdeutschen Studenten. Der Bevölkerung der DDR wurde somit zum einen die Einordnung der Ereignisse erleichtert und zum anderen konnte sie sich eindeutig auf die Seite der ‚Guten‘ stellen.

Auch in der Folge druckte das *Neue Deutschland* Berichte über die Studentenproteste gegen den Vietnamkrieg vor allem in der Serie „Berichte vom heldenhaften Kampf der südvietnamesischen Befreiungsfront“¹⁹⁸ ab. Diese auffällige Kombination der Berichte diene auch der Abgrenzung der DDR gegen die Bundesrepublik. Deutlich wird dies im Artikel vom 17. Februar 1968 „Begeisternde Solidaritätskundgebung der Berliner Jugend-Sprechchor im Friedrichstadt-Palast: Die ganze Welt soll sehn, daß wir

196 *Neues Deutschland*, „Aggressoren wird hart zugesetzt“, 6. Februar 1968, S. 1.

197 Ebd.

198 *Neues Deutschland*, „Berichte vom heldenhaften Kampf der südvietnamesischen Befreiungsfront“, 8. Februar 1968, S. 7; 10. Februar 1968, S. 7; 20. Februar 1968, S. 7; 24. Februar 1968, S. 7.

an Vietnams Seite stehn!“ Der Redakteur des *Neuen Deutschlands* berichtete:

„Nichts verbindet uns mit dem imperialistischen System in Westdeutschland betonte der 1. Sekretär des FDJ-Zentralrates, aber viel mit der Arbeiterklasse und der Jugend in Westdeutschland, die so wie wir gegen das Komplott Washington-Bonn eintritt.“¹⁹⁹

Die Kundgebung fand zeitgleich mit dem in Westberlin tagenden Vietnam-Kongress statt. Dieser sollte mit einer Großdemonstration beendet werden, die aber erst kurz vor dem Beginn genehmigt wurde. Die Funkmedien der Bundesrepublik berichteten über die Streitigkeiten um die Demonstration und damit waren sie auch den DDR-Bürgern bekannt. Die Kundgebung in Ostberlin war also zugleich ein Zeichen an die westdeutsche und an die eigene Jugend, dass in der DDR solche Demonstrationen nicht nur problemlos erlaubt, sondern auch noch vom Staat unterstützt würden.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die aktuelle Berichterstattung über die Notstandsgesetze, den Kurras-Freispruch, die Fahrpreiserhöhungen und den Vietnamkrieg von der untersuchten Presse genutzt wurde, um aufzuzeigen, dass die Bundesrepublik ein repressiver und potentiell faschistischer Staat sei, dem nur im gemeinsamen Kampf von Arbeitern und Studenten begegnet werden könne.

Die Abschlusskundgebung des Vietnamkongresses war die bis dahin größte Studentendemonstration des Untersuchungszeitraums. Es zeichnete sich deutlich ab, dass die Proteste auch in den kommenden Wochen nicht abreißen würden. Der Anschlag auf Rudi Dutschke am 11. April 1968 ließ die Proteste nochmals sprunghaft ansteigen. Die darauf folgenden Osterdemonstrationen waren der Höhepunkt der Studentenbewegung.

8.3 „Mordanschlag auf sozialistischen Studentenföhrer“– Das Attentat auf Rudi Dutschke am 11. April 1968

Sowohl die SED-Zeitung *Neues Deutschland* als auch die *Junge Welt* berichteten über das Attentat auf Rudi Dutschke auf der Titelseite der Ausgabe vom 13./14. April 1968 bzw. vom 13. April 1968 unter den Überschriften:

199 *Neues Deutschland*, „Begeisternde Solidaritätskundgebung der Berliner Jugend“, 17. Februar 1968, S. 1.

„Mordanschlag auf sozialistischen Studentenführer“²⁰⁰ und „Anklage gegen die Schuldigen an der Bluttat in Westberlin“²⁰¹. Das FDJ-Organ schrieb:

„Donnerstag nachmittag, 16.36 Uhr: Ein neonazistischer Attentäter rempelt den Westberliner SDS-Funktionär Rudi Dutschke auf offener Straße vom Fahrrad und streckt ihn nieder. Dutschke wird fünf Stunden lang operiert, erwachte am Freitag gegen zehn aus der Narkose, die Lebensgefahr ist aber nach Ansicht der Ärzte noch nicht gebannt. Bei dem Täter, dem 23jährigen Maler und Anstreicher Josef Bachmann aus Peine (Niedersachsen), werden rechtsradikale Schriften und ein selbstgezeichnetes Hitlerbild gefunden. Der Zentralrat der FDJ protestiert im Namen der DDR-Jugend gegen den Mordanschlag und erklärt: Mit Dutschke sollen die Notstandsgegner in ihrer Gesamtheit erledigt werden.“²⁰²

Bereits in diesem ersten Bericht über das Attentat sprach der Redakteur mehrere Aspekte an, die auch in der kommenden Berichterstattung betont wurden: Der in der Bundesrepublik herrschende Rechtsradikalismus, die Solidarisierungsbekundungen der FDJ-Jugend mit der westlichen Jugend und die Einordnung des Attentats in die Berichterstattung über die Notstandsgesetze.

Dem Attentat wurde von den SED-Medienfunktionären höchste Bedeutung eingeräumt. So brachte die FDJ-Zeitung allein in ihrer Sonnabendausgabe vom 13. April 1968 13 Artikel über die Ereignisse in Westberlin und auch das Zentralorgan der SED berichtete in der Wochenendausgabe neun Mal über die Geschehnisse.

Im Mittelpunkt der Berichterstattung standen zunächst die spontanen Demonstrationen der Studenten, die sich vor allem gegen den Berliner Senat und die Springer-Pressen richteten:

„Sofort nach Bekanntwerden des heimtückischen Überfalls finden in Westberlin und in vielen Städten der Bundesrepublik spontane Protestkundgebungen statt. In den Losungen werden Springer und der

200 *Neues Deutschland*, „Mordanschlag auf sozialistischen Studentenführer“, 13. April 1968, S. 1.

201 *Junge Welt*, „Anklage gegen die Schuldigen an der Bluttat in Westberlin“, 13./14. April 1968, S. 1.

202 Ebd.

von Schütz geführte Westberliner Senat als die Hauptschuldigen für den faschistischen Überfall genannt.“²⁰³

Die Bewertung des Attentats als „faschistischen Überfall“ machte auf den rechtsradikalen Hintergrund der Tat aufmerksam. Dem Verleger Springer wurde durch die hetzerische Berichterstattung in seiner Presse eine Mitschuld am Attentat auf Rudi Dutschke vorgeworfen. Als Beweis zitierte sowohl die *Junge Welt* als auch das SED-Zentralorgan *Neues Deutschland* Springers Aufruf vom 7. Februar 1968, den Polizisten nicht die ganze „Drecksarbeit“ zu überlassen:

„Zu dem was am Donnerstag [Tag des Attentats auf Rudi Dutschke, M. Witkowski] in Westberlin geschah, hat Axel Cäsar Springer in seiner ‚Bild‘-Zeitung öffentlich aufgerufen, als dort im Februar nach einer Demonstration von Gegnern der USA-Aggression in Vietnam der folgenschwere Satz veröffentlicht wurde: ‚Und man darf auch nicht die ganze Drecksarbeit der Polizei und den Wasserwerfern überlassen.‘“²⁰⁴

Die untersuchten Zeitungen schlossen sich der Interpretation an, dass nicht der Schütze Bachmann, sondern das kapitalistische System und deren Vertreter die wahren Schuldigen seien:

„Nur zu wahr ist es, wenn die westdeutschen und Westberliner Studenten nach diesem Mordversuch an einem ihrer Kommilitonen erklären: Der latente Faschismus in der spätkapitalistischen Gesellschaft ist hier zum Manifest geworden. Und: ‚Die wirklichen Schuldigen heißen Springer, und die Mörder heißen Neubauer und Schütz.‘“²⁰⁵

Der Redakteur wollte den Lesern vermitteln, dass es sich nicht um einen psychisch kranken Einzeltäter handele, sondern um die Auswirkungen der faschistischen und kapitalistischen Strukturen der Bundesrepublik. Auch das Attentat auf Rudi Dutschke wurde von den untersuchten Tageszeitungen genutzt, um ein negatives Bild der Bundesrepublik zeichnen zu können.

Die Tatsache, dass die Polizei in der Wohnung Bachmanns u.a. Hitler-Bilder gefunden hatte, passte gut in die Argumentationslinie der SED-Medienfunk-

203 Ebd.

204 *Junge Welt*, „Springer befahl, Schütz handelte“, 13. April 1968, S. 2.

205 *Neues Deutschland*, „Blutspur“, 13./14. April 1968, S. 1.

tionäre. Der folgende Ausschnitt sollte nochmals verdeutlichen, wie es zu der Tat kommen konnte:

„Bachmann war ein Nazi. Doch wie ist das möglich? Bachmann ist 23 Jahre alt. Nazi kann er nicht in der Nazizeit geworden sein und angeboren ist so etwas ja auch nicht. Er hat also in einer Umwelt gelebt, in einem System, in dem er zum Nazi werden konnte. Er kam aus der Bundesrepublik. In diesem Staat ist ein KZ-Baumeister Bundespräsident, eine Nazipropagandachef Bundeskanzler.“²⁰⁶

Dass Bachmann bis zu seinem 12. Lebensjahr in der DDR gelebt hatte, erwähnten die untersuchten Zeitungen nicht.²⁰⁷ Der Ausschnitt wies durch die Bezeichnung „KZ-Baumeister“ für den Bundespräsidenten Lübke und „Nazipropagandachef“ für den Bundeskanzler Kiesinger auf die vermeintliche Kontinuität vom Nationalsozialismus zur Bundesrepublik hin.

Im Mittelpunkt der Berichterstattung der Tage nach dem Attentat standen die Demonstrationen der Studenten, die über die Ostertage anhielten. Die untersuchten Tageszeitungen hoben wie auch schon in der Berichterstattung der vorangegangenen Monate die Brutalität der Polizei hervor. Die *Junge Welt* berichtete von den Demonstrationen vor dem Springer-Gebäude, die als unmittelbare Reaktion auf die Nachricht des Attentats stattfanden:

„Unter dem ungeheuren Druck der zwei Wasserstrahler wurden Männer, Frauen und Mädchen förmlich vom Boden hochgerissen, durch die Luft gewirbelt und gegen die Hauswand des Springerverlages geschleudert. Die Wasserstrahlen rissen den Menschen die Kleidung vom Leib. Aus nächster Nähe trafen die Strahlen die Menschen auf die bloße Haut.“²⁰⁸

Das *Neue Deutschland* beschrieb die Auseinandersetzungen in einem ähnlichen Stil:

„Unter Einsatz von Tränengas, Dutzenden von Hochdruckwasserwerfern, über hundert zum Teil gepanzerten Fahrzeugen und Schlagstöcken veranstaltete die von ehemaligen SS- und Gestapooffizieren kommandierte Knüppelgarde ein wahres Massaker.“²⁰⁹

206 *Neues Deutschland*, „Nur ein Irrer?“, 15. April 1968, S. 3.

207 Knabe 1999, S. 220.

208 *Junge Welt*, „Lebende Mauer gegen Springer“, 13. April 1968, S. 2.

209 *Neues Deutschland*, „Westberliner Blut-Ostern“, 15. April 1968, S. 3.

Den unbewaffneten Studenten wurden die hochgerüsteten Polizeieinheiten gegenübergestellt. Dies sollte das Mitgefühl der Leser für die Protestierenden wecken. Von gewalttätigen Aktionen der Studenten berichtete einzig die *Junge Welt* ganz knapp in zwei Artikeln:

„Bei der Protestaktion wurden von der tieferregten Menge Steine in die Scheiben der Springer-Druckerei geworfen. Auslieferungswagen gingen in Flammen auf.“²¹⁰

Die FDJ-Zeitung beschrieb den Sachverhalt in einem neutralen Ton. Angesichts der Beschreibung des brutalen Polizeieinsatzes erschien die Reaktion der Studenten nachvollziehbar.

Die Berichte erinnerten teilweise an einen Bürgerkrieg, so war von einem „Heerlager“²¹¹, einer „Bürgerkriegsarmee“²¹², „bürgerkriegsähnlichen Zuständen“²¹³, einer „wie SS wütenden Notstandstruppe“²¹⁴, „Massen-Massakern“²¹⁵ und einer „wütenden Soldateska“²¹⁶ die Rede.

Eine offizielle Argumentationsanweisung der Agitationsabteilung lag den Redaktionen der untersuchten Tageszeitungen erst am 15. April 1968 vor. Jedoch befand sich die Berichterstattung der zwei vorangegangenen Tage ganz auf der Linie der Argumentation der SED. Der Leiter der Agitationsabteilung Lamberz wies das *Neue Deutschland*, die *Junge Welt* und andere Zeitungen sowie Fernsehen und Rundfunk an:

„Die jetzt entstandene Situation, die durch eine der seit Bestehen der westdeutschen Bundesrepublik bedeutendsten und größten Klassenauseinandersetzungen geprägt ist, muß in Presse, Rundfunk und Fernsehen erstrangige Beachtung finden.“²¹⁷

Die Anweisung bewertete das Geschehen in Westberlin und Westdeutschland, gemäß der marxistisch-leninistischen Theorie, als eine Klassenaus-

210 *Junge Welt*, „Neue Blutschuld des Frontstadt-Senats“, 13. April 1968, S. 3.

211 *Junge Welt*, „Eine Front gegen den Notstand“, 15. April 1968, S. 3.

212 *Junge Welt*, „Otto Brenner warnt Bonner Regierung“, 16. April 1968, S. 2.

213 Ebd.

214 *Junge Welt*, „Notstands-Schlachtfeld Westberlin“, 16. April 1968, S. 6.

215 *Junge Welt*, „Eine Front gegen den Notstand“, 15. April 1968, S. 3.

216 *Neues Deutschland*, „Westberliner Blut-Ostern“, 15. April 1968, S. 3.

217 SAPMO DY/30/IV A 2/9.02/56

einandersetzung und nicht als das Aufbegehren der Jugend gegen die ältere Generation. Bis zum Ende April 1968 war das Attentat auf Rudi Dutschke und die darauf folgenden Ereignisse das Hauptthema der untersuchten Tageszeitungen. Aber auch das *Forum* brachte die Nachricht in einer für die Zeitung ungewöhnlichen Form auf der Titelseite des 2. Aprilheftes 1968:

„Rudi Dutschke zusammengeschossen, Arbeiter und Studenten zu Hunderten blutig geschlagen. Den kämpfenden Antifaschisten des Westens gehört unsere ganze Solidarität!“²¹⁸

Die Zeitung setze sich zwar auch mit aktuelleren Themen auseinander, brachte jedoch ansonsten keine Schlagzeilen im Stile einer Tageszeitung. Dies zeigt die Bedeutung, die den Schüssen auf Dutschke beigemessen wurde.

Die Anleitung der Agitationsabteilung gab auch die Art und Weise der Berichterstattung vor. Die Ereignisse in Westberlin und Westdeutschland sollten so beschrieben werden, dass sie

„das Erregende, das politisch äußerst Bedeutsame dessen atmen, was in Westdeutschland und Westberlin gegenwärtig vor sich geht“²¹⁹.

Ähnlich wie in der Berichterstattung nach dem Tod Benno Ohnesorgs verwendeten die Redakteure der Tageszeitungen viele Zeugenaussagen und Korrespondentenberichte, um die Artikel so interessant und lebendig wie möglich zu gestalten.

Ein Charakteristikum der Berichterstattung über die Studentenunruhen war die Verbindung der Schilderung von aktuellen Ereignissen mit der allgemeinen Ideologie der DDR. Im Zusammenhang mit dem Attentat auf Rudi Dutschke sollte dies noch verstärkt werden:

„Unter Anwendung vieler guter Formen, die in den letzten Tagen genutzt wurden, ist eine Arbeit zu entwickeln, [...] die die aktuellen Geschehnisse maximal ausnutzt, um ideenreich die Grundfragen zu veranschaulichen und die prinzipiellen Zusammenhänge sichtbar zu machen.“²²⁰

218 *Forum* 8/68, keine Überschrift, 2. Aprilheft, S. 1.

219 SAPMO DY/30/IV A 2/9.02/56

220 SAPMO DY/30/IV A 2/9.02/56

Die SED-Medienfunktionäre nutzten die Berichterstattung, um in einem anderen Kontext die bereits bekannten Argumente gegen die Bundesrepublik vorbringen zu können. Die untersuchten Berichte über das Attentat auf Rudi Dutschke stellten vor allem den repressiven und faschistischen Charakter des Bonner Staates in den Vordergrund.

Die *Junge Welt* berichtete in ihrer Ausgabe vom 15. April 1968 davon, dass die Bildung einer „Aktionseinheit der demokratischen außerparlamentarischen Opposition gegen den staatlich sanktionierten Terror von rechts“²²¹ notwendig sei. Das *Neue Deutschland* verkündete am gleichen Tag bereits das Entstehen dieser Aktionseinheit:

„Rund 2000 im Auditorium maximum der Westberliner Technischen Universität versammelte Arbeiter, Studenten und Schüler konstituierten am Sonnabend ein antifaschistisches Einheitsfrontkomitee, das als ‚Aktionskomitee der Arbeiter, Schüler und Studenten‘ die Protestaktionen der demokratischen Opposition bis zum 1. Mai planen und lenken soll.“²²²

Durch die Umbenennung des „Aktionskomitees“ in „antifaschistisches Einheitsfrontkomitee“ durch die SED-Zeitung wertete sie die Gruppierung auf, indem sie ihr eine viel umfassendere Aufgabe als die Planung der Aktionen bis zum 1. Mai zusprachen.

Ähnlich wie beim Tod Benno Ohnesorgs fanden auch nach dem Attentat auf Rudi Dutschke Solidarisierungserklärungen, vor allem von der FDJ, breiten Raum in den untersuchten Zeitungen:

„Sofort nach Bekanntwerden des Mordanschlages auf Rudi Dutschke sandte der Zentralrat der Freien Deutschen Jugend an den Landesvorstand des SDS von Westberlin folgendes Telegramm: ‚Liebe Genossen! Sind zutiefst empört über Mordanschlag auf Rudi Dutschke. Stehen an Eurer Seite. Erklären unsere sozialistische Solidarität mit Eurem gerechtem Kampf gegen die neonazistische Reaktion.‘“²²³

Der wiederholten Solidarisierung lagen zwei Hauptmotive zu Grunde. Zum einen versuchte die SED-Regierung die Proteste zu unterstützen. Die finan-

221 *Junge Welt*, „Eine Welle von machtvollen Protestaktionen“, 15. April 1968, S. 1.

222 *Neue Deutschland*, „Antifaschistische Einheitsfront in Westberlin gebildet“, 15. April 1968, S. 1.

223 *Junge Welt*, „FDJ solidarisch im Kampf gegen die Mord-Reaktion“, 15. April 1968, S. 3.

zielle und personelle Unterstützung ist zum großen Teil erst nach der Öffnung der Archive, vor allem denen der Staatssicherheit, publik geworden. Zum anderen, und darin lag der wesentlich wichtigere Aspekt, sollte der eigenen Bevölkerung, insbesondere der Jugend signalisiert werden, dass die Partei an der Seite der rebellierenden Studenten stehe und es in der DDR keinerlei Anlass zu ähnlichen Protesten gegen die Regierung oder das System gäbe. Um dies noch zu unterstützen, hob die untersuchte Presse positive Stimmen der Studenten gegenüber der DDR stets hervor. In fast allen Berichten über die Osterdemonstrationen wurde das Mitführen der roten Fahne als das Symbol des Sozialismus ausdrücklich betont und als eine positive Einstellung der Studentenbewegung gegenüber der DDR ausgelegt:

„Im Anschluß an die Kundgebung zogen die Demonstranten durch die Innenstadt. Auffallend war die große Zahl roter Fahnen. Die Demonstranten setzten sich u.a. für die ‚Anerkennung des Phänomens DDR‘ ein.“²²⁴

Die Bezeichnung „Phänomen DDR“ stammte von Kiesinger, der die Begriffe „Deutsche Demokratische Republik“ oder „DDR“ mied, um die DDR dadurch nicht zu einem Staat aufzuwerten.²²⁵

In der Berichterstattung seit dem 13. April 1968 war immer wieder die Rede von Rudi Dutschke. Auffällig ist jedoch, dass die Leser in der untersuchten Tagespresse nur erfuhren, dass er SDS-Mitglied und Studentenfürher war. Weitere Angaben zu seiner Person oder seinen politischen Zielen wurden nicht veröffentlicht. Auch vor dem Attentat wurde Dutschke in der Vielzahl der Berichte über die Studentenbewegung nur zweimal im *Neuen Deutschland*²²⁶ und einmal im *Forum*²²⁷ in einem unbedeutenden Zusammenhang erwähnt. In der *Jungen Welt* tauchte sein Name am 13. April 1968 das erste Mal auf. Zum einen kam Rudi Dutschke aus der DDR und war kurz vor dem Mauerbau nach Westberlin gezogen. Zum anderen standen seine Vorstellungen vom Sozialismus denen der SED so diametral gegenüber, dass sie nicht

224 *Junge Welt*, „Ostermarsch im Zeichen des Protests“, 15. April 1968, S. 2.

225 Potthoff, Heinrich: *Im Schatten der Mauer, Deutschlandpolitik 1961–1990*, Berlin 1999, S. 57.

226 *Neues Deutschland*, „Sprechchöre gegen Schütz: ‚Anerkennen! Anerkennen!‘“, 21. Dezember 1967, S. 7; *Neues Deutschland*, „Rufmordkampagne gegen demokratische Opposition“, 22. Dezember 1967, S. 7.

227 *Forum* 5/68, „Jürgen Wohlrabe Exemplarischer Faschist“, 1. Märzheft 1968, S.6.

in deren Argumentationslinien eingepasst werden konnten. Über das Attentat berichteten die westlichen Funkmedien ausführlich. Somit musste sich auch die DDR-Presse dazu äußern, wenn sie nicht Misstrauen in der Bevölkerung erwecken wollte. Außerdem ließ sich das Attentat eines rechtsradikalen Täters auf einen sozialistischen Studentenführer auch sehr gut in die Argumentationslinien einpassen. Nach dem Abklingen der Berichterstattung über das Attentat und der daraus folgenden Demonstrationen gegen Ende April 1968 wurde die weitere Genesung Dutschkes nur noch einmal am 11. Juni 1968 in der FDJ-Zeitung *Junge Welt* in einer Kurznachricht erwähnt.²²⁸ Dies zeigt nochmals deutlich, dass er nur solange Erwähnung fand, wie er für die SED dienlich war.

Dabei lassen sich mehrere Aspekte ausmachen, die im Zusammenhang mit dem Attentat und den Osterunruhen immer wiederholt wurden: Der Hinweis auf die Notstandsgesetze, die Betonung des repressiven Charakters der Staatsmacht, die sich abzeichnende ‚Refaschistisierung‘ und das hoffnungsvolle Zeichen des Zusammengehens der unterschiedlichen demokratischen Kräfte zur antifaschistischen Einheitsfront. Auch in den Berichterstattungen über die Demonstrationen gegen die Notstandsgesetze und die Staatsmacht verwandten die Redakteure diese Argumente immer wieder.

8.4 „Vom Kampf für Freiheit und Demokratie im Bonner Staat“– Demonstrationen gegen die Notstandsgesetze und die Staatsmacht (April 1968 - November 1968)

Mit den Artikeln über die Demonstrationen zum 1. Mai 1968 ebte die Berichterstattung ab, die sich noch auf das Attentat auf Rudi Dutschke bezog. In den Vordergrund rückte noch mal der Kampf gegen die Notstandsgesetze, die am 30. Mai 1968 endgültig im Bundestag verabschiedet werden sollten. Auf die für den 11. Mai 1968 in Bonn geplante Großdemonstration des Kuratoriums „Notstand der Demokratie“ wiesen sowohl das *Neue Deutschland* als auch die *Junge Welt* hin. Die SED unterstützte den Sternmarsch nicht nur in ihrer Berichterstattung, sondern stellte auch dem SDS einen Sonderzug nach Bonn zur Verfügung.²²⁹ Am 12. Mai 1968 informierte die SED-Zei-

228 *Junge Welt*, „Rudi Dutschke aus dem Krankenhaus entlassen“, 11. Juni 1968, S. 2.

229 Knabe 1999, S. 203.

tung *Neues Deutschland* auf der Titelseite von den Demonstrationen in Bonn:

„80 000 Notstandsgegner aus ganz Westdeutschland und aus Westberlin demonstrierten am Sonnabend mit ihrem machtvollen Marsch auf Bonn gegen die Regierung Kiesinger/Strauß, die die Diktaturvollmachten zum Verfassungsgesetz erheben will.“²³⁰

Die SED-Zeitung nutzte die Berichterstattung über die letzte Großdemonstration gegen die Notstandsgesetze, um nochmals auf die Gefahr aufmerksam machen zu können, die von diesen ausgehe. Der Redakteur unterstellte der Bundesregierung, dass es ihr um die Erlangung von „Diktaturvollmachten“ gehen würde. Auf der kompletten dritten Seite druckte die SED-Zeitung Fotos vom Sternmarsch ab. Besonders ins Auge fällt dabei das Bild von älteren Männern, die ihre gestreifte KZ-Kleidung trugen. Die SED-Zeitung kommentierte diese Bilder nicht weiter, aber aus der *Jungen Welt* erfuhr der Leser:

„An bittere Lehren der Geschichte erinnerten 100 Mitglieder der VVN²³¹ in ihrer Häftlingskleidung. 1933 kämpften sie gegen den Hitler-Faschismus, 1968 Kampf gegen Bonns Diktaturpläne.“²³²

Die FDJ-Zeitung suggerierte, dass sich die Bundesrepublik an dem gleichen Punkt befände wie die Weimarer Republik 1933. Die Verabschiedung der Notstandsgesetze führe in die Diktatur. Diese überspitzte Darstellung sollte bei den Lesern Furcht und Abscheu gegenüber denjenigen hervorrufen, die die Gesetze verabschiedeten. Die Bundesrepublik galt vielen DDR-Bürgern als der freiere deutsche Staat. Ohne darauf explizit einzugehen, sollte die Berichterstattung über die Notstandsgesetze dies widerlegen.

Unter der Seitenüberschrift „Vom Kampf für Freiheit und Demokratie“²³³ druckte das *Neue Deutschland* internationale Kommentare zu den Notstandsgesetzen ab, die sich alle gegen die Gesetze wandten. Es sollte damit

230 *Neues Deutschland*, „80 000 in Bonn beim Sternmarsch gegen Notstand“, 12. Mai 1968, S. 1.

231 Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes.

232 *Junge Welt*, „Sternmarsch der 80 000“, 14. Mai 1968, S. 6.

233 *Neues Deutschland*, „Vom Kampf für Freiheit und Demokratie im Bonner Staat“, 31. Mai 1968, S. 6.

verdeutlicht werden, dass sich die Bundesrepublik mit der Verabschiedung der Notstandsgesetze isoliere.

Die Artikel über die Notstandsgesetze waren zugleich für das kommende Vierteljahr die letzten, die über die Studentenbewegung berichteten. Von Mitte August bis Anfang November enthielten die untersuchten Tageszeitungen keine Artikel mehr über die Studentendemonstrationen in Westberlin und Westdeutschland. Einzige Ausnahme bildeten zwei Kurznachrichten im *Neuen Deutschland*, die sich mit Prozessen gegen Studenten und Demonstrationen auf der Frankfurter Buchmesse beschäftigten.²³⁴ Am 21. August 1968 marschierten die Staaten des Warschauer Paktes in Prag ein und schlugen damit die reformsozialistischen Bewegungen nieder. Die Presse der DDR erhielt die Anweisung, die Berichterstattung so zu gestalten, dass sie den Bürgern Ruhe und Sicherheit vermittele.²³⁵ Die SED befürchtete, dass Berichte über westdeutsche Studentenunruhen die eigenen Jugendlichen zu ähnlichem Vorgehen animieren könnten. Zumal die Darstellung der Studentenproteste noch dadurch wesentlich erschwert wurde, dass sich viele der Demonstranten solidarisch mit den Prager Reformsozialisten zeigten und das Vorgehen der Warschauer-Pakt-Staaten verurteilten. Eine genaue Analyse erfolgt in Kapitel 9.8.

Die Berichterstattung über die Studentenproteste in den untersuchten Tageszeitungen, die nach dem Einmarsch in Prag im November 1968 wieder einsetzte, unterschied sich nicht von der vor dem 21. August 1968. Am 6. November 1968 berichteten sowohl das *Neue Deutschland* als auch die *Junge Welt* von den Demonstrationen gegen das Ehrengerichtsverfahren gegen Host Mahler. Diesem sollte die Zulassung als Anwalt entzogen werden, da er durch seine Teilnahme an den Anti-Springer-Demonstrationen im April 1968 die Standesehre verletzt hätte.²³⁶ Im Mittelpunkt der Berichterstattung stand jedoch nicht der Prozess, sondern das Vorgehen der Polizei gegen die Demonstranten. So berichtete das *Neue Deutschland* unter der Überschrift „Grausam und barbarisch gegen Studentenprotest“:

„Mit beispielloser Brutalität und unter Einsatz ‚neuer Kampfmittel‘ ging ein riesiges Aufgebot Westberliner Polizisten am Montag gegen

234 *Neues Deutschland*, „Polizeiterror zur Frankfurter Buchmesse“, 24. September 1968, S. 1, *Neues Deutschland*, „Prozesse gegen Studenten“, 18. September 1968, S. 7.

235 SAPMO DY/30/IV A 2/9.02/56

236 Görlich 2002, S. 253.

rund 1000 Studenten und Jugendliche vor, die vor dem Charlottenburger Landgericht gegen ein sogenanntes Ehrengerichtsverfahren protestieren wollten, das gegen den Studentenanwalt Horst Mahler angestrengt worden war.“²³⁷

Weiterhin berichtete die *Junge Welt*:

„Ziel der Prügelhelden: der bisher brutalste Terroreinsatz gegen die Jugendlichen. Selbst einigen westlichen Blättern war das zuviel. Die ‚Frankfurter Allgemeine‘ gab gestern die Äußerungen eines Polizeioffiziers wieder, der auf eine Beschwerde über die mit Pflastersteinen werfenden ‚Ordnungshüter‘ kaltschnäuzig antwortete: ‚Was sollen wir denn machen? In der Weimarer Zeit wäre längst geschossen worden. Der Wasserwerfer vorn war leergespritzt.‘“²³⁸

Durch den ungenauen Hinweis auf die „neuen Kampfmittel“, die zum Einsatz gekommen wären und die Bewertung des Polizeieinsatzes als „Terroreinsatz“ betonte der Redakteur das brutale Vorgehen der Polizei. Der Hinweis auf die „westlichen Blätter“ und die Wiedergabe eines Ausschnitts aus der Frankfurter Zeitung, die ansonsten als ‚Regierungs-Organ‘ bezeichnet wurde, sollte diese Darstellung noch aus westlicher Sicht untermauern.

Die Osterunruhen stellten zwar den Höhepunkt der Studentenbewegung dar, die Konfrontationen zwischen den Studenten und der Polizei anlässlich des Prozesses gegen Mahler waren jedoch die gewalttätigsten Auseinandersetzungen des Untersuchungszeitraums. Allerdings ging die Gewalt in erster Linie von den Studenten und nicht von der Polizei aus.²³⁹ Der Redakteur des *Neue Deutschlands* stellte in dem Bericht jedoch eindeutig klar, wer seiner Meinung nach für die Eskalation verantwortlich war:

„Ein junges Mädchen wurde von den Polizisten in eine Seitenstraße dreihundert Meter weit verfolgt und dann niedergeschlagen. Ein Polizist äußerte dabei: ‚Denen müßte man allen eins über den Kopf schlagen!‘ Die Demonstranten nahmen den Terror nicht widerstandslos hin. Sie setzten sich zur Wehr. Das vervielfachte noch die Wut und den Haß der Büttel. Sie griffen zu Pflastersteinen. Die ganze Luft war

237 *Neues Deutschland*, „Grausam und barbarisch gegen Studentenprotest“, 6. November 1968, S. 6.

238 *Junge Welt*, „Terror in Westberlin“, 7. November 1968, S. 6.

239 Koenen 2001, S. 138.

erfüllt von beißenden Gasen und dunklen Schwaden von Rauchbomben.“²⁴⁰

Geradezu beiläufig schrieb der Redakteur von der ‚Gegenwehr‘ der Studenten. An diesem Beispiel wird nochmals deutlich, dass die untersuchte Presse so über die Dinge berichtete, dass sie sich in ihre Argumentationslinien einpassen ließen.

In der Berichterstattung über die Demonstrationen gegen die Notstandsgesetze und das Vorgehen der Staatsmacht lassen sich zwei Konstanten ausmachen, die bereits für die vorangegangene Berichterstattung über die Studentenbewegung beschrieben wurden: Die Notstandsgesetze wurden als ein weiterer Schritt der Bundesrepublik hin zu einer Diktatur beschrieben. Außerdem hob die Berichterstattung über die Konfrontation zwischen Studenten und der Staatsmacht den repressiven Charakter des bundesdeutschen Systems hervor.

Bereits seit den Osterunruhen zeichnete sich deutlich ab, dass die Bewegung langsam verebbte und sich die Studentenorganisationen immer mehr in sektiererische Kleinkämpfe verstrickten. So nahm auch die Berichterstattung in der untersuchten Presse in den kommenden Monaten immer weiter ab. Im Vordergrund der Berichterstattung des *Neuen Deutschlands* und der *Jungen Welt* standen nun die Prozesse, die gegen die Studenten angestrebt wurden, die sich an den gewalttätigen Auseinandersetzungen beteiligt hatten.

8.5 „Prozesse, Prozesse und kein Ende“ – Das Vorgehen der Justiz gegen die rebellierenden Studenten (November 1968 - November 1969)

Spätestens seit dem Herbst 1968 nahmen die Demonstrationen der Studenten beständig ab. Daher konnte die untersuchte Presse nur noch seltener über aktuelle Ereignisse berichten; die Artikel über die Studentenbewegung nahmen bereits seit den Osterunruhen kontinuierlich ab. Die Artikel über die Auseinandersetzungen der Studenten mit der Staatsmacht, die vor allem das Vorgehen der Polizei in den Mittelpunkt rückten, sollten den repressiven Charakter der Bundesrepublik aufzeigen. Um weiterhin die Studentenbewegung zur Verdeutlichung dieses Aspektes nutzen zu können, gingen die Redakteure dazu über, ausführlich über die Justizverfahren gegen protestie-

240 *Junge Welt*, „Terror in Westberlin“, 7. November 1968, S. 6.

rende Studenten zu berichten. Dies bot ihnen auch die Möglichkeit, nochmals über die Anlässe für die Verurteilungen zu berichten.

Das *Forum* wertete die Prozesse gegen die Studenten als die Fortführung der Aggressivität der Polizei mit anderen Mitteln:

„Vor Monaten kam den jungen Leuten der Polizeiknüppel über den Kopf, jetzt tritt ihnen die Brutalität in schwarzen Roben entgegen.“²⁴¹

Das *Neue Deutschland* und die *Junge Welt* hoben besonders den Umfang der Prozesse hervor. Die SED-Zeitung berichtete am 12. Dezember 1968 unter der Überschrift „Prozesse, Prozesse und kein Ende“²⁴² von 2000 Angeklagten:

„Eine Lawine von Prozessen rollt über Westdeutschland, die Recht und Verfassung in den Boden stampfen. Auf etwa 2000 wird die Zahl der Studenten und Schüler geschätzt, die in diesen Wochen vor den Richter geschleppt werden.“

Drei Monate später berichtete die *Junge Welt* bereits von über 3000 Angeklagten:

„Eine alarmierende Tatsache kennzeichnet das Bild des Bonner Staates 1969: Gegen 3000 westdeutsche Bürger, die von ihrem Recht auf politische Willensbekundung im Geiste des Friedens, der Demokratie und des Fortschritts Gebrauch machten, wollen das Bonner Innenministerium und das Justizministerium gerichtliche Strafverfahren durchführen!“²⁴³

Die Studenten wurden durchgängig positiv konnotiert und als Kämpfer für die ‚gerechte Sache‘, dargestellt. Im deutlichen Kontrast dazu wurden die juristischen Organe der Bundesrepublik beschrieben. Sie seien auf die Unterdrückung der Protestierenden aus und nicht an gerechten Verfahren interessiert.

Einzig das *Forum* berichtete im zweiten Novemberheft 1968 von einem Prozess, der in der Bundesrepublik für großes Aufsehen sorgte. Am 2. April 1968 legten die späteren RAF-Mitglieder Gudrun Ensslin und Andreas Bader sowie Thorwald Proll und Horst Söhnlein Brandsätze in zwei Frankfurter

241 *Forum* 22/68, „Viel Kriegslust – wenig Gerechtigkeit“, 2. Novemberheft 1968, S. 12.

242 *Neues Deutschland*, „Prozesse, Prozesse und keine Ende“, 12. Dezember 1968, S. 2.

243 *Junge Welt*, „Das Jahr 1968 in Bonn: Terror gegen die Jugend“, 6. Februar 1969, S. 6.

Kaufhäusern aus, die nach Ladenschuss explodierten und einen Sachschaden verursachten.²⁴⁴ Der Bericht der Studentenzeitschrift stellte Gudrun Ensslin in den Vordergrund, die als „Pfarrerstochter, ehemalige SP-Wahlhelferin, Anti-Kriegsdemonstrantin und Mutter eines kleinen Sohnes“²⁴⁵ sympathisch und nicht als Brandstifterin dargestellt wurde. Das Verfahren gegen die „vier jungen Intellektuellen“ wertete der Redakteur als einen Auftakt zum Kampf gegen den SDS:

„Mit dem Prozeß wollten die Bonner Herren offenbar eine Pogromstimmung gegen den SDS schaffen, indem sie Diskussionen innerhalb des SDS über geeignete Kampfmethoden ausnutzten und die jungen Oppositionellen als kriminell abstempelten.“²⁴⁶

Deutlich werden hier nochmals die Bemühungen, die Studenten als positive Kräfte gegen einen gewaltsamen Staat darzustellen. Der Akt der Brandstiftung, der auch in der DDR strafbar gewesen wäre, wurde nur am Rande erwähnt. Die Studentenzeitschrift deutete die Ereignisse um und stellte die „Bonner Herren“ als Täter dar, die die Prozesse nur anstreben würden, um dem SDS einen Schaden zuzufügen.

Alle drei untersuchten Presseorgane berichteten von Prozessen in den unterschiedlichsten Städten Westdeutschlands. Damit sollte verdeutlicht werden, dass es sich nicht um ein Einzelurteil handele, sondern dass die Justiz der Bundesrepublik generell so verfare. Das *Neue Deutschland* wies noch darauf hin, dass die Urteile „zum Teil von Justizbeamten, die schon in der Nazizeit Terrorrichter gegen Antifaschisten waren“²⁴⁷, gefällt wurden. Auch die Prozesse gegen die Studenten nutzten die SED-Medienfunktionäre, um eine Kontinuität zwischen dem Nationalsozialismus und der Bundesrepublik herzustellen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass auch die Berichterstattung über die Prozesse gegen die Demonstranten in die Argumentationslinien der SED eingepasst wurden: Die untersuchte Presse stellte das Justizsystem der Bundesrepublik als repressiv und potentiell faschistisch dar.

244 Aust, Stefan: Der Baader-Meinhof-Komplex, München, 1989, S. 68ff.

245 *Forum* 22/68, „Viel Kriegslust – wenig Gerechtigkeit“, 2. Novemberheft 1968, S. 12.

246 *Forum* 22/68, „Viel Kriegslust – wenig Gerechtigkeit“, 2. Novemberheft 1968, S. 12.

247 *Neues Deutschland*, „Prozesswelle rollt gegen Studenten“, 22. Dezember 1968, S. 7.

Nur ein Aspekt, der die Berichterstattung über die Studentenunruhen bis Ende Mai 1968 dominierte, wurde fast nicht mehr erwähnt: Die Notstandsgesetze.

9 Die Darstellung der studentischen Proteste im *Neuen Deutschland*, in der *Jungen Welt* und im *Forum* – Thematischer Überblick

9.1 „Komplott gegen Volk und Frieden“ – Die Auseinandersetzungen um die Notstandsgesetze

Die Agitation gegen die Notstandsgesetze zog sich bis zur Verabschiedung der Gesetze am 30. Mai 1968 durch die gesamte Berichterstattung über die Studentenunruhen. Die Redakteure ordneten die Geschehnisse in Westberlin oder Westdeutschland in die allgemeine Argumentation gegen die Gesetze ein. Benno Ohnesorg galt in der untersuchten Presse als das erste „Notstandsopfer“, der „zur Mahnung an alle geworden“²⁴⁸ sei. Die Ereignisse am 2. Juni 1967 wertete die untersuchte Presse als eine „Notstandsübung“:

„Heute heißt es Notstandspolitik. Der Mord an Benno Ohnesorg, die brutale Niederknüppelung und Verhaftung zahlreicher Studenten in Westberlin ist die Probe der Gewalt, die von der Kapitalistenklasse für die brutale Anwendung der kommenden Notstandsdictatur gewünscht wird.“²⁴⁹

Die Verwendung des Begriffs „Notstandsdictatur“ weist auf ein Argument hin, das im Folgenden immer wieder Verwendung fand: Die Gesetze würden allein der Unterdrückung der Menschen in der Bundesrepublik dienen und damit gleichzeitig zur Sicherung der Macht der ‚herrschenden Klasse‘ beitragen. Zur Untermauerung der Argumentation der „Notstandsübung“ zitierte das *Neue Deutschland* den Marburger Professor Abendroth²⁵⁰:

„An den Westberlinern ist der Notstand probiert worden. Hier wurde vorweggenommen, was uns allen droht, wenn die große Koalition in Bonn die Notstandsverfassung in Kraft setzt. Was würden die Leute, die ihre Sporen im dritten Reich verdient haben, mit dieser Not-

248 *Junge Welt*, „Das erste Notstandsopfer“, 14. Juni 1967, S. 4.

249 *Junge Welt*, „Ermordet von der deutschen Bourgeoisie“, 6. Juni 1967, S. 1.

250 Professor für Politikwissenschaften an der Universität Marburg. Abendroth war bekennender Marxist und unterhielt enge Kontakte zur SED. Siehe Knabe 1999, S. 203.

standsverfassung anfangen.’ Er zog dabei unter dem Beifall des Auditoriums den Vergleich mit den griechischen Zuständen.“²⁵¹

Das Zitat eines vermeintlich neutralen westlichen Professors sollte der Berichterstattung zusätzlich Glaubwürdigkeit verleihen. Die Verknüpfung des Todes Ohnesorgs mit den Notstandsgesetzen, die bis dahin für viele eine rein juristische Angelegenheit waren, ließ diese als eine konkrete Bedrohung erscheinen. Unter dem Hinweis auf die „griechischen Zustände“²⁵² warnte auch das *Neue Deutschland* vor den Folgen der Gesetze:

„Die Errichtung der brutalen Militärdiktatur in Griechenland ist eine ernste Warnung für alle Bundesbürger. Notstandsverfassung und Notstandsgesetze – das bedeutet: Beseitigung des Grundgesetzes; diktatorische Vollmachten für die Regierung und das Militär; Vernichtung der demokratischen Bürgerrechte; Außerkraftsetzung der Rechte der Länder und Gemeinden; Militarisierung des Alltagslebens; Zwangsverpflichtung der Bürger von 18 bis 43 Jahren; Beseitigung des Koalitions- und Streikrechts; Einsatz von Polizei und Militär gegen streikende Arbeiter und für ihre Rechte demonstrierende Bürger und Studenten.“²⁵³

Die SED-Zeitung erweckte durch ihre Berichterstattung den Eindruck, dass die aufgezählten möglichen Konsequenzen aus den Gesetzen gleich nach dem Inkrafttreten eintreffen würden. Dass dies nur im Falle eines vom Bundestag beschlossenen Notstandes möglich sei und wahrscheinlich auch nur einzelne Maßnahmen umgesetzt werden würden, erwähnte der Redakteur nicht. Die Gesetze mussten den Lesern als eine ernste Bedrohung für die Bürger der Bundesrepublik erscheinen. Die Sympathie sollte denjenigen gehören, die sich gegen diese Gesetze aussprachen.

In den Tagen vor und nach der ersten Lesung der Notstandsgesetze am 28. Juni 1968 verstärkten die untersuchten Tageszeitungen nochmals ihre Berichterstattung über die zu beschließenden Gesetze, wie dies die Abteilung Agitation vom 26. Juni 1968 angewiesen hatte:

251 *Neues Deutschland*, „Schließen wir uns mit den Arbeitern zusammen“, 11. Juni 1967, S. 8.

252 1965 kam es in Griechenland zu einer schweren innenpolitischen Krise als König Konstantin II. der linksgerichteten Regierung Papandreou Maßnahmen gegen eine Offiziersverschwörung verweigerte. Die Regierung Papandreou trat zurück. Da Konstantin II. auch Neuwahlen verweigerte, spitzte sich die Krise noch weiter zu. Im April 1967 putschten sich die griechischen Obristen unter Papadopoulos an die Macht.

253 *Neues Deutschland*, „Notstandsverfassung muß verhindert werden“, 13. Juni 1967, S. 6.

„In dieser Woche muß der Berichterstattung über den Kampf gegen die Notstandsgesetzgebung besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden.“²⁵⁴

Unter der Überschrift „Komplott gegen Volk und Frieden“ berichtete das *Neue Deutschland* am Tag nach der ersten Lesung der Gesetze über die bisherige Entstehungsgeschichte. Die Bundesrepublik wurde dabei als ein faschistischer Staat charakterisiert und zur sprachlichen Verdeutlichung bezeichnete die SED-Zeitung die Gesetze als „Ermächtigungsgesetze“ und lieferte folgende Begründung:

„Nach dem Schröder-Entwurf von 1960, dem Höcherl-Entwurf von 1963 und der sogenannten Benda-Vorlage von 1965 wird der vierte Vorstoß unternommen, um die Vollmachten für ein Ermächtigungsgesetz durch das Parlament sanktionieren zu lassen, für ein Gesetz, das deutliche Parallelen zu jenem berüchtigten Ermächtigungsgesetz aufweist, das Hitler Tür und Tor öffnete, um mit brutalem Terror die Demokratie in Deutschland restlos zu beseitigen und den Weg für den Krieg frei zu machen.“²⁵⁵

Der letzte Satz machte erstmals auf eine Argumentation aufmerksam, die in den kommenden Monaten immer wieder angeführt wurde: Die Gesetze sollten für Ruhe im Inneren sorgen, damit eine Expansion nach außen möglich sei. Die Notstandsgesetze dienten somit – auch wenn dies nicht immer explizit erwähnt wurde – auch der Charakterisierung der Bundesrepublik als ein expansionistischer und revanchistischer Staat. Am 7. Juni 1967 hieß es dazu im *Neuen Deutschland*:

„Mit Hilfe der Notstandsverfassung will sich Bonn die innenpolitische Friedhofsruhe verschaffen, die es zur Absicherung seine Expansionspläne nach außen braucht.“²⁵⁶

Am 30. Oktober 1967 forderte die Abteilung Agitation nochmals zur verstärkten Berichterstattung über die Notstandsgesetze auf und gab die Argumentation vor:

„Die Grundfrage besteht dabei darin, die gesamte Auseinandersetzung vom Standpunkt der notwendigen prinzipiellen Ablehnung jeg-

254 SAPMO DY/30/IV A 2/9.02

255 *Neues Deutschland*, „Komplott gegen Volk und Frieden“, 29. Juni 1967, S. 6.

256 *Neues Deutschland*, „Der Volkswille wurde vergewaltigt“, 7. Juni 1967, S. 6.

licher Notstandsgesetze zu führen und zu helfen, die Antinotstandsbewegung zielstrebig in dieser Richtung zu entwickeln. Das verlangt, daß wir in unserer Argumentation bis zu den gesellschaftlichen Machtverhältnissen vordringen und überzeugend den Gesamtzusammenhang der Notstandsgesetzgebung mit der Expansionspolitik nach innen und außen enthüllen.“²⁵⁷

In der Diskussion um die Notstandsgesetze konnte die SPD Änderungsvorschläge durchsetzen.²⁵⁸ Die SED-Medienfunktionäre blieben jedoch bei ihrer konsequenten Ablehnung der Gesetze. Die Diskussionen und die Veränderungen wurden in der untersuchten Presse nicht dargestellt. Im Vordergrund stand weiterhin die Bedrohung, die von den Gesetzen ausgehe. Den in der Argumentation angesprochenen „Gesamtzusammenhang“ von Innen- und Außenpolitik spitzte das *Neue Deutschland* in einem Artikel über den Freispruch des Polizisten Kurras noch weiter zu und konstruierte eine Kontinuität der Bundesrepublik mit dem Wilhelminischen Reich und dem Nationalsozialismus:

„Wilhelm II. unterdrückte erst die Sozialisten ‚per Blutbad‘ – dann begann er den Krieg nach außen. Hitler verwandelte ganz Deutschland in ein KZ – dann überfiel er andere Völker. Im Interesse der gleichen Expansionspolitik soll jetzt in Westdeutschland und Westberlin ‚Ordnung im Inneren‘ geschaffen werden.“²⁵⁹

Die Notstandsgesetze waren auch im *Forum* ein Thema, allerdings in einer ganz anderen Form als in den untersuchten Tageszeitungen. Im 2. Februarheft 1968 druckte die Studentenzeitschrift das Gedicht „Der Notstand“ von Volker Braun ab. In der zweiten Strophe wurde deutlich, dass Braun über die Notstandsgesetze der Bundesrepublik schrieb:

„Jetzt ist es soweit, jetzt entscheidet ihrs
Jetzt sauft ihr den Schierling vom Scheck
Oder nicht, jetzt, nicht erst dann, ist Not
Am Geist, an Kraft: laßt ihr die Ohren
Hänge, die Zunge, feig wie Hunde, das Zahl-
Brett vorm Kopf? seht ihr fern
Und nicht weit, am hellen Bundestag

257 SAPMO DY/30/IV A 2/9.02/56

258 Schmidtke 2003, S. 137f.

259 *Neues Deutschland*, „Grundsatzurteil der Notstandsdictatur“, 23. November 1967, S. 7.

Wird jetzt zur Tugend die Not? laßt
 Ihr sie zu und laßt nicht ab
 Von den Kanzlern, die euch abkanzeln
 Diesen Leichenreden von Rache?
 Seid ihr jetzt stumm und gestorben
 Wie dann euer Staub, wie die Maden matt
 In bald eurem Speck, in Massen
 Formiert wie ins große Grab?²⁶⁰

Das Gedicht rief die westdeutsche Bevölkerung zum Widerstand gegen die Notstandsgesetze auf. Durch die Formulierung „Zahl-Brett vorm Kopf“ und die Fragen „seht ihr fern Und nicht weit“ machte Braun auf den Einfluss von Geld und Medien in der Bundesrepublik aufmerksam. Auch der Hinweis auf das politische System der Bundesrepublik, in dem die Menschen „Von den Kanzlern, die euch abkanzeln“ regiert werden, hob den negativen Charakter des anderen Teil Deutschlands hervor. Das Gedicht war nur eines von zehn, die von Volker Braun auf einer Doppelseite abgedruckt wurden. Auch die anderen Gedichte bezogen sich auf aktuelle Themen, z. B. die Große Koalition in Westdeutschland oder auf die Ostermärsche. Volker Braun zählte in der DDR zu den kritischen Intellektuellen, die Anteil an den Vorgängen in Westdeutschland und Westberlin nahmen. Solidarität mit den westdeutschen Demonstranten, wie er sie indirekt in seinen Gedichten ausdrückte, war in der DDR willkommen und passte in die vorgegebene Argumentationsweise. Der Abdruck seines Gedichtes bot dem Studentenblatt die Möglichkeit, das Thema in einer für die Zeitschrift passenden Form zu präsentieren.

Das *Neue Deutschland* berichtete am 22. April 1968 unter der Überschrift „Namenslisten für KZ werden aufgestellt“²⁶¹, dass die in den Osterunruhen aufgenommenen Personendaten dazu dienen würden, im Falle eines Notstandes Aufenthaltsbeschränkungen und gegebenenfalls Arbeitsverpflichtungen verhängen zu können. Im Bericht war vom „KZ“ keine Rede mehr, sondern nur noch von „geräumten Polizeikasernen“, in denen „Rädelsführer“ inhaftiert werden sollten. Die Übersteigerung der Begriffe sollte die Furcht und die Abscheu der Leser vor den Machhabern der Bundesrepublik schüren.

260 *Forum* 4/1968, „Volker Braun, Lokaltermin“, S. 13.

261 *Neues Deutschland*, „Namenslisten für KZ werden aufgestellt“, 22. April 1968, S. 2.

Am 11. Mai 1968 fand in Bonn die letzte große Demonstration gegen die Notstandsgesetze statt, von der auch das *Neue Deutschland* und die *Junge Welt* ausführlich berichteten und dabei nochmals besonders auf die Notwendigkeit des gemeinsamen Vorgehens der Studenten und Arbeiter hinwiesen:

„Die Studenten haben erkannt, daß jetzt vor allem gemeinsame Aktionen mit den Arbeitern notwendig sind, soll die Erdrosselung der Demokratie verhindert werden.“²⁶²

Unerwähnt blieb, dass es bereits im Vorfeld des Sternmarsches auf Bonn zu Unstimmigkeiten zwischen den Studentenvertretern des SDS und den Gewerkschaftsführern gekommen war. Das defensive Ziel der Verhinderung der Gesetze ging der Studentenorganisation nicht weit genug; sie forderten grundlegendere Veränderungen der Gesellschaft. Daher rief der DGB (Deutsche Gewerkschaftsbund) zu einer Parallelveranstaltung in Dortmund auf.²⁶³ Dies zeigt, dass über die Aspekte, die nicht in die Argumentation der untersuchten Tageszeitungen eingepasst werden konnten, nicht berichtet wurde.

Zur Einordnung der Studentenbewegung in die Argumentation gegen die Notstandsgesetze bedurfte es in der untersuchten Presse häufig keiner ausführlichen Erklärung. Die Redakteure deuteten die Polizei in „Notstandspolizei“²⁶⁴, die Politiker in „Notstandspolitiker“²⁶⁵, die Verfassung in „Notstandsverfassung“²⁶⁶, die Gerichte in „Notstandsgerichte“²⁶⁷ und Polizeieinsätze in „Notstandseinsätze“²⁶⁸ um und stellten damit einen Bezug zwischen dem aktuellen Geschehen, z. B. einer Demonstration der Studenten, und den Gesetzen her. Auffällig ist auch, dass der Begriff „Notstand“ häufig in den Schlagzeilen auftauchte, ohne dass der spätere Bericht nochmals darüber ausführlich berichtete. Den Verweis auf die „Notstandsgesetze“ verwendete die untersuchte Presse als ein Synonym für mehrere der Bundesrepublik zugeschriebene Eigenschaften: Repressivität, Expansionsdrang, Einschüchterung der eigenen Bevölkerung und zunehmende Faschisierung. Welche

262 *Neues Deutschland*, „Ruhreaktion gegen Notstandsgesetze“, 31. Mai 1968, S. 6.

263 Schmidtke 2003, S. 138.

264 *Neues Deutschland*, „Senat verschärft Notstandsaktion“, 6. Juni 1967, S. 2.

265 *Junge Welt*, „Freispruch für den Mörder“, 23. November 1967, S. 1.

266 *Neues Deutschland*, „Notstandsverfassung muß verhindert werden“, 13. Juni 1967, S. 6.

267 *Junge Welt*, „Vor den Schnellrichter geschleppt“, 20./21. Januar 1968, S.1.

268 *Junge Welt*, „Notstand regiert“, 13. April 1968, S. 2.

der Eigenschaften in den Vordergrund gerückt werden sollte, machte der jeweilige Kontext der Verwendung des Begriffs deutlich. Die kurzen Hinweise auf die Notstandsgesetze dienten als Verstärkung der Intention des Redakteurs. Im Vordergrund der Berichterstattung stand z. B. das Vorgehen der Polizei gegen Demonstranten. Der Hinweis auf die Notstandsgesetze ordnete dies in den größeren Rahmen der allgemeinen Entwicklung der Bundesrepublik ein. Dass die Gesetze als eine Chiffre für negative Charakteristika der Bundesrepublik verwendet wurden, zeigt sich auch daran, dass über die Inhalte des Gesetzesvorhabens im gesamten Untersuchungsraum nur im *Neuen Deutschland* zweimal berichtet wurde:

„Die einfachen Notstandsgesetze sehen bereits vor: Alle Männer und Frauen von 18 bis 65 und alle Frauen von 18 bis 60 können [...] in ein ‚kriegswichtiges Arbeitsverhältnis‘ zwangsverpflichtet werden. [...] Rein zivile Schutzorganisationen wie Feuerwehr, Arbeitersamariterbund u.a. werden zu Notstandseinheiten formiert und dem zentralen Befehl Bonns unterstellt.“²⁶⁹

Auch die Berichterstattung über die vermeintlichen Ziele der Notstandsgesetze nutzte die SED-Zeitung zur Darstellung des repressiven Charakters der Bundesrepublik, eine tiefgehende Auseinandersetzung fand in der untersuchten Presse der DDR nicht statt.

Die Verabschiedung der Notstandsgesetze am 30. Mai 1968 brachte die SED-Medienfunktionäre in Argumentationsprobleme, da es nicht, wie prognostiziert, zu verschärften Repressionen und diktatorischen Zuständen kam. Die Situation in der Bundesrepublik beruhigte sich eher durch die Verabschiedung der Gesetze, da der gemeinsame Kampf gegen diese die Klammer um die unterschiedlichen Demonstrationsgruppen gebildet hatte. Das *Neue Deutschland* setzte sich in einer für die Zeitung eher ungewöhnlichen Form mit der Situation der Demonstrierenden nach der Verabschiedung auseinander. Es druckte am 10. Juli 1968 auf einer ganzen Seite die „Antwort auf Fragen eines Tübinger Studenten“²⁷⁰ ab. Der Ursprungsbrief wurde nur in Auszügen wiedergegeben, aus denen der Leser erfuhr, dass „manche“ der außerparlamentarischen Bewegung enttäuscht darüber seien, dass die Notstandsgesetze nicht verhindert werden konnten und sich nun fragen, wie es

269 *Neues Deutschland*, „Notstand für das Volk“, 6. April 1968, S. 5.

270 *Neues Deutschland*, „Antwort auf Fragen eines Tübinger Studenten“, 10. Juli 1968, S. 6.

weitergehen soll. Der Redakteur der Antwort Harri Czepuck²⁷¹ kontrastierte die Situation in der Bundesrepublik mit der in der DDR:

„Die DDR und ihre Bürger wissen sich gegen die Expansionspolitik der westdeutschen Militaristen zu schützen. Mit den jüngsten Maßnahmen [gemeint ist die Verfassungsreform, M. Witkowski] zur Sicherung der DDR und zur Abwehr des Neonazismus haben Regierung und Volkskammer allen aggressiven Machenschaften der westdeutschen Notstandspolitiker erneut einen Riegel vorgeschoben.“²⁷²

In der Bundesrepublik sei die Situation hingegen gänzlich anders:

„Die Bevölkerung der westdeutschen Bundesrepublik aber lebt jetzt unter dem Damoklesschwert der Notstandsgesetze, und es steht außer Zweifel, daß die Bonner Koalitionsregierung, deren Hauptziel es ist, die Niederlage des zweiten Weltkrieges zu revidieren, die Gesetze zur politischen und ökonomischen Sicherung ihrer Macht im Inneren und zur Durchsetzung ihrer Expansionspolitik nach außen einsetzen will.“²⁷³

Czepuck macht die Leser nochmals auf die Gefahr aufmerksam, die von der revanchistisch gesinnten Bundesregierung für den Frieden ausgehe. Für den Redakteur gab es auf die neu entstandene Situation nur eine Reaktionsmöglichkeit: Das verstärkte Zusammengehen aller „Antifaschisten im Kampf gegen das Monopolkapital“ und eine „Vertretung echter Demokraten im Parlament“.²⁷⁴ Die Antwort richtete sich an die DDR-Bürger, denen zugleich die Sicherheit in der DDR und die Abgrenzung gegenüber der Bundesrepublik deutlich gemacht werden sollte. Wie jedoch die Forderung nach „echten Demokraten im Parlament“ bei den Lesern aufgegriffen wurde, die selber nur über vorher festgelegte Einheitslisten abstimmen konnten, kann leider nicht geklärt werden.

271 Harri Czepuck, (*1927), 1949–1958 Redakteur des *Neuen Deutschlands*, 1958–1962 Korrespondent in Bonn, 1967–1971 stellv. Chefredakteur des *Neues Deutschlands*, wegen grundsätzlicher Differenzen mit dem Chefredakteur Joachim Herrmann über die Medienpolitik abgelöst; Mitautor von Fernsehfilmen u.a. ‚Ich – Axel Cäsar Springer‘ (1968/69), 1971–1981 Vizepräsident der Internationalen Journalistenorganisation, ab 1984 freier Journalist, publiziert heute in der *Jungen Welt*.

272 *Neues Deutschland*, „Antwort auf Fragen eines Tübinger Studenten, 10. Juli 1968, S. 6.

273 Ebd.

274 Ebd.

Der Kampf gegen die Notstandsgesetzgebung war neben hochschulpolitischen Forderungen, dem Vietnamkrieg und der Springer-Presse eines der zentralen Themen der Studentenbewegung. In der untersuchten Presse wurde diesem Thema jedoch wesentlich mehr Raum gewidmet als den anderen Themen. In den eingesehenen Akten der Abteilung Agitation und Westarbeit findet sich dafür keine Erklärung. Das sozialistische Herrschaftssystem der DDR bezog seine Legitimation durch die Bedrohung von außen. Die sich innerhalb der SPD abzeichnende neue Ostpolitik, die auf eine Politik der „menschlichen Erleichterungen“ und „kleinen Schritte“ abzielte, betrachteten die SED-Funktionäre daher als eine Bedrohung.²⁷⁵ Sie befürchteten, dass sich durch eine Aufweichung des deutsch-deutschen Gegensatzes das westliche Modell als das attraktivere erweisen würde und sahen dadurch ihre eigene Macht in Gefahr. Mit Hilfe der Berichterstattung über die Notstandsgesetze konnte das Bild von der revanchistischen und repressiven Bundesrepublik aufrecht erhalten werden. Die Gesetze dienten als Beweis dafür, dass die neue Ostpolitik nur eine Täuschung der deutschen Bevölkerung sei und die Bundesrepublik sich weiterhin auf ihrem kriegstreiberischen Kurs befände.

Die umfangreiche Darstellung der Proteste gegen die Notstandsgesetze nutzten die SED-Medienfunktionäre, um ein negatives Bild der Bundesrepublik zeichnen zu können. Die Diskussionen und Veränderungen der Gesetze fanden dabei keinerlei Erwähnung, sondern die untersuchten Presseorgane verharrten auf der grundsätzlichen Ablehnung. Berichtet wurde nur über die Aspekte, die sich in die Argumentationslinien der SED einpassen ließen. So konnte in diesem Zusammenhang z. B. besonders gut auf den gemeinsamen Kampf von Arbeiter- und Studentenschaft hingewiesen werden, da die Verhinderung der Gesetze ein gemeinsames Ziel beider Gruppen war.

Die umfangreiche Berichterstattung über die Konfrontationen der Studenten mit der Staatsmacht diente ebenfalls dazu, ein negatives Bild der Bundesrepublik darstellen zu können.

9.2 „Grausam und barbarisch gegen Studentenprotest“ – Zusammenstöße zwischen den Studenten und der Staatsmacht

Ein Kennzeichen der Berichterstattung über die Studentenunruhen im *Neuen Deutschland* und der *Jungen Welt* waren die häufigen, ausführlichen Artikel

275 Mitter/Wolle 1993, S. 381.

über die Zusammenstöße von Polizei und Demonstranten. Besonders umfangreiche Berichte druckten die untersuchten Tageszeitungen im Umfeld des Todes von Benno Ohnesorg, der Bremer Demonstrationen gegen die Fahrpreiserhöhungen, des Attentats auf Rudi Dutschke und der „Schlacht am Tegeler Weg“ ab.

Während im vorangegangenen Kapitel vor allem die inhaltliche Analyse im Vordergrund stand, lässt sich anhand der Darstellungen der Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und Polizisten gut verdeutlichen, dass die Berichterstattung über die Studentenbewegung in hohem Maße ritualisiert war. Ein Mittel dazu war der ähnliche Aufbau der Artikel und die Verwendung wiederkehrender Wendungen.²⁷⁶

Viele Artikel berichteten über das „brutale Vorgehen“ oder die „Brutalität“ der Staatsmacht. Am 23. August 1967 beschrieb das *Neue Deutschland* die Auseinandersetzungen während einer Anti-Vietnam-Demonstration:

„Rücksichtslos und brutal ging die Bereitschaftspolizei gegen die Demonstranten vor, unterstützt von organisierten Schlägerbanden und aufgeputschten Pogromhetzern.“²⁷⁷

Am 6. Februar 1968 berichtete die SED-Zeitung über die Konfrontation von Studenten und Polizisten, die sich während einer Demonstration zugetragen hatte, die sich gegen die USA richtete:

„Mit beispielloser Brutalität eifern die Knüppelgarden der Westberliner Polizei dem ‚Vorbild‘ der amerikanischen Killer in Südvietnam nach.“²⁷⁸

In dem Artikel über die „Schlacht am Tegeler Weg“ berichtete das *Neue Deutschland* am 6. November 1968 unter der Überschrift „Grausam und barbarisch gegen Studentenprotest“²⁷⁹ ebenfalls von „beispielloser Brutalität“. Es lassen sich in den untersuchten Artikeln noch zahlreiche weitere Beispiele finden, in denen immer wieder vom „rücksichtslosen“ bzw. „beispiellosen“ Vorgehen der Polizei die Rede war. Die untersuchten Tageszei-

276 Strasdas 1998, S. 372.

277 *Neues Deutschland*, „Der Polizeiknüppel regiert Westberlin“, 23. August 1968, S.6.

278 *Neues Deutschland*, „Aggressoren wird hart zugesetzt“, 6. Februar 1968, S. 1.

279 *Neues Deutschland*, „Grausam und barbarisch gegen Studentenprotest“, 6. November 1968, S. 6.

tungen hoben dabei immer die „Brutalität“ der Polizei oder die „brutale“ Verfahrensweise hervor.

Das Motiv der „Jagd auf Demonstranten“²⁸⁰, der „Treibjagd“²⁸¹ oder der „wilden Jagd“²⁸² der Polizei tauchte in den untersuchten Tageszeitungen ebenfalls wiederholt auf. Im Bericht über die Osterdemonstrationen schrieb die *Junge Welt*:

„In einer beispiellosen nach faschistischem Muster aufgezogenen Massentreibjagd auf Demonstranten waren am Sonnabend in Westberlin über 300 junge Menschen von der Frontstadtpolizei festgenommen worden.“²⁸³

Der Begriff „Massentreibjagd“ sollte die Brutalität, mit der gegen die Studenten vorgegangen wurde, noch unterstützen.

Auch das wiederholte Zitieren der Parolen der Polizeiführer diene zur Darstellung des gewaltsamen Vorgehens der Polizei. Das *Forum* schrieb im Zuge der Berichterstattung über den 2. Juni 1967:

„Der Befehl ‚Knüppel frei! Räumen!‘ wurde ohne Lautsprecherwarnung und ohne rechtlichen Anlaß gegeben.“²⁸⁴

Auch die Parolen der Polizeiführer Bremens „Draufhauen, draufhauen und nachsetzen“²⁸⁵ und die Losung „Draufschlagen, draufschlagen“²⁸⁶ der Einsatzleiter während der Osterunruhen gaben die untersuchten Tageszeitungen mehrmals wieder. Unter der Überschrift „Kiesinger befiehlt: Jetzt Knüppel frei!“²⁸⁷ berichtete das *Neue Deutschland*, dass Kiesinger in einer aktuellen Stunde des Bundestages ein noch härteres Vorgehen der Polizei gegen die rebellierenden Studenten gefordert hätte.

280 *Junge Welt*, „’Draufhauen!, draufhauen!!‘“, 20./21. Januar 1968, S. 6.

281 *Junge Welt*, „Eine Welle von machtvollen Protestaktionen“, 15. April 1968, S. 1, *Neues Deutschland*, „Ausnahmestand mit Knüppelterror und Drahtverhauen“, 6. März 1969, S. 7, „Antifaschisten antworten mit Massenprotesten“, 15. April 1968, S. 3.

282 *Forum* 8/68, „Antifaschistische Einheitsfront 1968“, 2. Aprilheft 1968, S. 24.

283 *Junge Welt*, „Eine Front gegen den Notstand“, 14. April 1968, S. 3.

284 *Forum* 13/67 „Ein Schuß – Der Freiheit ins Genick“, 1. Juliheft 1967, S. 13.

285 *Neues Deutschland*, „Aktionseinheit schlug Bremer Senat“, 26. Januar 1968, S. 6.

286 *Junge Welt*, „Notstand regiert“, 13. April 1968, S. 2.

287 *Neues Deutschland*, „Kiesinger befiehlt: Jetzt Knüppel frei!“, 10. Februar 1968, S. 7.

Ein weiteres Mittel der Darstellung der hohen Gewalttätigkeit der Polizei waren die häufigen Berichte vom rücksichtslosen Vorgehen gegenüber den vermeintlich schwächeren Menschen, den Frauen, Kindern und Älteren. So berichtete das *Neue Deutschland* über die Unruhen in Bremen:

„Am Freitag wurden weitere Einzelheiten über das brutale Vorgehen der Polizei bekannt. Ohne Rücksicht auf ältere Leute, Frauen oder Kinder machten die uniformierten Notstandstruppen von ihren Schlagstöcken Gebrauch.“²⁸⁸

Der Redakteur der *Jungen Welt* formulierte in Bezug auf die Osterdemonstrationen:

„Rücksichtslos preschten Reiter in die Menge, wahllos wurde zugeschlagen. Demonstranten, Journalisten und Passanten – darunter Frauen und Kinder – sanken blutüberströmt zusammen, gellend um Hilfe rufend.“²⁸⁹

Weitere Schilderungen von Übergriffen auf Frauen fanden sich in den zahlreichen Augenzeugenberichten. Sie sollten der Berichterstattung eine besondere Authentizität verschaffen und brachten einen höheren Grad an Emotionalität in die Berichte, da die ausgesuchten Ausschnitte aus den Aussagen von noch brutalerem Vorgehen der Polizei berichteten als dies in der übrigen Berichterstattung der Fall war.

Die zitierten Ausschnitte stammen aus ganz unterschiedlichen Zusammenhängen und weisen dennoch fast gleiche Formulierungen in Bezug auf das „brutale Vorgehen“ der Polizei, der „Jagd“ auf Demonstranten, den Parolen der Polizeiführer und der Gewalt gegenüber Frauen auf. Dies sollte es dem Leser erleichtern, die Ereignisse sofort in das vorgegebene Freund-Feind-Schema der SED-Ideologie einzuordnen und sich selber auf der ‚richtigen‘ Seite zu positionieren.²⁹⁰ Die Rollen in der Berichterstattung waren klar verteilt: Den Demonstrierenden gehörte die ganze Sympathie, während die Staatsmacht ausnahmslos negativ dargestellt wurde. Die Leser der untersuchten Tageszeitungen sollten sich mit den demonstrierenden Studenten verbunden fühlen und sich gleichzeitig deutlich von der Bundesrepublik

288 *Neues Deutschland*, „Demonstranten riefen: ‚Mörder – Notstandsübung‘“ 20. Januar 1968, S. 7.

289 *Junge Welt*, „Notstands-Schlachtfeld Westberlin“, 16. April 1968, S. 3.

290 Schröder 1998, S. 550.

abgrenzen. Dies entsprach der bereits vorher praktizierten Unterscheidung zwischen der Staatsmacht und dem Volk der Bundesrepublik. Während die Presse die staatlichen Instanzen durchgängig als repressiv darstellte, wurde das Volk positiv rezipiert.²⁹¹

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass es die stark ritualisierte Sprache in der Berichterstattung über die Auseinandersetzungen der Studenten mit der Polizei dem Leser erleichtern sollte, sich gegen die Staatsorgane der Bundesrepublik abzugrenzen und sich gleichzeitig in das System der DDR zu integrieren.

9.3 „Axel Cäsar S. und seine Schatten“ – Die Springer-Presse und die Studentenproteste

Nach dem Tod Benno Ohnesorgs berichtete die *Junge Welt* am 5. Juni 1967:

„Mit unverhohlener Genugtuung feiert die Springer-Presse am Sonntag die Mordtat der Westberliner Polizei und beschimpft in unflätiger Weise die Studenten, die nicht mehr taten, als von ihrem sogenannten demokratischen Recht auf freie Meinungsäußerung Gebrauch zu machen.“²⁹²

Der Ausschnitt macht deutlich, dass die Studenten als Kämpfer für die gerechte Sache dargestellt wurden, wohingegen der Springer-Presse unterstellt wurde, sie hätte sich über den Tod Benno Ohnesorgs gefreut. Am Tag darauf sprach die FDJ-Zeitung im Zusammenhang mit den Ereignissen des 2. Juni 1967 von der „Mordhetze“²⁹³ und das *Neue Deutschland* berichtete am gleichen Tag von der „Pogromhetze“²⁹⁴ der Springer-Presse. Die untersuchte Tagespresse verwandte diese Schlagwörter im gesamten Untersuchungszeitraum, um die Art der Berichterstattung der Zeitungen aus dem Springer-Verlag zu klassifizieren. Im Zusammenhang mit dem Tod von Benno Ohnesorg stellte die untersuchte Tagespresse vor allem den manipulativen Charakter der Springer-Presse in den Vordergrund. Die *Junge Welt* widmete am 29. Juni 1967 diesem Thema fast eine ganze Seite:

291 Classen 1998, S. 1.

292 *Junge Welt*, „Westberliner Student ermordet – Toten misshandelt“, 5. Juni 1967, S. 2.

293 *Junge Welt*, „Der Mord am Blutfreitag“, 6. Juni 1967, S. 6.

294 *Neues Deutschland*, „Blutfreitag in Westberlin – Ouvertüre zum Notstand“, 6. Juni 1967, S. 1.

„Junge Welt hat schon mehrfach berichtet, wie die Springer-Zeitungen die Meinung der westdeutschen Bürger und bestimmte Ereignisse manipulieren. Eines der furchtbarsten Geschehen in dieser Hinsicht war der Blutfreitag von Westberlin.“²⁹⁵

Ausführlich zitierte die Zeitung aus den Springer-Zeitungen, vor allem aus der Bild, der Morgenpost und der Berliner Zeitung, und stellte eine Liste aller Bezeichnungen dieser Zeitungen für die demonstrierenden Studenten zusammen, z. B. „Randalierer“, „Revoluzzer“. Daraus zog die FDJ-Zeitung das Fazit:

„Geschickt wußte diese Presse den Eindruck zu erwecken, daß die so bezeichneten Studenten generell Ordnungsfeinde sind und daß gegen sie Notstandsmaßnahmen genau das Richtige sind.“²⁹⁶

Auch die Art und Weise, in der die Springer-Presse von den Demonstrationen der Studenten schrieb, analysierte die *Junge Welt*:

„Dem manipulierten westdeutschen Bürger, dem seit 40 Jahren der Antikommunismus eingepeitscht wird, mußte es natürlich erschreckend erscheinen, wenn da von Straßenschlachten, Straßenterror und kommunistischen Straßenkämpfen berichtet wurde. Da bleibt ja der Polizei gar nichts anderes übrig als zu schießen.“²⁹⁷

Der Verweis auf „40 Jahre“ antikommunistische Beeinflussung machte keinen Unterschied zwischen dem Antikommunismus der Nationalsozialisten und dem der Bundesrepublik. Zugleich stellte er eine Kontinuität vom Ende der Weimarer Republik bis zur Bundesrepublik her.

In der Berichterstattung über den Mordanschlag auf Rudi Dutschke verschärfen die *Junge Welt* und das *Neue Deutschland* den Ton gegenüber der Springer-Presse. Die SED-Zeitung schrieb am 13./14. April 1968:

„Springers ‚Bild‘-Zeitung veröffentlichte am 27. November 1967 auf der Titelseite gleich drei Fotos, auf denen SDS-Mitglied Dutschke angekreuzt war. Im Text wurde zur Hetzjagd auf diesen angekreuzten

295 *Junge Welt*, „So wurde der Mord gemangt“, 29. Juni 1967, S. 6.

296 Ebd.

297 Ebd.

Studentenführer aufgeputscht. Der Mordanschlag am Donnerstag auf dem Kurfürstendamm war das Ergebnis dieser Pogromhetze.“²⁹⁸

Am 13. April 1968 druckte die FDJ-Zeitung unter der Überschrift „Zwei der wahren Schuldigen“ die Fotos von Springer und Schütz ab. Unter dem Foto Springers vermerkte der Redakteur:

„Springer. Mordhetze und Verherrlichung von Gewaltaktionen kommen durch die Zeitungen seines Konzerns in fast jede westdeutsche Familie. Sein Programm: Macht die Roten zu Toten.“²⁹⁹

Die Darstellung erinnerte an steckbrieflich gesuchte Verbrecher und sollte in Verbindung mit dem Text Springer als Kriminellen klassifizieren.

Bereits die Ausschnitte aus den ersten Berichten nach dem Attentat auf Rudi Dutschke am 11. April 1968 machen deutlich, dass der Springer-Presse eine erhebliche Mitschuld am Mordanschlag zugemessen wurde. Am 15. April 1968 lag den Redaktionen die fernschriftliche Anweisung der Abteilung Agitation vor, die in die gleiche Richtung zielte:

„Die Schuldigen sitzen in der Regierung in Bonn und im Senat von Schöneberg, in den Aufsichtsräten der Monopole, im Springer-Konzern.“³⁰⁰

Die untersuchte Presse stellte sich ganz auf die Seite der Studenten und begrüßte die Proteste gegen den Springer-Verlag und die versuchte Verhinderung der Auslieferung der Springer-Zeitungen. Den Demonstranten wurde nach der Blockade der Auslieferungswagen des Springer-Konzerns von der westlichen Presse vorgeworfen, sie hätten dadurch die Pressefreiheit verhindert. In einem Kommentar antwortete das *Neue Deutschland* auf diese Vorwürfe:

„Pressefreiheit ist demnach im Bonner Staat, daß jeder sich damit abzufinden hat, wenn ein Konzern, nämlich der des Axel Cäsar Springer, allein bestimmt, was Millionen lesen sollen und dürfen. [...] Das soll Pressefreiheit sein? [...] Wirkliche Pressefreiheit kann es erst dann geben, wenn das mächtige Presseimperium des Springer, noch

298 *Neues Deutschland*, „Die Blutspur vom Freitag, 2. Juni, zum Donnerstag, 11. April“, 13./14. April 1968, S. 6.

299 *Junge Welt*, „Zwei der wahren Schuldigen“, 13. April 1968, S. 4.

300 SAPMO DY/30/IV A 2/9.02/56

gefährlicher und größer als einst Hugenberg, nicht mehr die Möglichkeit hat, Gift in die Hirne der Menschen zu spritzen.“³⁰¹

Der Redakteur stellte sich damit hinter die auch mehrmals zitierte Forderung der Studenten „Enteignet Springer“³⁰². Der letzte Satz des Zitats zeigt nochmals, dass die SED-Medienfunktionäre Springer in die allgemeine Argumentationslinie einpassten, die eine Kontinuität vom Ende der Weimarer Republik über den Nationalsozialismus zur Bundesrepublik propagierte. Das *Neue Deutschland* spitzte diese Argumentation noch weiter zu:

„Besonders die Springer-Zeitungen bieten alle Mittel auf, die Goebbels seinerzeit entwickelte, um die Juden und die Kommunisten als Weltfeinde darzustellen.“³⁰³

Der indirekte Vergleich von Springer und Goebbels ließ die Bedrohung, die von dem westdeutschen Verleger ausgehe, noch größer erscheinen

Im Frühjahr und Herbst 1968 sendete das DDR-Fernsehen den mehrteiligen Fernsehfilm „Ich – Axel Cäsar Springer“. Das *Forum* druckte das Drehskript in einer dreiteiligen Serie auf 22 Seiten ab.³⁰⁴ Im Mittelpunkt standen dabei die Verstrickungen Springers während der Zeit des Nationalsozialismus, die ihm nach 1945 geholfen haben sollen, sein Zeitungsimperium aufzubauen. Im Text befand sich kein Bezug zur Studentenbewegung, jedoch zeigten die illustrierenden Fotos der ersten zwei Teile allesamt Demonstrierende, die Plakate mit Sprüchen, z. B. „Enteignet Springer“, vor sich hertrugen. Damit stellte die Studentenzeitschrift eine Verbindung zu den aktuellen Ereignissen in Westberlin und Westdeutschland her.

Das *Neue Deutschland* veröffentlichte unter der Überschrift „Axel Cäsar S. und seine Schatten“ ein Interview mit den Redakteuren und dem Dramaturgen des Films, der von vorn herein nicht als neutrale Darstellung, sondern als „Anti-Springer-Film“ klassifiziert wurde. Der Redakteur Karl Georg Egel machte im Interview die Absicht des Films deutlich:

„Wir haben den Film aber vor allem für die Bürger unseres Landes geschrieben, denn zur politischen Bildung der sozialistischen Persön-

301 *Neues Deutschland*, „Pressefreiheit“, 17. April 1968, S. 4.

302 *Junge Welt*, „Die Version vom irren Mörder“, 17. April 1968, S. 4.

303 *Neues Deutschland*, „Wer stört Ruhe und Ordnung?“, 18. April 1968, S. 2.

304 *Forum* 9/68, „Ich, Axel Cäsar Springer“, Teil 1, 1. Maiheft 1968, S. 16–21, 23, *Forum* 10/68, Teil II, 2. Maiheft, S. 13–14, 16–20; *Forum* 11/68, Teil III, 1. Juniheft, S. 15–21.

lichkeit gehört eine klare Vorstellung vom Wesen und Gesicht des Feindes, von den Methoden, mit denen er immer wieder bei uns einzudringen versucht.“³⁰⁵

Egel sprach im Interview ein Motiv an, das auch der wiederholten Berichterstattung über Springer im Zusammenhang mit den Studentenunruhen zu Grunde lag. Die Bevölkerung der DDR sollte gegen die westlichen Medien immunisiert werden. Erst nach dem Machtantritt Honeckers stellten die DDR-Mächtigen endgültig die weitergehenden Versuche ein, die eigene Bevölkerung von der Nutzung der westlichen Medien abzuhalten.³⁰⁶ Auf die Tatsache, dass Zeitungen aus dem Springer-Verlag in der DDR nicht käuflich waren, ging Egel nicht ein.

Am Beispiel von Springer wurden die Funktionsweisen des westdeutschen Medienmarktes aus Sicht der SED erklärt und indirekt auf das gesamte Pressesystem übertragen, auch auf die in der DDR empfangbaren Funkmedien. Axel Springer war für die SED-Medienfunktionäre der Prototyp eines Kapitalisten, der sich durch sein Zeitungsimperium ein Pressemonopol geschaffen hatte. Die untersuchten Tageszeitungen setzten die Person Springers und die Springer-Presse häufig gleich und verdeutlichten damit nochmals, dass es innerhalb der Presse keinerlei Freiheiten für die Journalisten gab, sondern dass diese auf Anweisung schrieben. Die häufige Mitnennung seines sonst eher unbekanntes Mittelnamens „Cäsar“ sollte den Herrschaftsanspruch, dem die SED-Mächtigen ihm zusprachen, noch verdeutlichen. Die Darstellung seiner Person glich teilweise der eines Dämons. Besonders deutlich wird dies an der Aussage des Filmautors Egel im bereits oben zitierten Interview:

„Wer sich ständig am Rande eines heißen Krieges bewegt, um die alte Macht zurückzuerobern, muß die Köpfe der Menschen gegen ihre urengeinsten Interessen manipulieren und verwirren. Springer fühlt sich wie ein Gott. Er will sich ein Volk nach seinem eigenen Muster schaffen: gedankenlos, aggressiv, blutrünstig und von antikommunistischen ‚Affekten‘ beherrscht.“³⁰⁷

Der Interviewausschnitt macht aber zugleich eine weitere Hauptargumentationslinie der untersuchten Presse deutlich: Die bundesrepublikanische Bevöl-

305 *Neues Deutschland*, „Axel Cäsar S. und seine Schatten“, 29. November 1968. S. 4.

306 Holzweißig 2002, S. 128.

307 *Neues Deutschland*, „Axel Cäsar S. und seine Schatten“, 29. November 1968. S. 4.

kerung würde durch Manipulation, in erster Linie durch die Springer-Presse, davon abgehalten, ihre wahren Interessen zu erkennen.

In einem Bericht des *Forums* über die „Vorstellungswelt westdeutscher Berufsschüler“, in dem vor allem die Ansichten über die DDR abgefragt wurden, hieß es:

„Das Klima, das vernunft- und wahrheitswidrige Assoziationen hervorruft, denen unzählige Bundesbürger gegen ihren Willen erliegen, ist das antikommunistische Klima des Hamburger Zeitungskönigs Axel Springer und seiner Bonner Förderer. Seit Jahren schafft Springers ‚Bild‘ in täglich mehreren Millionen Exemplaren systematisch primitive politische Reflexe im Stile der Coca-Cola-Werbung.“³⁰⁸

Diese Argumentation ermöglichte es den SED-Medienfunktionären die westdeutsche Medienwelt als eine Scheinwelt vorzuführen, die die Menschen davon abhalten würde, ihre Lage als unterdrückt und ausgebeutet von der Staatsmacht zu erkennen. Die verfassungsrechtlich garantierte Meinungs- und Pressefreiheit existiere daher nur theoretisch:

„Die Freiheit, sich ‚aus allgemeinen zugänglichen Quellen zu unterrichten,‘ schrumpft zusehends auf den massenhaften Konsum vorgegebenen Zweckinformationen und Pseudounterhaltung zusammen. An Stelle einer freien Auswahl regiert der – subjektiv zumeist nicht einmal erkennbare – Zwang, das zu konsumieren, was die Monopolgewaltigen ihren Journalisten zu veröffentlichen auftragen.“³⁰⁹

Die mangelnde Vielfalt in der Berichterstattung der DDR war ein dauerhafter Kritikpunkt vieler DDR-Bürger³¹⁰ und um dem Abhilfe zu schaffen, nutzten sie die Westmedien. In den Artikeln über Springer sollte den Lesern verdeutlicht werden, dass der scheinbar pluralistische Pressemarkt der Bundesrepublik gar nicht existiere und in Wirklichkeit nur wenige, in erster Linie Springer, die Macht hätten und diese gegen die Interessen des Volkes für ihre eigenen kapitalistischen Interessen einsetzen würden.

308 *Forum* 24/67, „Die Vorstellungswelt westdeutscher Berufsschüler“, 2. Dezemberheft, S. 16.

309 *Neues Deutschland*, „Pressefreiheit als Springer-Freiheit“, 1. Januar 1969, S. 6.

310 Holzweißig 2002, S. 49.

Die SED-Medienfunktionäre grenzten sich durch die negative Beschreibung der Springer-Presse von dem Pressesystem der Bundesrepublik ab. Allerdings verzichteten sie auf eine Gegenüberstellung des Pressesystems der DDR. Unter Umständen war die Kluft zwischen dem täglich Erlebten und der Darstellung in der Presse für viele Menschen in der DDR zu groß, als dass die SED-Funktionäre damit hätten werben wollen. Auf anderen Gebieten hoben die SED-Medienfunktionäre die Errungenschaften des eigenen Staates, z. B. die Verfassungsreform, besonders positiv hervor, um gleichzeitig die Bundesrepublik als negativ charakterisieren zu können.

9.4 „Pogrome wie in der ‚Kristallnacht‘“ – Die Charakterisierung der Bundesrepublik in den Berichten über die Studentenproteste

Das politische System der Bundesrepublik galt in der untersuchten Presse als durchweg repressiv. Die zahlreichen Berichte über die Auseinandersetzungen der Studenten mit der Polizei, die stets das brutale Vorgehen der Staatsmacht hervorhoben, und die Berichte über die Prozesse gegen die Studenten dienten dafür als Beweise. Die Artikel sollten Abscheu bei der DDR-Bevölkerung gegenüber der Bundesrepublik hervorrufen. Die SED-Medienfunktionäre bewerteten die repressive Innenpolitik als eine Vorstufe zu einer expansiven Außenpolitik. Den westdeutschen Politikern wurde vorgehalten, dass sie zunächst Ruhe im Inneren schaffen wollten, damit sie dann mit ganzer Kraft ihr revanchistisches Programm durchführen könnten.

Die untersuchten Tageszeitungen schrieben dem Monopolkapital in der Bundesrepublik die Macht im Staate zu. Auf die Rolle Springers als Paradebeispiel eines Monopolkapitalisten wurde bereits im vorangegangenen Kapitel verwiesen. Ziel der Mächtigen sei die rücksichtslose Ausbeutung der arbeitenden Bevölkerung, unter die Arbeiter, Angestellte und kleine Selbständige subsumiert wurden. Die SED nahm eine deutliche Trennung zwischen der Bevölkerung und dem System der Bundesrepublik vor. In einem offenen Brief an die „Arbeiter und Angestellten, die Geistesschaffenden, die Bauern und Gewerbetreibenden, an die Frauen und die Jugend in der westdeutschen Bundesrepublik“, den das *Neue Deutschland* abdruckte, machte dies Ulbricht deutlich:

„Unsere Stellung zu Westdeutschland und seinen Bürgern läßt sich in einem Satz sagen: Wenn uns auch nichts mit der imperialistischen Gesellschaftsordnung Westdeutschlands verbindet, so verbindet uns

mit den westdeutschen Arbeitern, den werktätigen Bauern und der fortschrittlichen Intelligenz die gemeinsame sozialistische, demokratische und friedliche Zukunft.“³¹¹

Im Korrespondentenbericht des *Neuen Deutschlands* führte der Redakteur die zunehmende Staatsverdrossenheit, vor allem unter der Jugend, darauf zurück, dass die „Politik des Staates allein auf Rüstung und Monopolprofit orientiert ist“.³¹² Gleichzeitig würde aber ein Teil der Jugend, vor allem die Studenten, die Verhältnisse in der Bundesrepublik nicht mehr einfach hinnehmen. Die Studentenunruhen und das gewaltsame Vorgehen des Staates dagegen sowie die Notstandsgesetze hätten das wahre Gesicht der Bundesrepublik zum Vorschein gebracht:

„Hier enthüllt sich das Wesen des reaktionären gesellschaftlichen Systems. In der antagonistischen Klassengesellschaft – und besonders unter den Herrschaftsbedingungen des Monopolkapitals – ist die Mehrheit der Bevölkerung nicht Herr ihrer selbst [...]“³¹³

Die Darstellung der Bundesrepublik diene vor allem dazu, die DDR als das positive Gegenbild präsentieren zu können. Statt Klassenkampf zwischen dem „Monopolkapital“ und der „Arbeiterklasse“ herrsche hier eine Aufhebung der Klassen und ein Miteinander der Bevölkerung. Die Verabschiedung der Verfassung wurde immer wieder als positives Beispiel angeführt:

„Es ist kein Zufall [...], daß zur gleichen Zeit, da in Westdeutschland die Reste selbst der bürgerlichen Demokratie abgebaut und mit den Füßen getreten werden, in der DDR die erste sozialistische Verfassung der deutschen Geschichte ausgearbeitet und diskutiert wird, in der die Grundrechte auf Arbeit, auf Bildung, auf Besitz an den Produktionsmitteln – die allseitige Mitbestimmung und Machtausübung der Werktätigen in Staat und Wirtschaft verankert sind.“³¹⁴

Laut Ulbricht habe die westdeutsche Bevölkerung nur zwei Möglichkeiten, die er im bereits zitierten offenen Brief aufzeigte:

311 *Neues Deutschland*, „Offener Brief des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschland“, 29. Februar 1968, S. 8.

312 *Neues Deutschland*, „Die wachsende Staatsverdrossenheit“, 16. Februar 1968, S. 6.

313 *Neues Deutschland*, „Der Schlagstock ergänzt das Schlagwort“, 23. Februar 1968, S. 6.

314 *Neues Deutschland*, „Westdeutsche brauchen demokratische Grundrechte“, 24. Februar 1968, S. 6.

„Die eine ist: Sie lassen das großkapitalistische, revanchistische Regime, das die alte imperialistische Vergangenheit nicht bewältigt hat und gar nicht bewältigen will, weiter gewähren. Das hätte zur Folge, die Bundesrepublik beteiligt sich auch in Zukunft an jedem imperialistischen Verbrechen der Welt [...]“³¹⁵

Oder aber:

„Die andere Möglichkeit ist, daß es Ihnen gelingt, das Steuer der westdeutschen Politik selbst in die Hand zu nehmen, die Herrschaft der großkapitalistischen Reaktion, der Revanchisten, der Hitlergenerale zu beseitigen und in einem wirklich demokratischen, friedliebenden westdeutschen Staat deutsche Politik zu machen.“³¹⁶

Die scharfe Zuspitzung, die Ulbricht vornahm, sollte den Lesern den Ernst der Lage in der Bundesrepublik verdeutlichen. Gleichzeitig wollte er aber auch klar machen, dass die versöhnlicheren Töne westdeutscher Politiker, die im Zusammenhang mit der beginnenden neuen Ostpolitik vermehrt geäußert wurden, nur der Verschleierung der Verhältnisse dienen.

„Oder gehört es auch zur ‚neuen Ostpolitik‘, [...] daß man mit Polizeiknüppeln und Wasserwerfern die aufbegehrende Jugend zu unterdrücken versucht [...]“³¹⁷

Der Kampf der Studenten gegen das „Establishment“ wurde umgedeutet in einen Kampf gegen das „Monopolkapital“:

„Die Universität läßt sich – das erkannten immer mehr Studenten – nur im Zusammenhang einer grundlegenden Erneuerung aller gesellschaftlichen Verhältnisse erneuern. Sie nahmen deshalb den Kampf gegen die Herrschaft des Monopolkapitals auf, den sie als Kampf gegen das ‚Establishment‘ verstanden.“³¹⁸

Die Studentenbewegung wurde in die Terminologie der Arbeiterbewegung eingepasst. Die SED-Medienfunktionäre suggerierten dadurch eine Gemeinsamkeit der studentischen Forderungen mit den Positionen der DDR.

315 *Neues Deutschland*, „Offener Brief des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschland“, 29. Februar 1968, S. 8.

316 Ebd.

317 *Neues Deutschland*, „Offener Brief des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschland“, 29. Februar 1968, S. 8.

318 *Forum* 15/ 69, „Aufruhr und Ohnmacht im studentischen Linksradikalismus“, 1. Augustheft 1969, S. 16.

Die untersuchte DDR-Presse vereinnahmte die Studentenunruhen in der Auseinandersetzung mit der Bundesrepublik. Den Ruf der Studenten nach Anerkennung der DDR gab sie wiederholt und ausführlich wieder, obwohl dies eine ganz nachgeordnete Forderung der Studenten war.

Die untersuchten Zeitungen stellten eine Kontinuität zwischen der Zeit des Nationalsozialismus und der Bundesrepublik her. In der Berichterstattung im Umfeld des 2. Juni 1967 veröffentlichte das *Neue Deutschland* unter der Überschrift „Westberliner Polizei von SS und Gestapo überschwemmt“ Kurzbiographien der beteiligten Polizisten, die über deren Funktionen vor 1945 berichteten und leitete dies mit dem folgenden Kommentar ein:

„Es besteht eine bezeichnende Kontinuität zwischen den Tätigkeiten dieser Büttel für das Hitlerregime und ihrer heutigen Rolle unter dem sozialdemokratisch geführten Senat.“³¹⁹

Die propagierte Kontinuität zum Nationalsozialismus machte auch die reißerische Überschrift „Pogrome wie in der ‚Kristallnacht‘“³²⁰ deutlich.

Die sich abzeichnende Verschärfung des Klassenkampfes durch die Studentenunruhen würde, laut der Weltanschauung der SED, dazu führen, dass die repressiven und faschistischen Strukturen der Bundesrepublik offen zu Tage treten. Der Antifaschismus gehörte zum Gründungsmythos der DDR.³²¹ Sie präsentierte sich stets als derjenige deutsche Staat, der sich vollständig von der nationalsozialistischen Vergangenheit getrennt hätte. Hingegen sei in der Bundesrepublik, so die Behauptung der SED, die monopolkapitalistische Gesellschaftsordnung, die schon einmal zum Faschismus geführt hätte, unverändert geblieben sei. Die Darstellung des faschistischen Charakters der Bundesrepublik fungierte stets zur Abgrenzung gegenüber dem eigenen Staat. Das antifaschistische Selbstverständnis der DDR diene zur Legitimation der Eigenstaatlichkeit der DDR. Durch die Darstellung der Bundesrepublik als faschistischen Staat zeichneten die SED-Medienfunktionäre aber

319 *Neues Deutschland*, „Westberliner Polizei von SS und Gestapo überschwemmt“, 12. Juni 1967, S. 2.

320 *Neues Deutschland*, „Pogrome wie in der ‚Kristallnacht‘“, 24. Februar 1968, S. 7.

321 Münkler, Herfried: Antifaschismus als Gründungsmythos der DDR, Abgrenzungsinstrument nach Westen und Herrschaftsmittel nach innen, in: Agethen, Manfred/Jesse, Eckhard/Neubert, Ehrhart (Hrsg.): Der missbrauchte Antifaschismus, DDR-Staatsdoktrin und Lebenslüge der deutschen Linken, Freiburg 2002, S. 79–99.

auch ein äußerst bedrohliches Bild des anderen deutschen Staates. So warnte die *Junge Welt*:

„Es ist Zeit – es gilt nicht mehr, Anfängen zu wehren, es muß eine Politik zerschlagen werden, die unser Volk über 1933 zu 1939 führte.“³²²

Die gemeinsame Abwehr einer Gefahr sollte die Menschen in der DDR einengen und über die sich auftuenden Widersprüche des sozialistischen Staates hinwegsehen lassen.

Ein wichtiger Aspekt in den untersuchten Artikeln über die Studentenbewegung war die Jugendpolitik der Bundesrepublik, die scharf mit der der DDR kontrastiert wurde. Die Bundesrepublik biete der Jugend keinerlei Perspektiven. Chancen beständen nur für diejenigen, die aus privilegierten Elternhäusern stammten. Im Bericht über das Leben Benno Ohnesorgs schrieb das *Forum*:

„Da es den Eltern an Mitteln mangelte und da Benno in einem Land aufwuchs, in dem Bildung Geld kostet, konnte er die Oberschule nicht bis zum Abitur besuchen.“³²³

Noch eher am Rande erwähnten die untersuchten Zeitungen die Arbeitslosigkeit unter den Jugendlichen. In einer Reportage aus dem Ruhrgebiet berichtete der Korrespondent des *Neuen Deutschlands* von desillusionierten, arbeitslosen Jugendlichen, die langsam begannen, gegen den Staat aufzubegehren. In den 70er Jahren verstärkte die Presse der DDR die Berichterstattung über die Arbeitslosigkeit.³²⁴

Dem Bonner Staat warf die untersuchte Presse vor, eine Politik gegen die eigene Jugend zu betreiben. Die Redakteure legten jedoch Wert darauf, dass es sich nicht um einen Generationenkonflikt, sondern um eine Auseinandersetzung der Klassen handele. Die *Junge Welt* zitierte dazu Erich Rau, 1. Sekretär des Zentralrates der FDJ:

„Es handelt sich ja nicht um ‚Generationskonflikte‘, um den ‚Aufstand‘ der ‚Jungen‘ gegen die ‚Alten‘, sondern um eine Klassenauseinandersetzung, die alte und junge, Lehrlinge wie ältere Arbeiter, die

322 *Junge Welt*, „Tote, Verletzte, Verhaftete“, 30. November 1967, S. 6.

323 *Forum* 13/67, „Ein Schuß – Der Freiheit ins Genick“, 1. Juliheft 1967, S. 13.

324 Classen 1998, S. 1.

schon Erfahrung besitzen im Umgang mit den Klassengegner, gemeinsam zu bestehen haben.“³²⁵

In einem Sonderheft vom Mai 1968, das sich ausschließlich mit der FDJ-Hochschulkonferenz befasste, kam auch ein Westberliner Student zu Wort. Sein Fazit stellt die Entwicklung der Bundesrepublik und der DDR gegeneinander:

„Für das, was ihr in der Deutschen Demokratischen Republik bereits verwirklicht habt, werden wir noch lange Zeit kämpfen müssen. Die größte Unterstützung, die ihr uns in diesem Kampf geben könnt, besteht in der planvollen Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft in der Deutschen Demokratischen Republik [...]“³²⁶

Dies war zugleich ein eindeutiger Hinweis an die ostdeutschen Studenten, die mit der Studentenbewegung sympathisierten. Eine Unterstützung könne nicht darin liegen, auch in der DDR Forderungen aufzustellen, sondern den vorgezeichneten Weg der SED weiterzuverfolgen und damit ein Beispiel für die Bundesrepublik zu liefern. Dass diese sich auf dem von Marx vorgezeichneten Weg des Klassenkampfes bewege, sollte durch die Berichterstattung über den gemeinsamen Kampf der Arbeiter und Studenten unterstützt werden.

9.5 „Arbeiterjugend an der Seite der Studenten“ – Suggestion des gemeinsamen Kampfes von Arbeitern und Studenten

Laut der leninistisch-marxistischen Ideologie war die Arbeiterklasse die tragende Kraft im Klassenkampf.³²⁷ In der Bundesrepublik gingen die Unruhen der Jahre 1967–1969 jedoch von den Studenten aus und die Arbeiter beteiligten sich nur sehr vereinzelt an deren Aktionen. Diese Kluft zwischen der eigenen Ideologie und den Ereignissen in Westdeutschland und Westberlin versuchten die untersuchten Tageszeitungen und die Studentenzeitschrift zu schließen.

325 *Junge Welt* „Jugendliche rebellieren gegen System der Knüppel und Pistolen“, 9. Februar 1968, S. 4.

326 *Forum* Sonderheft Mai 1968 „Referate und Diskussionsbeiträge von der FDJ-Hochschulkonferenz“, S. 16.

327 Weber/Lange, Baden-Baden 1995, S. 2034.

Die *Junge Welt* druckte einen Leserbrief ab, in dem eine Leserin genau nach diesem Missverhältnis zwischen Theorie und Wirklichkeit fragte. Die FDJ-Zeitung beantwortete die Frage ganz auf der ideologischen Linie der SED:

„Auch in Bonn und Schöneberg laufen die Uhren nicht rückwärts. Auch dort kann man die Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung nicht aufheben, so gerne man das tun möchte und so wild man sich gebärdet. Daher ist und bleibt auch in Westberlin die Arbeiterklasse die revolutionäre Klasse.“³²⁸

Die Tatsache, dass diese ihre Rolle noch nicht wahrnahmen, erklärte der Artikel mit den kapitalistischen Verhältnissen in der Bundesrepublik:

„Dies heißt nicht, daß jeder Arbeiter seine Klassenlage richtig begreife, zumal die Bourgeoisie und sogenannte rechte Arbeiterführer sich redlich mühen, ihn durch ihre Propaganda zu verwirren [...]“³²⁹

Dem Leser sollte verdeutlicht werden, dass in der Bundesrepublik die Arbeiterklasse durch Manipulationen und Behinderung noch nicht die ihr zuge dachte Rolle einnehmen könne. Mit den „rechten Arbeiterführern“ waren die Gewerkschaftsführer gemeint, die scharf von der SED dafür angegriffen wurden, dass sie sich nicht bedingungslos auf die Seite der Studenten gestellt hatten. Da es der Arbeiterklasse noch nicht möglich sei, die Führung der Proteste zu übernehmen,

„kann es kommen, wie es zum Beispiel im Augenblick der Fall ist, daß andere Schichten und Gruppen zum Beispiel die Studenten in Westberlin und Westdeutschland, gegen die Politik oder gegen die Methoden einer bourgeoisen Regierung stärker aufbegehren und eine größere Aktivität entwickeln.“³³⁰

Bereits seit den Sommermonaten 1967 setzte sich die antiautoritäre Richtung gegenüber der linkssozialistischen Strömung im SDS immer stärker durch. Im Mittelpunkt stand für die Antiautoritären nicht die Ausweitung der Proteste auf die Arbeiterschaft, sondern die direkte, bewusstseinsbildende und aufklärende Aktion in allen gesellschaftlichen Gruppen. Dies hatte zur Folge, dass die Kontakte zwischen dem Studentenverband und der Arbeiterschaft

328 *Junge Welt*, „Wer kämpft gegen den Notstand?“, 21. Juli 1967, S. 1.

329 Ebd.

330 Ebd.

immer stärker nachließen.³³¹ Die untersuchte Presse suggerierte trotzdem im gesamten Untersuchungszeitraum ein Zusammengehen der Arbeiter und Studenten.

Die Berichterstattung über den Tod Benno Ohnesorgs nutzen die SED-Medienfunktionäre, um auf die gemeinsamen Proteste von Arbeitern und Studenten hinweisen zu können. Während die *Junge Welt* eher die Solidaritätsadressen des FDJ in den Mittelpunkt stellte, rückte das *Neue Deutschland* die sich solidarisierenden Arbeiter in den Vordergrund. Dies zeigt bereits die Betrachtung einiger Überschriften aus dem Juni 1967: „Arbeiter solidarisch“³³², „Arbeiter marschieren neben Studenten“³³³, „Westberliner Gewerkschaftsfunktionäre: Wir stehen zu den Studenten, gegen den Polizeiterror“³³⁴ und „Professor Abendroth in Hannover: Schließen wir uns mit den Arbeitern zusammen“³³⁵. Abendroth forderte auf der Protestveranstaltung gegen die Notstandsgesetze,

„daß Studenten und Intellektuelle allein nichts ausrichten können. Die Kraft, die Dinge zu verändern, auch in der Gesellschaft, ist unter den Millionen Arbeitern zu suchen.“³³⁶

Die im Auszug genannte Forderung nach einem Zusammenschluss von Studenten und Arbeitern stellten auch die untersuchten Tageszeitungen in ihren Berichten über die Studentenbewegung immer wieder. Gleichzeitig suggerierten sie aber, dass sich bereits immer mehr Arbeiter den Protesten angeschlossen hätten. Besonders deutlich wird dies in den Artikeln über die Demonstrationen gegen die Bremer Fahrpreiserhöhungen. Durch die Solidarisierung der Arbeiter des größten ortsansässigen Betriebes Klöckner und der Werftarbeiter hätten die Proteste zum Erfolg geführt. Unter der Überschrift „Aktionseinheit schlug Bremer Senat“ zog das *Neue Deutschland* das Fazit aus der erzwungenen Rücknahme der Fahrpreiserhöhungen:

331 Tolomelli 2001, S. 183ff.

332 *Neues Deutschland*, „Arbeiter solidarisch“, 8. Juni 1967, S. 1.

333 *Neues Deutschland*, „Arbeiter marschieren neben Studenten“, 8. Juni 1967, S. 6.

334 *Neues Deutschland*, „Westberliner Gewerkschaftsfunktionäre: Wir stehen zu den Studenten, gegen den Polizeiterror“, 9. Juni 1967, S. 6.

335 *Neues Deutschland*, „Professor Abendroth in Hannover: Schließen wir uns mit den Arbeitern zusammen“, 11. Juni 1967, S. 8.

336 Ebd.

„Aber die Bremer Arbeiter, Studenten und Schüler erzwangen ihren Erfolg dem Terror zum Trotz. Die Front der Aktion umfasste die Arbeiter von Klöckner und den Werften, die Eisenbahner, Schüler, Studenten, Angestellte. Das ist das Geheimnis der Erfolge.“³³⁷

Auch in den Berichten über das Attentat auf Rudi Dutschke und den sich anschließenden Osterunruhen betonten die untersuchten Tageszeitungen die sich bildende gemeinsame Front der Demonstranten und Arbeiter. Am 15. April 1968 machte das *Neue Deutschland* mit der Schlagzeile „Antifaschistische Einheitsfront in Westberlin gebildet“ auf.³³⁸ Die in den Ostertagen eskalierende Gewalt führte jedoch eher zu weiteren Distanzierungen der Gewerkschaften von der Studentenbewegung.³³⁹ Diese Aspekte klammerte die Berichterstattung der untersuchten Presse systematisch aus und hob die Aspekte hervor, die in die Argumentationslinien eingepasst werden konnten.

Der traditionelle Arbeitstag 1. Mai ließ sich besonders gut nutzen, um die Einheit von Studenten und Arbeitern darzustellen. Das *Forum* beschrieb den Tag unter dem Titel „Erste sozialistische Maidemonstration in Westberlin“ in Gedichtform:

„Verbrennung der Ketzerin, der Arbeiterfahne.
Ihr Bekennerrot wird auch in Westberlin
den Herrschenden gefährlich. Hinter ihm
beginnen Arbeiter und Studenten
einen gleichen Schritt zu gehen.
Da erheben Tausende Mutiger ihr Haupt
wider politisches Mittelalter. Es weigert sich
abzutreten. Autodafé. Vom Wagen des
westdeutschen Fernsehens herab
wird der Auftritt gedreht. Noch ist er
diesmal Exklusivvorstellung. Noch sind
alle Inquisitionsgesetze nicht erlassen
Die Losung der Vorangehenden

337 *Neues Deutschland*, „Aktionseinheit schlug Bremer Senat“, 26. Januar 1968, S. 6.

338 *Neue Deutschland*, „Antifaschistische Einheitsfront in Westberlin gebildet“, 15. April 1968, S. 1.

339 Tolomelli 2001, S. 196ff.

ist unmittelbares Gebot: „Vereinigt siegen,
nicht getrennt unterliegen!“³⁴⁰

Deutlich wies das Gedicht nochmals auf die Notwendigkeit eines gemeinsamen Kampfes von Arbeitern und Studenten hin. Nur so könnten sie „den Herrschenden gefährlich“ werden. Die Beziehungen der Studenten zu den Gewerkschaften hatten sich jedoch bereits so stark abgekühlt, dass den Studentenvertretern das Rederecht auf den gewerkschaftlichen Veranstaltungen zum 1. Mai untersagt wurde.³⁴¹ Dies erwähnte die untersuchte Presse jedoch nicht.

Das Gedicht machte mit dem Begriff „Inquisitionsgesetze“ auch auf die Notstandsgesetze aufmerksam. Nach dem Attentat auf Rudi Dutschke erwähnten die untersuchten Tageszeitungen das Zusammenstehen von Arbeitern und Studenten vor allem im Zusammenhang mit den Protesten gegen die Notstandsartikel. Dies kam auch in den gewählten Überschriften zum Ausdruck z. B.: „Antinotstandsfront wird breiter und fester“³⁴² und „Einig im Kampf gegen das Notstandsregime“³⁴³. Das *Neue Deutschland* berichtete im Artikel „Arbeiterjugend an der Seite der Studenten“:

„Zwei Bundesjugendkonferenzen und zwei Landeskonferenzen großer westdeutscher Gewerkschaftsverbände sprachen sich am Wochenende für gemeinsame Aktionen mit den Studenten gegen den Notstandsterror und für die Teilnahme am Marsch auf Bonn am 11. Mai aus.“³⁴⁴

Die Verhinderung der Notstandsgesetzgebung war einer der wenigen Punkte, die die Studentenbewegung mit den Gewerkschaften verband.³⁴⁵ Allerdings zeigte sich auch auf diesem Gebiet, dass es zu keinem festen Zusammenschluss von Arbeitern und Studenten kam. Der im Ausschnitt erwähnte „Marsch auf Bonn“ fand nur bei der Gewerkschaftsjugend Unterstützung, die Führung des DGB lehnte die Veranstaltung ab und rief am 11. Mai 1968

340 *Forum* 9/1968, „Erste sozialistische Maidemonstration in Westberlin“, 1. Maiheft 1968, S. 12.

341 Tolomelli 2001, S. 199.

342 *Neues Deutschland*, „Antinotstandsfront wird breiter und fester“, 23. April 1968, S. 1.

343 *Neues Deutschland*, „Einig im Kampf gegen das Notstandsregime“, 23. April 1968, S. 6.

344 *Neues Deutschland*, „Arbeiterjugend an der Seite der Studenten“, 22. April 1968, S. 1.

345 Tolomelli 2001, S. 163.

zu einer Protestkundgebung in Dortmund auf. Dies erwähnte die SED-Zeitung jedoch nicht.

Viele Ziele der Studenten, vor allem die Hochschulreform, interessierten die Arbeiterschaft kaum. Auch die Formen des Studentenprotests stießen häufig auf Ablehnung. Daher bot sich dieses Thema für die untersuchten Presseorgane besonders gut an, um über die Einheit von Arbeitern und Studenten berichten zu können.

Nach der Verabschiedung der Notstandsgesetze verlegten sich die untersuchten Tageszeitungen auf die Propagierung der Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfverbündnisses. Das *Neue Deutschland* kommentierte:

„In der breiten Antinotstandsbeziehung, die sich in den vergangenen Monaten als aktive außerparlamentarische Opposition entwickelte, ist die Kraft sichtbar geworden, die in der Lage sein kann, den wirklichen Volksinteressen Geltung zu verschaffen.“³⁴⁶

Als Erklärung, warum die Gesetze nicht verhindert werden konnten, gab die SED-Zeitung die noch ungenügende Stärke des gemeinsamen Kampfverbündnisses an. Die *Junge Welt* führte zur Untermauerung der Forderungen nach einem Zusammengehen von Studenten und Arbeitern die Situation in Frankreich an. Dort hatten die Arbeiter zur Unterstützung der rebellierenden Studenten zu einem Generalstreik aufgerufen.³⁴⁷

„Schaut nach Frankreich. Die Demonstrationen der Studenten konnten vom System noch brutal unterdrückt werden, doch die Millionenbeziehung der Werkstätigen zwang die Bosse an den Verhandlungstisch!“³⁴⁸

Auch das Symbol der Arbeiterschaft, die rote Fahne, erwähnten die Artikel über die Demonstrationen immer wieder. Ohne ausführliche Hinweise machen zu müssen, konnte die untersuchte Presse so auf die Verbindung zur Arbeiterbeziehung aufmerksam machen. Gleichzeitig wies die Erwähnung der roten Fahne auch auf die Nähe der Studentenbeziehung zum Sozialismus hin. Die Berichte über das Singen von Arbeiterliedern hatten die gleiche Funktion wie die Nennung der roten Fahne. Sie sollten ebenfalls verdeutli-

346 *Neues Deutschland*, „Antwort auf die Fragen eines Tübinger Studenten“, 10. Juli 1968, S. 6.

347 Gilcher-Holtey 2001, S. 80ff.

348 *Junge Welt*, „Den Notstandszug entgleisen lassen“, 18. Juni 1968, S. 1.

chen, dass der Protest auch von den Arbeitern getragen wurde. Im Artikel „20 000 gegen US-Aggressionen“ berichtete die FDJ-Zeitung:

„Alte Kampflieder, alte Arbeiterlieder rufen die Sympathie der Spaliersteher hervor.“³⁴⁹

Und das *Forum* schrieb:

„Hier sammelten sich die Demonstranten während eine Kapelle für viele Ohren langentbehrte Arbeiterlieder spielte.“³⁵⁰

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die untersuchte Presse zum einen den Zusammenschluss von Arbeitern und Studenten forderte und zum anderen aber suggerierte, dass dies in vielen Fällen bereits erfolgt sei. Die nicht in die Ideologie passenden Spannungen zwischen den Studenten und vor allem der organisierten Arbeiterschaft fanden keinerlei Erwähnung.

Die Rolle der Arbeiter spielte auch in den Auseinandersetzungen mit dem theoretischen Hintergrund der Studentenbewegung eine große Rolle. Im Mittelpunkt der Berichterstattung stand die Theorie von Herbert Marcuse, der vor allem den Studenten und nicht mehr den Arbeitern die Rolle des revolutionären Subjekts zusprach.

9.6 „Die kritische Theorie bleibt negativ“ – Auseinandersetzung mit dem theoretischen Hintergrund der Studentenunruhen

Während die Themen der vorangegangenen Kapitel vor allem in der *Jungen Welt* und im *Neuen Deutschland* dargestellt wurden, fand eine Auseinandersetzung über die theoretischen Hintergründe der Studentenunruhen in erster Linie in der Studentenzeitschrift *Forum* statt. In der Halbmonatsschrift, die nicht auf Tagesaktualität zielte, hatten die Redakteure die Möglichkeit Themen ausführlich abzuhandeln, wie dies für die Darstellung von umfangreichen theoretischen Konzepten notwendig war. Auch inhaltlich war die Studentenzeitschrift der geeignete Ort, um sich z. B. mit Marcuse auseinander zu setzen.

Im Artikel über den Tod Benno Ohnesorgs berichtete das *Forum* zum ersten Mal über den Vordenker der Studentenbewegung Marcuse. Ausgangspunkt waren die theoretischen Diskussionen unter den Studenten, die sich gegen

349 *Junge Welt*, „20 000 gegen US-Aggressionen“, 19. Februar 1968, S. 2.

350 *Forum* 9/68, „Die Chancen der neuen Opposition“, 1. Maiheft 1968, S. 5.

das System der Bundesrepublik wandten. Die Studentenzeitschrift merkte dazu an:

„Sie wurden sich nicht einig. Die einen vertraten sozialistische Theorien, andere sektiererische Auffassungen, wieder andere hatten kleinbürgerlich-sozialreformerische Vorstellungen. Unter dem Einfluss einiger Professoren fanden vor allem die Ideen des 1933 aus Deutschland emigrierten Philosophen und Soziologen Ludwig Marcuses an der Freien Universität Verbreitung.“³⁵¹

Dieser Artikel sprach bereits die Probleme an, die zwei Jahre später zum Auseinanderfall der Studentenbewegung und die Auflösung ihrer führenden Organisation, dem SDS, führen sollte: Die Zersplitterung der Bewegung in viele Kleingruppen.³⁵² Hatten der Kampf gegen die Notstandsgesetze, den Vietnamkrieg und für eine Hochschulreform die unterschiedlichen Studentengruppen noch geeint, so zerfielen sie in vielen theoretischen Diskussionen als die äußere Klammer nach der Verabschiedung der Notstandsgesetze und der Bekanntgabe der Beendigung des Vietnamkrieges wegfiel. Über den Stand der Diskussionen unter den Studenten gab das *Forum* in etlichen Artikeln immer wieder Auskunft.

Zu Beginn des Jahres 1968 setzte sich das *Forum* in einer vierteiligen Serie „Die kritische Theorie bleibt negativ“ ausführlich und differenziert, jedoch mit einem eindeutigen ideologischen Standpunkt, mit der Theorie Marcuses auseinander. Der Beitrag des *Forums* erläuterte die Bedeutung der Darstellung der Theorie:

„Wir wollen verstehen, warum fortschrittliche Studenten Westberlins auf ihn schwören. Wie wollen dabei auch prüfen, ob der Katalog unserer Argumente bei der Auseinandersetzung mit der imperialistischen Ideologie vollständig ist. Wir können in der geistigen Auseinandersetzung nur lernen.“³⁵³

Die Einleitung sandte zwei unterschiedliche Signale. Zum einen suggerierte sie eine offene „geistige Auseinandersetzung“. Der Hinweis auf die „imperialistische Theorie“ machte jedoch zum anderen deutlich, dass die Auseinander-

351 *Forum* 13/1967, „Ein Schuß – Der Freiheit ins Genick“, 1. Juliheft 1967, S. 14.

352 Koenen 2001, S. 259f.

353 *Forum* 2/68, „Die kritische Theorie bleibt negativ“, 2. Januarheft 1968, S. 4.

dersetzung vom Standpunkt der sozialistischen Ideologie aus geführt und die Theorie Marcuses von vorn herein als negativ bewertet wurde.

Da die Schriften Marcuses in der DDR zur sogenannten „Giftschrankliteratur“³⁵⁴ zählten und nur mit Sondergenehmigung eingesehen werden konnten, stellte die Serie in weiten Teilen die Theorie Marcuses dar und zitierte größere Abschnitte aus seinen Werken. Dies widersprach den üblichen Gepflogenheiten der DDR-Presse. In Auseinandersetzungen mit Andersdenkenden kritisierte sie diese zwar scharf, zitierte sie jedoch zumeist nicht, um sich nicht angreifbar zu machen.³⁵⁵

Bereits in der Darstellung des Lebensweges des Theoretikers stellte die Studentenzeitschrift die Grundlage seines Denkens dar:

„Marcuse versucht nämlich stets zugleich in den Kategorien des Gesellschaftlichen und des Individuellen, der Soziologie und der Psychologie sowie des Marxismus und der Freudschen Psychoanalyse zu denken.“³⁵⁶

Dies widersprach der Ideologie des Marxismus-Leninismus, deren Kern das gesellschaftliche Sein der Menschen bildete.³⁵⁷ Damit stellte der Artikel gleich zu Beginn die Hauptdifferenz und den Hauptkritikpunkt an Marcuse dar und führte dies im Folgenden genau aus.

Die Studentenzeitschrift nahm vor allem Bezug auf die Teile der Theorie Marcuses, die besonders von der Studentenbewegung rezipiert wurden, z. B. das Konzept der „Repressiven Toleranz“³⁵⁸. Marcuse ging davon aus, dass das Recht immer auf der Seite derjenigen stehe, die zur etablierten Herrschaft gehörten. Diese hätten die rechtlichen Grundlagen erdacht und würden diese nun schützen wollen.³⁵⁹ Daraus leitete er ein „Recht auf Wider-

354 Wolle 2001, S. 41.

355 Ebd.

356 *Forum* 2/68, „Die kritische Theorie bleibt negativ“, 2. Januarheft 1968, S. 4.

357 Weber/Lange 1995, S. 2043.

358 Marcuse, Herbert: Repressive Toleranz, in: Sievers, Rudolf: 1968, Eine Enzyklopädie, Frankfurt am Main, S. 143–164.

359 Marcuse 2004, S. 145.

stand“³⁶⁰ ab. Das *Forum* mahnte die Studenten, die sich bei ihren Aktionen auf Marcuse beriefen:

„Dort, wo die Protestformen Selbstzweck werden und ans Anarchistische gemahnen, stoßen sie nämlich breite Kreise ab (die inhaltlich mit den Studenten sympathisieren) und machen sich selbst lächerlich, d.h. sie werden ungewollt zu Hilfsmitteln der repressiven Toleranz.“³⁶¹

Die Berichterstattung in den untersuchten Zeitungen stellte vor allem die Demonstrationen und die vom Staat ausgehende Gewalt in den Mittelpunkt. Von Aktionen, die in erster Linie einen provozierenden, regelbrechenden und keinen politischen Charakter hatten, berichteten die untersuchten Presseorgane nicht. Das obige Zitat macht deutlich, dass die SED-Funktionäre das provozierende, anarchistische Vorgehen der Studenten ablehnten.

Der Artikel der Studentenzeitschrift ging auch auf den Begriff des „eindimensionalen Menschen“ ein und definierte ihn nach Marcuse folgendermaßen:

„Das ist ein Mensch, dem es an innerer Freiheit mangelt, der so zuge richtet wurde, daß er nur noch eine Dimension des Denkens und Verhaltens kennt: die der manipulierten Meinung. [...] Der eindimensionale Mensch fügt sich nicht einfach in die manipulierte Gesellschaft ein, sondern macht sich die von den Monopolen verordneten Wünsche, Bedürfnisse, Verhaltensmuster, Meinungen und Triebe so zu eigen, daß er ihre fremde Herkunft nicht mehr bemerkt, sondern sie für eigenbestimmt hält.“³⁶²

Wie bereits im Kapitel über die Springer-Presse erläutert, stimmten die SED-Mächtigen dieser Darstellung zu, allerdings bemängelten sie, dass Marcuse mit seiner Gesellschaftskritik in der Beschreibung der Phänomene verharre und nicht zu den Ursachen dieser Situation und den richtigen weiterführenden Schlüssen käme. Allein die Definition des „eindimensionalen Menschen“ als ein Produkt des Kapitalismus führe zur Einsicht in die Funktionsweisen des Systems und des stattfindenden Klassenkampfes. Marcuse versperre sich die Sicht auf die

360 Marcuse 2004, S. 164.

361 *Forum* 3/68, „Die kritische Theorie bleibt negativ“, 1. Februarheft 1968, S. 4.

362 *Forum* 3/68, „Die kritische Theorie bleibt negativ“, 1. Februarheft 1968, S. 5.

„mit dem gesellschaftlichen Eigentum an den Produktionsmitteln und mit der Macht der Arbeiter, Bauern und ihrer Verbündeten gegebenen völlig andersartigen Möglichkeiten des sozialistischen Systems [...]“³⁶³

Die Zeitung wies auf die herausgehobene Stellung der Arbeiter und Bauern hin, und grenzte sich damit von Marcuse ab. Dieser sprach nicht der Arbeiterklasse das revolutionäre Potential zu, sondern der ‚Neuen Linken‘, da diese noch nicht an das System angepasst sei. Die SED sah weiterhin in der Arbeiterklasse das revolutionäre Subjekt. Wie im vorangegangenen Kapitel dargestellt, passten die untersuchten Tageszeitungen die Studentenbewegung in diese ideologischen Vorstellungen ein und deuteten die Proteste teilweise in Arbeiterproteste um. Das *Forum* versuchte den Lesern auf einer theoretischen Ebene zu verdeutlichen, dass sich auch in der Bundesrepublik der Klassenkampf verschärfe und die Arbeiter zu der ihnen von Marx zugeordneten Rolle zurückfänden. Die Studentenzeitschrift hielt Marcuse entgegen:

„Die Klassen sind nicht verschwunden. Und mit ihnen bleiben auch die Klassenwidersprüche, der Klassenkampf und die objektive Basis des proletarischen Klassenbewußtseins bestehen.“³⁶⁴

Als Beispiel dafür, wie unrecht Marcuse habe, führte der Artikel die Bremer Demonstrationen gegen Fahrpreiserhöhungen an:

„Trotz brutalen Polizeieinsatzes blieben die Demonstranten erfolgreich, und zwar vor allem deshalb, weil Arbeiter, Schüler und Studenten gemeinsam demonstrierten [...]“³⁶⁵

Der letzte Abschnitt der Serie befasst sich mit Marcuses Konzeption der ‚befriedeten Gesellschaft‘. Bereits in der Einleitung wurde deutlich, dass das Konzept negativ bewertet wurde:

„Die ‚befriedete Gesellschaft‘ ist beinahe zu schön – zu schön, um wahr zu sein. Sie trägt unverkennbar utopische und anarchische Züge.“³⁶⁶

363 Ebd.

364 *Forum* 4/68, „Die kritische Theorie bleibt negativ“, 2. Februarheft 1968, S. 7.

365 Ebd.

366 *Forum* 5/68, „Die kritische Theorie bleibt negativ“, 1. Märzheft 1968, S. 8.

Gerade diese Züge wiesen die SED-Mächtigen als sektiererisch zurück. Auch die im Konzept enthaltenen Rückgriffe auf die Freudsche Psychoanalyse wurden strikt abgelehnt, da sie das Individuum und nicht die Gesellschaft in den Mittelpunkt stellten. Die Studentenzeitschrift empfahl:

„Marcuse hätte, statt sich geistig im begrifflichen Morast der Psychoanalyse zu versinken, lieber den festen Grund der marxistischen Freiheitsvorstellungen betreten sollen.“³⁶⁷

Damit war der Artikel wieder am Ausgangspunkt der Argumentation angelangt. Die Lösung könne allein aus der sozialistischen Idee gewonnen werden. Theorien, die sich auf Marx bezogen, aber nicht vereinbar waren mit dem sozialistischen Modell der DDR lehnte der Redakteur des Artikels strikt ab:

„Ich persönlich bin der Meinung, daß man den imperialistischen Ideologen sowie auch dem ‚Theoretiker eines dritten Weges‘ in bezug auf die Probleme des Menschen keinen Quadratzentimeter Terrain überlassen darf.“³⁶⁸

Der Hinweis auf den „dritten Weg“, auf eine Alternative zwischen Kapitalismus und Sozialismus, war eine deutliche Warnung vor allen reformsozialistischen Bestrebungen, wie sie im Frühjahr 1968 in der Tschechoslowakei angestellt und auch in Teilen der Intelligenz der DDR diskutiert wurden. Hierin lag die Funktion der umfangreichen Darstellung der Theorie Marcuses. Jeder Form der Aufweichung der von der SED propagierten Ideologie sollte entgegen gewirkt werden. Dabei schien die Gefahr nicht vom kapitalistischen System auszugehen, sondern vor allem von reformsozialistischen Vorstellungen. Diese stellten durch die Forderung nach Demokratie die Macht der SED in Frage und konnten daher nicht toleriert werden. Die Überschrift „Die Kritische Theorie bleibt negativ“ war eine Anlehnung an ein Zitat Marcuses und stellte sogleich das Fazit der Auseinandersetzung dar.

Das *Forum* setzte sich neben der Theorie Marcuses auch mit der Idee des Antiautoritären auseinander. Im Mittelpunkt des Berichts „Die Chancen der neuen Opposition“ im 1. Maiheft 1968 stand die Entwicklung des SDS, der als Kern der Studentenbewegung betrachtet wurde. Der Redakteur verfolgte die theoretischen Debatten im Studentenbund und bezog dazu Stellung. Der

367 Ebd.

368 Ebd.

SDS befände sich auf dem Weg „zu einer folgenrichtigen marxistischen Konzeption“³⁶⁹, hätte diesen Weg allerdings gerade erst angetreten. Für die immer wieder auftauchenden Abweichungen von diesem Kurs wurden die Vertreter der antiautoritären Richtung verantwortlich gemacht:

„’Autoritär’ ist bestimmt eines der meistgebrauchten Worte des SDS, und es ist ein Vorwurf gegen eigentlich fast alle politischen Kräfte, die ihre errungene Macht auch verteidigen. Damit werden natürlich die Klassenfronten in entscheidendem Maße verwischt.“

Das Verwischen der Klassenfronten führe wiederum dazu, dass die Gegner und Unterstützer der Studentenbewegung nicht richtig erkannt werden würden. So erklärte die Studentenzeitschrift, dass sich auch die DDR häufig in der Kritik der Studenten befände. Der antiautoritären Bewegung wurde der Vorwurf gemacht, dass sie nicht begreife, dass

„Klassenorganisation Disziplin, freiwillige Unterordnung und eben auch ideologische Einheit braucht“.³⁷⁰

Die genannten Tugenden sah die SED in der DDR verwirklicht. Es herrschte eine „freiwillige Unterordnung“ unter die Macht der Partei und in der Form der SED sei die „ideologische Einheit“ gewährleistet. Der Weg der DDR wurde als beispielhaft dargestellt. Die Ablehnung jeglicher Autorität ließ die Sichtweise der antiautoritären Kreise um Rudi Dutschke besonders gefährlich für die Führung der SED erscheinen. Ihre Macht wurde direkt in Frage gestellt. Deswegen grenzten sich die SED-Mächtigen so scharf von dieser Ausrichtung der Studentenbewegung ab.

Im November 1968 berichtete die Studentenzeitschrift ein weiteres Mal von den Auseinandersetzungen zwischen den Traditionalisten und den Antiautoritären innerhalb des SDS. Deutlich erkannte die Studentenzeitschrift das sich abzeichnende Abflauen der Bewegung:

„Heute wollen wir versuchen, eine noch umfassendere Bilanz zu ziehen, weil die Ära der ‚revolutionären Herausforderungen‘ vorläufig

369 *Forum* 9/68, „Die Chancen der neue Opposition“, 1. Maiheft 1968, S. 5.

370 *Forum* 21/68, „Bewahrung des Bewährten – Axiom für Revolutionäre, Anmerkungen zum Weg des Sozialistischen Deutschen Studentebundes“, 1. Novemberheft 1968, S. 6.

zu Ende gegangen und die Ära der revolutionär-marxistischen Kleinarbeit zu beginnen scheint.“³⁷¹

Ohne ihn explizit zu nennen, ging der Artikel auf die Einflüsse der Theorie Marcuses ein:

„Unter den Einfluß vor allem kleinbürgerlicher Ideologie herrschte ein verbreiteter Unglaube an die Kraft der Arbeiterklasse und ihre revolutionäre Befähigung im staatsmonopolistischen Kapitalismus.“³⁷²

Die Schuld an dieser Entwicklung wurde wiederum der „Antiautoritären Strategie“ gegeben. Skeptisch fragte die Zeitschrift:

„Wird es den marxistischen, theoretisch bewussten Kräften gelingen, diese Ansätze auszubauen und schließlich mit den Aktionen einer organisierten Arbeiterbewegung zu verbinden, oder werden sich die antiautoritären Sektierer durchsetzen?“³⁷³

Nach der Niederschlagung des Prager Frühlings sollte nochmals deutlich gemacht werden, dass nur die marxistisch-leninistische Ideologie weiterführen werde und alle Abweichungen von der reinen Lehre in die Irre laufen. Der Artikel wandte sich dabei an den SDS und rief zur „marxistischen Kleinarbeit“ auf. In erster Linie sollte jedoch die DDR-Studentenschaft argumentativ davon überzeugt werden, von Diskussionen, die nicht der sozialistischen Theorie der SED entsprachen, Abstand zu nehmen.

Im August 1969 beschäftigte sich das *Forum* zum letzten Mal im Zeitraum der Untersuchung mit der Studentenbewegung. Die bereits dargestellten Argumente gegen antiautoritäre und anarchistische Ideen wurden hier nochmals wiederholt. Neu war die Auseinandersetzung mit der ‚sexuellen Revolution‘:

„Einige Studenten rechnen zur Freiheit, die sie erstreben, die Möglichkeit, ihr Sexualverhalten, auch ihre Schwierigkeiten beim Orgasmus, öffentlich zu diskutieren.“³⁷⁴

371 *Forum* 21/68, „Bewahrung des Bewährten – Axiom für Revolutionäre, Anmerkungen zum Weg des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes“, 1. Novemberheft 1968, S. 6.

372 Ebd.

373 Ebd.

374 *Forum* 15/69, „Aufbruch und Ohnmacht im studentischen Linksradikalismus“, 1. Augustheft 1968, S. 17.

Der letzte Satz war eine deutliche Anspielung auf den bekannten Ausspruch Dieter Kunzelmanns³⁷⁵ „Was geht mich Vietnam an, solange ich Orgasmus-schwierigkeiten habe?“³⁷⁶ Das *Forum* lehnte diesen Denkansatz jedoch ab:

„Wer die Revolution im sexuellen beginnen will, ändert nichts am Spätkapitalismus, sondern ordnet sich ihm ein.“³⁷⁷

Einen Aspekt der Studentenbewegung, die Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit der Eltern, klammerten die untersuchten Tageszeitungen und die Studentenzeitschrift fast vollständig aus. Dies erscheint zunächst merkwürdig, da sich die DDR als antifaschistischer Staat definierte, der vollständig mit allen faschistischen Elementen gebrochen habe. Der Bundesrepublik warfen die SED-Mächtigen vor, personell und auch ideologisch an die Zeit des Nationalsozialismus anzuknüpfen. Die Forderung nach einer Auseinandersetzung mit der Vergangenheit hätte also gut in die Argumentationslinie der SED-Medienfunktionäre eingepasst werden können. Dies hätte jedoch bedeutet, dass die Auseinandersetzungen als Generationenkonflikt und nicht als Zeichen des sich zuspitzenden Klassenkampfes hätten interpretiert werden müssen.

Die Berichte über den theoretischen Hintergrund waren in weiten Teilen sehr kritisch, jedoch griffen sie nie die Studentenbewegung an sich an, sondern nur einzelne Ideen. Die Studenten wurden weiterhin positiv konnotiert und die sich abzeichnenden Fehlentwicklungen wurden als Auswirkungen der Manipulation interpretiert. Deutlich wird dies auch in der Berichterstattung über die Forderungen der Studenten, hinter die sich auch die untersuchte Presse stellte.

375 Dieter Kunzelmann gehörte der Kommune I an.

376 Zitiert nach: Schneider, Franz: Dienstjubiläum einer Revolte „1968“ und 25 Jahre, München 1992, S. 108.

377 *Forum* 15/69, „Aufruhr und Ohnmacht im studentischen Linksradikalismus“, 1. Augustheft 1968, S. 17.

9.7 „Sie wissen, wofür sie kämpfen“ – Die Forderungen der Studenten

Classen³⁷⁸ und in Anlehnung an seinen Vortrag auch Wierling³⁷⁹ konstatieren eine weitgehende Ausblendung der Programmatik der Studenten. Dies kann für die Tageszeitungen *Neues Deutschland* und *Junge Welt* sowie die Studentenzeitschrift *Forum* nicht bestätigt werden. Betrachtet man die Hauptziele der Studentenbewegung, dann lässt sich erkennen, dass diese auch breiten Niederschlag in der untersuchten Presse gefunden haben, allerdings in die Argumentationslinien eingepasst wurden.

- *Die Abschaffung der Ordinarienuniversität und die Durchsetzung einer demokratischen Hochschulreform im Sinne der Drittelparität.*³⁸⁰ Die Forderung nach einer Hochschulreform nutzte die untersuchte Presse vor allem zur Darstellung der 3. Hochschulreform in der DDR. Das eigene System wurde als vorbildlich präsentiert. Die Mitbestimmung sei dadurch gewährleistet, dass an der Universität ein Miteinander von Studenten und Professoren herrsche und nicht wie in der Bundesrepublik beide ‚Klassen‘ sich gegenseitig bekämpften.
- *Die Verhinderung der Notstandsgesetzgebung.* Diese Forderung der Studenten ließ sich besonders gut nutzen, um die Repressivität und die vermeintliche Refaschistisierung der Bundesrepublik zu verdeutlichen. Zugleich ließ sich an dieser Forderung zeigen, dass diese auch der Position der DDR entspräche.
- *Den Stopp der rechtsradikalen NPD bei ihrem Durchmarsch durch mehrere Landesparlamente auf dem von ihr anvisierten Weg in den Bundestag.* Über Proteste gegen NPD-Veranstaltungen berichteten die untersuchten Tageszeitungen nur sehr selten und das *Forum* gar nicht. Die SED-Medienfunktionäre wollten verdeutlichen, dass die konstatierte zunehmende Refaschistisierung nicht auf die NPD begrenzt sei, sondern auch andere Parteien, vor allem die CDU, betreffen. Im Mittelpunkt der Berichterstattung stand deswegen die sich vermeintlich abzeichnende Annäherung von CDU und NPD und nicht so sehr die studentischen Proteste.

378 Classen 1998, S. 6.

379 Wierling 2002, S. 304.

380 Die Zusammenstellung der Hauptforderungen entnommen aus: Kraushaar 2002, S. 34.

- *Die Entflechtung der Medienkonzerne, insbesondere des Axel-Springer-Verlags, um eine zunehmende Manipulation der öffentlichen Meinung zu verhindern.* Auch diese Forderung der Studenten wurde dargestellt und genutzt, um am Beispiel von Springer die Rolle eines Monopolkapitalisten vorzuführen. Der DDR-Bevölkerung sollte verdeutlicht werden, dass die vermeintliche Pluralität des westlichen Pressemarktes nur Schein sei und dieser in Wirklichkeit in erster Linie von Springer kontrolliert und für dessen Interessen genutzt werde.
- *Den Rückzug der USA aus Vietnam und die Beendigung des dort immer weiter eskalierenden Krieges.* Die untersuchte Presse berichtete sowohl im Zusammenhang mit der Studentenbewegung als in ihrer sonstigen Berichterstattung ausführlich über die Kämpfe in Vietnam und nutzte diese, um die USA als rücksichtslosen Aggressor und die Bundesrepublik als ihren Gehilfen darstellen zu können.

Die untersuchte Presse gewichtete jedoch die Ziele der Studentenbewegung um. So rückte sie die nachrangige Forderung der Studenten nach Anerkennung der DDR in den Vordergrund und suggerierte damit, dass dies eines der Hauptziele der Bewegung sei.

Die oben angeführten Forderungen wurden vor allem im *Neuen Deutschland* z. B. im Artikel „Sie wissen, wofür sie kämpfen“³⁸¹ und der *Jungen Welt* wiedergegeben. Das *Forum* berichtete in erster Linie über die hochschulpolitischen Forderungen der Studenten. Im März 1968 setzte sich die Studentenzeitschrift mit der Kritischen Universität auseinander, die im November 1967 in Westberlin gegründet worden war. Durch sie sollte ein Teil der hochschulpolitischen Ziele bereits in einem neuen Modell erprobt werden. Die finanzielle Unterstützung dieser Idee gehörte zu den Forderungen der protestierenden Studenten.

Die Entstehung der Kritischen Universität wurde wie die Studentenunruhen als ein Ausdruck der allgemeinen Krise des kapitalistischen Systems bewertet. Ihre Gründung ließe sich nur

„aus dem historischen und sozialökonomischen Hintergrund der Gesamtentwicklung des Herrschaftssystems des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Westdeutschland und Westberlin interpretieren.“³⁸²

381 *Neues Deutschland*, „Sie wissen, wofür sie kämpfen“, 26. April 1968, S. 6.

382 *Forum* 6/68, „Die Kritische Universität“, 1. Märzheft 1968, S. 8.

Im Abschnitt über die „Chancen, Probleme und Perspektiven der KU“ stellte die Studentenzeitschrift die Bedingungen auf, unter denen das Konzept der Kritischen Universität funktionieren könne. Zum einen müsste die Lehre des Marxismus-Leninismus die theoretische Fundierung sein. Zum anderen sollten die gemeinsamen Positionen der

„fortschrittlichen Kräfte der Arbeiterklasse, der Sozialdemokraten, Gewerkschafter, der Studenten, der Intelligenz und aller Werktätigen“³⁸³

herausgearbeitet werden. Diese Forderungen liefen darauf hinaus, dass ein Modell, ähnlich der Universität in der DDR, geschaffen würde. Durch die 3. Hochschulreform war das marxistisch-leninistische Grundlagenstudium ausgeweitet worden. Auch die Zusammenarbeit mit der Arbeiterschaft wurde durch Praxissemester verstärkt.³⁸⁴ Das Fazit des Berichts stellte nochmals deutlich die DDR als Vorbild heraus:

„Das historische Beispiel für die grundsätzliche Lösung der sozialen Probleme einschließlich der demokratischen Umgestaltung des Bildungs- und Hochschulwesens ist und bleibt für die westdeutschen und Westberliner Arbeiter, Studenten und Hochschullehrer die DDR.“³⁸⁵

Dem Leser sollte durch die Berichterstattung über die Kritische Universität zum einen nochmals der Widerstand gegen das etablierte Hochschulsystem in der Bundesrepublik verdeutlicht werden, und zum anderen wurde das DDR-System als beispielhaft präsentiert. Ganz im Sinne der im März 1968 gelenkten Debatten über die neue Verfassung der DDR, ordnete auch der Redakteur seinen Bericht in diese aktuelle Diskussion ein:

„Die sozialistische Verfassung der DDR wird auch die historischen Veränderungen und Leistungen auf diesem Gebiet [gemeint ist das hochschulpolitische Gebiet, M. Witkowski] sowie den Rahmen ihrer perspektivischen freien Entwicklung im Dienst der Volksinteressen fixieren.“³⁸⁶

Einen Monat später druckte das *Forum* einen zweiseitigen Bericht über die 20. Mitgliederversammlung des VDS ab. Die Studentenzeitschrift berichtete

383 Ebd.

384 Ohse 2003, S. 160ff.

385 *Forum* 6/68, „Die Kritische Universität“, 1. Märzheft 1968, S. 8.

386 Ebd.

von den Abstimmungen und den angenommenen Anträgen, die die Forderungen der Studenten enthielten. Als erstes nannte er die Anerkennung der DDR:

„Der Antrag des VDS, die DDR anzuerkennen und geregelte Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten aufzunehmen, wurde von den 300 Delegierten ohne Gegenstimme mit nur 31 Enthaltungen angenommen.“³⁸⁷

Weitere Anträge bezogen sich auf den Vietnamkrieg, die Notstandsgesetze und den Springer-Konzern. Die Anerkennung der DDR gehörte zum Forderungskatalog der Studentenbewegung, allerdings erst an ganz nachgeordneter Stelle. Die Nennung als erste Forderung suggerierte, dass dieses Thema eine große Bedeutung für die Studenten hätte. Die SED-Medienfunktionäre vereinnahmten die Studentenbewegung für die außenpolitischen Ziele der DDR.

In den Mittelpunkt des Berichts rückte die Zeitung die Forderung der Studenten nach Mitbestimmung. Diese sei an den westdeutschen Hochschulen immer noch nicht verwirklicht, in der DDR stelle sie hingegen „eine wesentliche Grundlage zur erfolgreichen Weiterführung der sozialistischen Hochschulreform“³⁸⁸ dar.

Auch der Beitrag im Dezember 1968 stellte die Forderung der Studenten auf Mitbestimmung in den Mittelpunkt. Dieser Artikel machte deutlich, wieso dieser Aspekt für die SED-Medienfunktionäre von Bedeutung war:

„Das westdeutsche Großkapital, die Parteien, die staatlichen Machtorgane widersetzen sich mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln [...] sowohl den Forderungen nach gewerkschaftlicher Mitbestimmung als auch den hochschulpolitischen Forderungen.“³⁸⁹

Nach der Verabschiedung der Notstandsgesetze stellte die Forderung nach Mitbestimmung eine Schnittmenge zwischen den Zielen der Studenten und denen der Arbeiterschaft dar. Die Darstellung dieses Aspektes erlaubte es, weiterhin den gemeinsamen Kampf der Arbeiter und Studenten zu propagieren.

387 *Forum* 8/68, „Demokratische Alternative des VDS“, 2. Aprilheft 1968, S. 7.

388 *Forum* 8/68, „Demokratische Alternative des VDS“, 2. Aprilheft 1968, S. 7.

389 *Forum* 23/68, „Politische Mitbestimmung und demokratische Hochschulreform“, 1. Dezemberheft 1968, S. 8.

Im Juni 1968 setzte sich das *Forum* nochmals mit diesem Themenkomplex auseinander. Als positives Gegenbild zur nach wie vor nicht verwirklichten Mitbestimmung der Studenten präsentierte der Redakteur die Entwicklung in der DDR:

„Die 3. Hochschulreform in der DDR demonstrierte unübersehbar, daß eine der objektiven Voraussetzungen für große Umwälzungen in der Wissenschaftsorganisation und den Wissenschaftsmethoden in unserem Zeitalter die aktive Mitwirkung und Mitbestimmung aller Beteiligten, auch gerade der Studenten und der Werktätigen ist. In Westdeutschland aber wird den Studenten und Assistenten die Mitbestimmung streitig gemacht – von den Werktätigen schon gar nicht zu reden.“³⁹⁰

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die untersuchte Presse die Forderungen der Studenten soweit darstellte, wie sie in die Argumentationslinien, z. B. dem gemeinsamen Kampf der Arbeiter und Studenten, eingeordnet werden konnten.

Wesentlich schwieriger war es für die SED-Medienfunktionäre die Unterstützung weitester Teile der Studentenbewegung für die reformsozialistischen Kräfte in Prag und die Ablehnung des Einmarsches der Warschauer Paktstaaten in die Tschechoslowakei in die Berichterstattung einzupassen.

9.8 „Ein Offenes Wort an die Arbeiterjugend Westdeutschlands“ – Die Studentenproteste und der Prager Frühling

In den frühen Morgenstunden des 21. August 1968 marschierten eine halbe Million Soldaten der Armeen des Warschauer Paktes in die Tschechoslowakei ein. Einen Tage später veröffentlichte das *Neue Deutschland* eine TASS-Erklärung. Darin hieß es, dass die Staaten damit „dem Ersuchen von Partei- und Staatsfunktionären der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik entsprochen“³⁹¹ hätten. Die DDR stellte sich ganz hinter das von der Sowjetunion gelenkte Vorgehen und interpretierte die Vorgänge des Prager Frühlings als vom Westen gelenkte Provokationen. Die zunehmende Unterwanderung durch „antisozialistische Elemente“ sei nun gestoppt worden. Bereits

390 *Forum* 11/69, „Vor einem heißem Sommer? Zum Stand der gegenwärtigen demokratischen Studentenbewegung in Westdeutschland“, 1. Juniheft 1969, S. 16.

391 *Neues Deutschland*, „TASS-Mitteilung“, 22. August 1968, S. 1.

im Vorfeld berichteten die untersuchten Tageszeitungen von „Wühlarbeiten“ westlicher Geheimdienste. Nach dem 21. August 1968 schrieben sie in einem frohlockenden Ton von der Niederlage der westlichen Staaten bei ihrem Versuch, die Tschechoslowakei von ihrem sozialistischen Kurs abzubringen.

Trotz der offiziellen Ablehnung gab es in der DDR viele junge Menschen, die von den Prager Ideen fasziniert waren und sich nun in ihren Hoffnungen enttäuscht sahen. Um keine weitere Unruhe zu schüren, wies die Abteilung Agitation am 21. August 1968 an:

„Werte Genossen! Wir bitten, die nächsten Ausgaben der Zeitungen so zu gestalten, dass sie Ruhe, Sicherheit und die souveräne Kraft des Sozialismus ausstrahlen. Unter diesem Gesichtspunkt bitten wir, in den Zeitungen Donnerstag an die Spitze der ersten Seite nebeneinander die Nachrichten zur weiteren Stärkung der DDR und die aktuellen offiziellen Materialien zu den Maßnahmen der verbündeten sozialistischen Länder in der ČSSR zu platzieren.“³⁹²

Vom Einmarsch der Warschauer Paktstaaten in die Tschechoslowakei bis zum November 1968 wurde in der untersuchten Presse bis auf zwei Ausnahmen³⁹³ nicht mehr von den Studentenunruhen berichtet. Offensichtlich befürchteten die SED-Mächtigen, dass in einer so angespannten Situation weitere Berichte über Demonstrationen Unruhen im eigenen Land verursachen könnten. In einigen Städten kam es zu kleineren Demonstrationen. In Weimar forderten Flugblätter zu einem Sitzstreik auf.³⁹⁴ Diese Protestform war ein häufig verwendetes Mittel der Studenten. Vorkommen wie diese verstärkten die Befürchtungen der SED-Funktionäre, dass die Studentenunruhen sich auch auf das Verhalten der ostdeutschen Jugend negativ auswirken könnten. Zwischen dem 24. und 26. August 1968 verzeichnete das Ministerium für Staatssicherheit die meisten gegen den Einmarsch gerichteten Aktionen. Die SED konnte diese Unmutsäußerungen, die vor allem von jungen Bürgern stammten, schnell unter Kontrolle bringen.³⁹⁵

392 SAPMO DY/30/IV A 2/9.02/56

393 *Neues Deutschland*, „Polizeiterror zur Frankfurter Buchmesse“, 24. September 1968, S. 1, *Neues Deutschland*, „Prozesse gegen Studenten“, 18. September 1968, S. 7.

394 Allison, Mark: *Politics and popular opinion in East Germany 1945–1968*, Manchester 2000, S. 150.

395 McDougall 2004, S. 230.

Große Teile der bundesrepublikanischen Studentenbewegung wandten sich gegen das Vorgehen der Warschauer Paktstaaten und solidarisierten sich mit der Jugend der Tschechoslowakei. Die SED-Medienfunktionäre gingen die Auseinandersetzung mit den westdeutschen Jugendlichen und Studenten offensiv an. Unter der Überschrift „Ein Offenes Wort an die Arbeiterjugend Westdeutschlands“³⁹⁶ verteidigte die *Junge Welt* das Vorgehen der DDR. Obwohl in der Bundesrepublik eindeutig die Studenten und nicht die jungen Arbeiter die Träger der Proteste waren, richtete sich der offene Brief an die Arbeiterjugend. Der Hauptteil der Protestaktionen in der DDR, die sich gegen den Einmarsch der Warschauer Paktstaaten richtete, ging von jungen Arbeitern und Lehrlingen aus.³⁹⁷ Der Brief an die westdeutsche Arbeiterjugend ermöglichte es der FDJ-Zeitung, die Vorbehalte gegen den Einmarsch zu entkräften, ohne dass sie zugeben musste, dass sich auch viele der DDR-Jugendlichen dagegen aussprachen. Der Redakteur ordnete das Geschehen in der Tschechoslowakei in den europäischen Gesamtzusammenhang ein:

„In Europa und Deutschland stehen heute die beiden Gesellschaftsformationen Sozialismus und Imperialismus gegenüber. Ihre gegensätzlichen Strategien trafen in der ČSSR schroff aufeinander.“³⁹⁸

Diese deutliche Kontrastierung zeigte, dass es einen ‚dritten Weg‘ zwischen Sozialismus und Kapitalismus nicht geben könne. Die reformsozialistischen Kräfte der Tschechoslowakei wurden dem imperialistischen Lager und damit dem feindlichen Lager zugeordnet. Jeder müsse sich zwischen den beiden Systemen entscheiden:

„Kein Herumreden, kein Wenn und Aber, kein so geschicktes Lavieren führt an dieser Tatsache vorbei. Wer glaubt, zwischen den Linien eine Position einnehmen zu können, kann sich plötzlich bei den Todfeinden wiederfinden.“³⁹⁹

Daher wurde folgende Frage an die westdeutsche Arbeiterjugend gestellt: „Wo stehst du, Arbeitermädchen, Arbeiterjunge?“ Unter Teilen der Arbeiterjugend sei es durch die antisozialistische Presse zu einer falschen Einstel-

396 *Junge Welt*, „Ein Offenes Wort an die Arbeiterjugend Westdeutschlands“, 27. September 1968, S. 4.

397 Wierling 2002, S. 311.

398 *Junge Welt*, „Ein Offenes Wort an die Arbeiterjugend Westdeutschlands“, 27. September 1968, S. 4.

399 Ebd.

lung gegenüber dem Vorgehen der DDR gekommen. Die *Junge Welt* fuhr fort:

„Und dennoch: Ihr habt doch eure Erfahrungen mit diesen Herren in den letzten Monaten gemacht: Ihr seid gegen den verbrecherischen Krieg der USA in Vietnam und die am Mord Beteiligten im eigenen Land auf die Straße gegangen – und die Staatsmacht trat euch mit Wasserwerfern entgegen. Da waren die Klassenfronten klar.“⁴⁰⁰

Auch beim Kampf gegen Springer und die Renazifizierung der Bundesrepublik seien die Klassenfronten klar gewesen.

„Doch was ist heute? Warum die Verwirrung? Sind diese Klassenfronten heute verwischt? Existieren sie nicht mehr? Dann fragt Strauß und Kiesinger, Brandt und Wehner, wie sie heute zum Mord an vietnamesischen Frauen und Kindern stehen[...]“⁴⁰¹

Mit der gleichen rhetorischen Figur wurde die westdeutsche Arbeiterjugend aufgefordert, die Parteien nach der Außenpolitik, die Regierung nach den Notstandsgesetzen und dem Verbot der KPD zu befragen: „Wenn ihr sie das fragt, werden die Klassenfronten wieder klar.“⁴⁰²

Nur die scharfe Kontrastierung der Klassengegensätze im Klassenkampf, die sowohl für die Bundesrepublik als auch für die Tschechoslowakei gelten, lässt den nächsten Argumentationssprung klar werden:

„Wer das begriffen hat, versteht auch, warum uns die Entwicklung in der ČSSR etwas anging – warum die Truppen der fünf sozialistischen Staaten dem tschechoslowakischen Brudervolk zu Hilfe kamen.“⁴⁰³

Die ausführliche Darstellung der Argumentation soll verdeutlichen, dass die *Junge Welt* die Zusammenhänge aufs Stärkste vereinfachte. Den reformsozialistischen Kräften in der Tschechoslowakei und den Machthabern in Bonn wurde die gleiche Rolle im Klassenkampf zugeschrieben: die des Klassengegners. So wie die Studenten gegen diesen in der Bundesrepublik kämpfen müssten, würden dies die Warschauer Paktstaaten in der Tschechoslowakei tun. Da sich die DDR und die Studenten also in der gleichen Situation be-

400 Ebd.

401 Ebd.

402 Ebd.

403 Ebd.

fänden, müssten sie Verständnis für das Vorgehen der SED-Mächtigen haben. Die FDJ-Zeitung zog das Fazit:

„Eure Feinde sind die gleichen geblieben – es sind auch unsere Feinde. Wir gehören zur Front des Kampfes gegen Imperialismus und Neonazismus. In dieser Front steht das heldenhafte Volk Vietnams, stehen die revolutionären Kämpfer Lateinamerikas, Afrikas und Asiens. Da stehen wir – und da gehören alle jungen Arbeiter hin.“⁴⁰⁴

In der Argumentation etwas differenzierter als die *Junge Welt* setzte sich das *Forum* mit der Situation in der Tschechoslowakei auseinander, verurteilte jedoch auch deutlich alle reformsozialistischen Bestrebungen. Der Beitrag des 1. Novemberheftes 1968 griff die westdeutschen und Westberliner Studenten, die mit der Bewegung in Prag sympathisiert hatten, scharf an und warf ihnen einen Antikommunismus von links vor:

„Anstatt nun die Herren in Bonn zu fragen, ob sie nicht den Arbeitern Kontrolle über die Bücher der Konzerne gewähren, endlich das Meinungsmonopol Springers beseitigen wollen, tuteten die Pseudolinken – zumindest gefährlich naiv – noch in dasselbe Horn.“⁴⁰⁵

Auch im folgenden Heft setzte sich die Studentenzeitschrift mit den Ansichten der Studenten über die Ereignisse in Prag auseinander. Der Artikel antwortete auf den Brief eines Frankfurter SDS-Mitgliedes, der den Einmarsch der Warschauer Paktstaaten verurteilte. Diesmal wurden die Studenten jedoch nicht angegriffen, sondern die Darstellung glich eher einer Belehrung. Den anderen Umgangston machte bereits die Einleitung deutlich:

„In den kapitalistischen Ländern hat es nach dem 21. August viele aufrechte Kämpfer gegen die imperialistische Ordnung gegeben, die [...] die konterrevolutionäre Entwicklung in der ČSSR nicht durchschaut und deshalb Hilfsaktionen unserer Länder nicht verstanden und gebilligt haben. Wir wissen sehr wohl zu unterscheiden zwischen ihnen und eingefleischten Reaktionären und den revisionistischen Helfern der Konterrevolution. Wir halten darum die kameradschaftli-

404 Ebd.

405 *Forum* 21/68, „Bewahrung des Bewährten – Axiom für Revolutionäre“, 1. Novemberheft 1968, S. 7.

che Auseinandersetzung mit unseren potentiellen Verbündeten für unsere Pflicht.“⁴⁰⁶

Der Ausschnitt zeigt den Versuch der SED-Medienfunktionäre zwischen „eingefleischten Reaktionären“ und den Studenten, die nur die Situation falsch verstanden hätten, zu differenzieren. Nachdem die Studentenbewegung durchgängig positiv konnotiert wurde, wichen die SED-Medienfunktionäre davon nicht ab, sondern verlegten sich auf einen erzieherischen Ton gegenüber den Studenten.

Der Frankfurter Student bezog sich in seiner Argumentation auf Rosa Luxemburg. Dabei zitierte er Abschnitte aus ihrem Werk, in dem sie sich mit der Rollenverteilung zwischen den Massen und der „führenden Minderheit“ auseinandersetzte. Die Macht sollte laut Rosa Luxemburg allein von den Massen ausgehen und die führende Partei hatte die Aufgabe, deren Vorstellungen umzusetzen. In der Erwiderung rückte die Studentenzeitschrift die Frage der Macht der Arbeiterklasse in den Mittelpunkt. Ohne diese sei eine Aufrechterhaltung des Sozialismus, solange es imperialistische Staaten gäbe, nicht möglich.

„Die wichtigste Frage der Revolution – und der sozialistischen Ordnung [...] – ist die Frage der Macht. Alles andere, Diskussionsfreiheit, Versammlungsfreiheit, Zulassung verschiedener politischer Parteien, die ‚Freiheit der anders Denkenden‘, ist dem einen Großen [...] untergeordnet. [...] Das war 1918 so, und das ist heute nicht anders.“⁴⁰⁷

Die Vorgänge in Prag wären also eine Gefährdung für den Sozialismus als Ganzes gewesen. Die Berechtigung der einzelnen Forderungen wurde gar nicht in Frage gestellt; sie seien nur nicht zu verwirklichen, solange der Sozialismus nicht überall herrsche. Daraus ließe sich folgern, dass die Menschen sich zunächst mit den gegebenen Umständen abfinden und an der weiteren Verwirklichung und Ausbreitung des Sozialismus arbeiten müssten, um später auch andere Forderungen, z. B. die nach zunehmender Demokratisierung, verwirklichen zu können. Dies richtete sich nicht an die westdeutschen Studenten, sondern an die studentische Jugend der DDR, die sich in ihren Hoffnungen auf Reformen durch die Niederschlagung des Prager Frühlings enttäuscht sah. Sie wurde auf die Zukunft getröstet und sollte durch

406 *Forum* 22/68, „Abstrakte Demokratie und realer sozialistischer Aufbau“, 2. Novemberheft 1968.

407 Ebd.

den Hinweis, dass „Demokratie als Volkssouveränität“ und „Formen echter Selbstbestimmung“ im Sozialismus verwirklicht seien, ruhig gestellt werden.

10 Schlussbetrachtung

Die SED-Medienfunktionäre versuchten die Rezeption der Studentenunruhen in die von ihnen gewünschte Richtung zu lenken. Die Berichterstattung sympathisierte mit den aufbegehrenden Studenten und stellte ihr Anliegen als gerechtfertigt dar. Gleichzeitig versuchte jedoch die Presse ein Übergreifen auf die eigene Jugend zu verhindern. Dazu diente vor allem die Gegenüberstellung der Bundesrepublik mit dem eigenen Staat. Dabei lassen sich mehrere Argumentationslinien ausmachen:

- In der Berichterstattung über die Studentenunruhen wurde die Bundesrepublik durchgängig als repressiver Staat charakterisiert. Vor allem die Darstellung der Notstandsgesetze sollte beweisen, dass die Regierung der Bundesrepublik sich weitere Mittel zur Unterdrückung der Bevölkerung verschaffe. Die untersuchte Presse wies darauf hin, dass die Gesetze Ruhe im Inneren schaffen sollten, um eine Expansion nach außen durchführen zu können. Die DDR stünde im Gegensatz dazu als ein Garant für Sicherheit.
- Die Berichterstattung über die Studentenunruhen wies wiederholt auf die Kontinuität zwischen dem Ende der Weimarer Republik, dem Nationalsozialismus und der Bundesrepublik hin. Dabei legten sich die SED-Medienfunktionäre nicht eindeutig fest, an welchem Punkt genau sich die Bundesrepublik befände. Vor allem die Berichte über die Proteste gegen die Notstandsgesetze suggerierten, dass die Bundesrepublik in der gleichen Situation sei wie vor der Beschließung der Ermächtigungsgesetze am 5. März 1933. In erster Linie ging es um die Diskreditierung der Bundesrepublik als potentiell faschistischer bzw. bereits faschistischer Staat. Allein die DDR habe 1945 radikal mit dem Faschismus gebrochen.⁴⁰⁸ Einer Auseinandersetzung der DDR-Jugend mit dem Verhalten der Eltern wurde dadurch von vorn herein jegliche Grundlage entzogen.
- Die Auseinandersetzungen der westdeutschen Jugend mit dem Verhalten ihrer Eltern während der Zeit des Nationalsozialismus und der nicht

408 Münkler 2002, S. 79ff.

geschehenen Aufarbeitung dieser Zeit fanden in der untersuchten Presse keinerlei Erwähnung. Dies erstaunt, da sich dieser Aspekt bestens dazu geeignet hätte, um auf den propagierten faschistischen Charakter der Bundesrepublik hinzuweisen. Die Berichterstattung versuchte jedoch zu verdeutlichen, dass es sich nicht um einen Generationenkonflikt, sondern um einen Klassenkonflikt handele. Die generationellen Konflikte in der Bundesrepublik wurden so umgedeutet, dass sie in die Argumentationslinie des anhaltenden Klassenkonfliktes passten.

- Die Berichterstattung über die Studentenunruhen propagierte, dass sich auch die Bundesrepublik nicht dem kommenden Klassenkampf entziehen könne. Die Studentenunruhen wurden als die ersten Anzeichen für die Auseinandersetzungen gewertet. Allerdings passte es nicht in die Ideologie der SED, dass die Studenten und nicht die Arbeiter die Träger der Proteste waren.⁴⁰⁹ Was Classen bereits für einige Fernseh- und Radiobeispiele feststellen konnte, galt auch für die untersuchte Presse: Die Studentenproteste wurden teilweise in Arbeiterproteste umgedeutet.⁴¹⁰ Dabei stellten die SED-Medienfunktionäre immer wieder die gemeinsamen Interessen von Studenten und Arbeitern, vor allem den Kampf gegen die Notstandsgesetze und für ein Mitbestimmungsrecht, in den Vordergrund. Darüber hinaus versuchte die Presse auch herauszustellen, dass es große Überschneidungen zwischen den Forderungen der Protestierenden und den Positionen der DDR gäbe.

Die Darstellungen der Studentenunruhen differenzierten zwischen den staatlichen Instanzen mit ihren Repräsentanten und der Bevölkerung der Bundesrepublik. Die Studenten wurden durchgängig als positiv dargestellt. Einzig die antiautoritäre Strömung wurde im *Forum* negativ dargestellt. Diese wurde als sektiererisch abgeurteilt. Auch über Spitzel im SDS versuchte die DDR den traditionalistischen, DDR-treueren Flügel zu unterstützen.⁴¹¹ Einen direkten Zusammenhang zwischen dem Grad der Unterwanderung einer studentischen Organisation durch die DDR und der Häufigkeit der Nennung in der Berichterstattung lässt sich jedoch nicht ausmachen. Der stark infiltrierte Republikanische Club z. B. wurde zwar erwähnt, jedoch nicht an herausgehobener Position.

409 Wolle 2001, S. 39.

410 Classen 1998, S. 7.

411 Rabehl 2000, S. 53 ff.

In der Analyse der Berichterstattung über die Studentenunruhen fällt vor allem die auf Effekt und Emotion abzielende Sprache auf, die die Unmenschlichkeit der Bundesrepublik demonstrieren sollte. Besonders die Vergleiche zwischen dem Nationalsozialismus und der Bundesrepublik wirken stark überzogen. Inwiefern dies auch zu einer Verharmlosung der Zeit des Nationalsozialismus geführt hat und die möglichen Folgen daraus, wäre noch zu untersuchen.

Während es in westlichen Ländern und auch in Polen und vor allem der Tschechoslowakei zu Aufruhr unter der jüngeren Generation kam, blieb es in der DDR ruhig. Offensichtlich konnte die Gesellschaftspolitik der SED vergleichbare Prozesse auffangen, umleiten oder unterdrücken.⁴¹² Die Unterdrückung geschah in erster Linie durch die Staatssicherheit und die Polizei.⁴¹³ Ein Aufbegehren der DDR-Jugend wurde unter anderem mit Hilfe der Darstellung der westdeutschen Studentenunruhen aufgefangen und umgeleitet. Die untersuchte Presse zeigte, dass die DDR an der Seite der aufbegehrenden Studenten stehen würde. Der eigenen Jugend suggerierten die SED-Medienfunktionäre damit, dass sie keinerlei Gründe für ein ähnliches Aufbegehren gegen den Staat habe. Die öffentlichen Debatten um die Verfassungsreform und die 3. Hochschulreform sollten den DDR-Bürgern das Gefühl geben, dass sie ein Mitspracherecht hätten. Unmutsäußerungen konnten somit in einer gelenkten Debatte kanalisiert werden.

Die vorliegende Arbeit bietet die Grundlage für weitergehende Forschung zum Themenkomplex „1968 im geteilten Deutschland“. In einem ersten Schritt konnte geklärt werden, wie die Sicht der DDR-Bürger auf die westdeutschen und Westberliner Studentenunruhen nach Meinung der SED-Mächtigen sein sollte. Inwieweit die versuchte Lenkung der Rezeption Erfolg hatte, ist bislang noch nicht systematisch untersucht worden. Erste Auswertungen der Akten der Staatssicherheit zeigen, dass vor allem die Formen des Protestes rezipiert wurden. So berichtet Ohse z. B. davon, dass im Zusammenhang mit der Diskussion um die 3. Hochschulreform an der Leipziger Universität die Forderung von unzufriedenen Studenten nach einer Institutsbesetzung aufgekommen sei.⁴¹⁴ Institutsbesetzungen waren ein Mittel der aufbegehrenden Studenten, um ihren Protesten Ausdruck zu verlei-

412 Ohse, 2003, S. 8.

413 Wierling 2002, S. 313.

414 Ohse 2003, S. 169.

hen. Die untersuchte Presse berichtete jedoch kaum über die Protestformen. Das Wissen darüber stammte in erster Linie aus den Westmedien. Die Akten der Staatssicherheit machen aber auch deutlich, dass vor allem die Ereignisse in der Tschechoslowakei rezipiert wurden. Die reformsozialistischen Ideen der Prager Studenten mussten der DDR-Jugend wesentlich lebensnäher erschienen sein als die theoretischen Debatten ihrer westlichen Altersgenossen.⁴¹⁵

In der Bundesrepublik prägten die Ereignisse des Jahres 1968 eine ganze Generation. In der DDR hingegen waren nur ganz kleine Kreise vor allem durch die reformsozialistischen Bestrebungen der Tschechoslowakei beeinflusst. Eine eingehendere Untersuchung dieser „68er der DDR“⁴¹⁶ lohnt vor allem daher, als diese die Proteste von 1989 anstießen. An welche Ideen knüpften sie an? Wovon war ihr Weltbild beeinflusst? Welche Gemeinsamkeiten gab es trotz aller Unterschiede der Staatssysteme mit den „68ern West“? Eine genaue Untersuchung dieser Fragen könnte ein Beitrag zur deutsch-deutschen Verständigung sein. Eine Ironie der Geschichte ist vorweg zu konstatieren: Während die „68er West“ eine Revolution durchführen wollten und ‚nur‘ Reformen erreichen konnten, strebten die „68er Ost“ Reformen an und setzten 20 Jahre später eine Revolution in Gang.

415 Wierling 2002, S. 305.

416 Anette Simon, Tochter von Christa Wolff, konstatiert, dass es auch „68er“ in der DDR gegeben habe. Dazu zählt sie u.a. Wolf Biermann, Thomas Brasch, Rudolf Bahro, Jens Reich, Bärbel Boley. Siehe: Simon, Anette/Faktor, Jan: Fremd im eigenen Land?, Gießen 2000, S. 8.

11 Quellen- und Literaturverzeichnis

11.1 Handbücher, Dokumentenbände

- Barth, Bernd-Rainer u.a. (Hrsg.): Wer war Wer in der DDR, Ein biographisches Handbuch, Frankfurt am Main 1995.
- Buch, Günther: Namen und Daten wichtiger Personen der DDR, Berlin/Bonn/Bad Godesberg 1987.
- Wilke, Jürgen: Medien DDR, in: Elisabeth Noelle-Neumann/Winfried Schulz/Jürgen Wilke: Fischer Lexikon Publizistik, Massenkommunikation, Frankfurt am Main³, 1996.

11.2 Sekundärliteratur

- Agde, Günther (Hg.): Kahlschlag, Das 11. Plenum des ZK der SED 1965, Berlin² 2000.
- Allison, Mark: Politics and popular opinion in East Germany 1945–1968, Manchester 2000.
- Aust, Stefan: Der Baader-Meinhof-Komplex, München, 1989.
- Bauhaus, Andreas: Jugendpresse, -hörfunk, und -fernsehen in der DDR. Ein Spagat zwischen FDJ-Interessen und Rezipientenbedürfnissen, Bochum 1994.
- Benser, Günter: SED und SPD – Kontakte und Verbindungen in den 50er und 60er Jahren, in: Hübsch, Reinhard (Hg.): „Hört die Signale!“, Die Deutschlandpolitik von KPD/SED und SPD 1945–1970, Berlin 2002, S. 107–134.
- Brunner, Georg: Das Rechtsverständnis der SED (1961–1989), in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hrsg. vom Deutschem Bundestag, Baden-Baden 1995, S. 293–336.
- Chaussy, Ulrich: Die drei Leben des Rudi Dutschke, Berlin² 1993.

- Classen, Christoph: Die westdeutsche Studentenbewegung von 1967/68 in den Medien der DDR, Vortrag am Marbacher Literaturinstitut 1998, unveröffentlicht.
- Dähn, Horst: Jugend, FDJ und Religion am Vorabend des 21. August 1968, in: Gotschlich (Hrsg.): „Links und Links und Schritt gehalten...“, Die FDJ: Konzepte – Abläufe – Grenzen, Berlin 1994.
- Detlev Claussen: Herbert Marcuse (1898–1979), in: Euchner, Walter (Hrsg.): Klassiker des Sozialismus, Von Jaurès bis Herber Marcuse, Bd. II, München 1991.
- Dutschke, Gretchen: Wir hatten ein barbarisches schönes Leben, Köln 1996.
- Dutschke, Rudi: Jeder hat sein Leben ganz zu leben, Die Tagebücher 1963–1979, hrsg. von Gretchen Dutschke, Köln 2003.
- Fichter, Tillmann/Lönnendonker, Siegwald: Macht und Ohnmacht der Studenten, Kleine Geschichte des SDS, Hamburg 1998.
- Francois, Etienne/Middel, Matthias/Terray, Emmanuel/Wierling, Dorothee: 1968 – ein europäisches Jahr?, Leipzig 1997.
- Gilcher-Holtey: Die 68er Bewegung, Deutschland – Westeuropa – USA, München 2001.
- Görlich, Christopher: Die 68er in Berlin, Schauplätze und Ereignisse, Berlin 2002.
- Hentschel, Rüdiger: Zwischen Berliner Kommune und Berliner Republik, Deutschlandpolitische Konzepte bei Rudi Dutschke, in: Faber, Richard/Stölting, Erhard: Die Phantasie an die Macht?, 1968 – Versuch einer Bilanz, Berlin 2002, S. 50–81.
- Herzberg, Guntolf/Seifert, Kurt: Rudolf Bahro – Glaube an das Veränderbare, Eine Biographie, Berlin 2002.
- Hodenberg v., Christina: Konkurrierende Konzepte von „Öffentlichkeit“ in der Orientierungskrise der 60er Jahre, in: Frese, Matthias/Paulus, Julia/Tepe, Kar: Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch, Die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik, Paderborn 2003, S. 205–226.
- Holzweißig, Gunter: Die schärfste Waffe der Partei, Eine Mediengeschichte der DDR, Köln 2002.

- Kapitza, Arne: Transformation der ostdeutschen Presse: „Berliner Zeitung“, „Junge Welt“ und „Sonntag/Freitag“ im Prozess der deutschen Vereinigung, Opladen 1997.
- Karl, Michaela: Rudi Dutschke, Revolutionär ohne Revolution, Frankfurt am Main 2003.
- Kirchenwitz, Lutz: Die FDJ und „ihre“ Singebewegung, in: Gotschlich, Helga (Hrsg.): „Links und links und Schritt gehalten...“, Die FDJ: Konzepte – Abläufe – Grenzen, Berlin 1994, S. 326–333.
- Kleßmann, Christoph: Zwei Staaten, eine Nation, Deutsche Geschichte 1955–1970, Bonn 1997.
- Knabe, Hubertus: Die unterwanderte Republik, Die Stasi im Westen, Berlin 1999.
- Koenen, Gerd: Das rote Jahrzehnt, Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967–1977, Köln 2001.
- Kraushaar, Wolfgang: 1968 als Mythos, Chiffre und Zäsur, Hamburg 2000.
- Langguth, Gerd: Mythos '68, Die Gewaltphilosophie von Rudi Dutschke – Ursache und Folgen der Studentenbewegung, München 2001.
- Marcuse, Herbert: Der eindimensionale Mensch, Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft, München 1964.
- Marcuse, Herbert: Triebstruktur und Gesellschaft, Frankfurt am Main 1965.
- Marcuse, Herbert: Repressive Toleranz, in: Sievers, Rudolf: 1968, Eine Enzyklopädie, Frankfurt am Main, S. 143–164.
- Marten-Finnis, Susanne: Pressesprache zwischen Stalinismus und Demokratie, Parteijournalismus im „Neuen Deutschland“ 1946–1993, Tübingen 1994.
- McDougall, Alan: Youth Politics in East Germany, The Free German Youth Movement 1946–1968, Oxford 2004.
- Meyen, Michael: Denver Clan und Neues Deutschland, Mediennutzung in der DDR, Berlin 2003.
- Michelers, Detlef: Draufhauen, Draufhauen, Nachsetzen!, Die Bremer Schülerbewegung, die Straßenbahndemonstrationen und ihre Folgen 1967/70, Bremen 2002.

- Middel, Matthias: 1968 in der DDR: Das Beispiel der Hochschulreform, in: Francois, Etienne/Middel, Matthias/Terray, Emmanuel/Wierling, Dorothee: 1968 – ein europäisches Jahr?, Leipzig 1997, S. 125–146.
- Mitter, Armin/Wolle, Stefan: Untergang auf Raten, Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte, München 1993.
- Morsey, Rudolf: Heinrich Lübke, Eine politische Biographie, Paderborn 1996.
- Münkler, Herfried: Antifaschismus als Gründungsmythos der DDR, Abgrenzungsinstrument nach Westen und Herrschaftsmittel nach innen, in: Agethen, Manfred/Jesse, Eckhard/Neubert, Ehrhart (Hrsg.): Der missbrauchte Antifaschismus, DDR-Staatsdoktrin und Lebenslüge der deutschen Linken, Freiburg 2002, S. 79–99.
- Ohse, Marc-Dietrich: Jugend nach dem Mauerbau, Anpassung, Protest und Eigensinn (DDR 1961–1974), Berlin 2003.
- Pannen, Stefan: Die Weiterleiter, Funktion und Selbstverständnis ostdeutscher Journalisten, Köln 1992.
- Potthoff, Heinrich: Im Schatten der Mauer, Deutschlandpolitik 1961–1990, Berlin 1999.
- Rabehl, Bernd: Feindblick, Der SDS im Fadenkreuz des „Kalten Krieges“, Berlin 2000.
- Rauhut, Michael: DDR-Beatmusik zwischen Engagement und Repression, in: „Kahlschlagsplenum“ siehe: Agde, Günther (Hg.): Kahlschlag, Das 11. Plenum des ZK der SED 1965, Berlin² 2002, S. 122–133.
- Rauhut, Michael: Rock in der DDR, 1964–1989, Bonn 2002
- Renz, Andreas: Die Studentenproteste von 1967/1968 im Spiegel der Münchner Presse, München 1992.
- Roesler, Jörg: Zwischen Plan und Markt, Die Wirtschaftsreform in der DDR zwischen 1963 und 1970, Berlin 1990.
- Scheer, Regina: Das Forum 1973, in: Edith Spielhagen (Hrsg.): So durften wir glauben zu kämpfen..., Erfahrungen mit DDR-Medien, Berlin 1993, S. 101–116.
- Schildt, Axel/Siegfried, Detlef/Lammers, Karl Christian (Hrsg.): Dynamische Zeiten, Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften, Hamburg 2000.

- Schmidtke, Michael: Der Aufbruch der jungen Intelligenz, Die 68er Jahre in der Bundesrepublik und den USA, Frankfurt am Main 2003.
- Schneider, Beate/Stürzebecher, Dieter: Wenn das Blatt sich wendet, Die Tagespresse in den neuen Bundesländern, Baden-Baden 1998.
- Schneider, Franz: Dienstjubiläum einer Revolte, „1968“ und 25 Jahre, München 1992.
- Schneider, Michael: Demokratie in Gefahr?, Der Konflikt um die Notstandsgesetze, Bonn 1986.
- Schroeder, Klaus: Der SED-Staat, Partei, Staat und Gesellschaft, 1949–1990, München 1998.
- Schuster, Ulrike: Wissen ist Macht, FDJ, Studenten und die Zeitung Forum in der SBZ/DDR, Eine Dokumentation, Berlin 1997.
- Schuster, Ulrike: Zeitgeist im Forum, Über die Kultur des Streits zwischen 1947 und 1983, in: Simone Barck, Martina Langermann, Siegfried Lokatis: Zwischen „Mosaik“ und „Einheit“, Zeitschriften in der DDR, Berlin 1999.
- Semler, Christian: 1968 im Westen – was ging uns die DDR an ?, in: APuZ B45/2003, S. 3–8.
- Simon, Anette/Faktor, Jan: Fremd im eigenen Land?, Gießen 2000.
- Strasdas, Doreen: Nachricht und Ritualität, Eine Untersuchung anhand des „Parteiorgans“ Neues Deutschland, in: Ulla Fix (Hrsg.): Ritualität in der Kommunikation der DDR, Frankfurt am Main 1998.
- Thamer, Hans-Ulrich: Die NS-Vergangenheit im politischen Diskurs der 68er Bewegung, in: Westfälische Forschungen, Bd. 48, 1998, S. 39–53.
- Tolomelli, Marica: „Repressiv getrennt“ oder „organisch verbündet“, Studenten und Arbeiter 1968 in der Bundesrepublik und in Italien, Opladen 2001.
- Weber, Hermann/Lange, Lydia: Zur Funktion des Marxismus-Leninismus, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hrsg. vom Deutschem Bundestag, Baden-Baden 1995, S. 2034–2061.
- Wierling, Dorothee: Erzieher und Erzogenen, Zu Generationsprofilen in der DDR der 60er Jahre, in: Schildt, Axel/Siegfried, Detlef/Lammers, Karl

Christian (Hrsg.): Dynamische Zeiten, Die 60er Jahre in beiden deutschen Gesellschaften, Hamburg 2000, S. 624–641.

Wierling, Dorothee: Geboren im Jahr Eins, Der Jahrgang 1949, Versuch eine Kollektivbiographie, Berlin 2002.

Wolle, Stefan: Die versäumte Revolte: Die DDR und das Jahr 1968, in: APuZ, B 22-23, 2001, S. 37–46.

Oldenburger Beiträge zur historisch-politischen Bildung

(vormals: Oldenburger Beiträge zur DDR- und DEFA- Forschung)

- 1 Gebhard Moldenhauer ; Volker Steinkopff (Hrsg.), Einblicke in die Lebenswirklichkeit der DDR durch dokumentare Filme der DEFA, 2001. 160 S.: Ill.
ISBN 3-8142-0784-X € 12,80
- 2 Klaus Finke (Hrsg.): Politik und Mythos: Kader, Arbeiter und Aktivisten im DEFA-Film, 2002, 335 S.
ISBN 3-8142-0821-8 € 15,50
- 3 Klaus Finke (Hrsg.) in Verb. mit H. Freiwald / G. Modenhauer: Erinnerungen an einen Aufstand: der 17. Juni 1953 in der DDR , 2003, 211 S.
ISBN 3-8142-0882-X € 8,00
- 4 Klaus Finke, Dirk Lange (Hrsg.): Widerstand gegen Diktaturen in Deutschland: historisch-politische Bildung in der Erinnerungskultur, 2004, 157 S.
ISBN 3-8142-0952-4 € 8,00
- 5 Florian Bunke: „Wir lernen und lehren im Geiste Lenins...“: Ziele, Methoden und Wirksamkeit der politisch-ideologischen Erziehung in den Schulen der DDR, 2005, 135 S.
ISBN 3-8142-0962-1 € 7,00
- 6 Merlene Becker: „In unseren Händen liegt es, die Zukunft zu gestalten“: Jugend und evangelische Kirche in der SBZ/DDR vor dem Mauerbau, 2007, 162 S.
ISBN 3-8142-2058-1 € 8,00
- 7 Hannelore Grimm, Armin Mruck: Deutsche Lebenswege zwischen Diktatur und Demokratie, 2007, 228 S.
ISBN 3-8142-2075-8 € 9,80
- 8 Klaus Finke: „Politik und Film in der DDR“, 2008, 989 S. in zwei Bänden.
ISBN 978-3-8142-2093-2 € 29,80
- 9 Adolf Schröder: Völker Europas, findet euch selbst! Beiträge zur Ideengeschichte der Europabewegung in Deutschland, 2008, 233 S.
ISBN 978-3-8142-2098-7 € 14,00